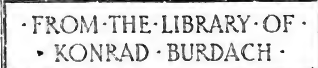
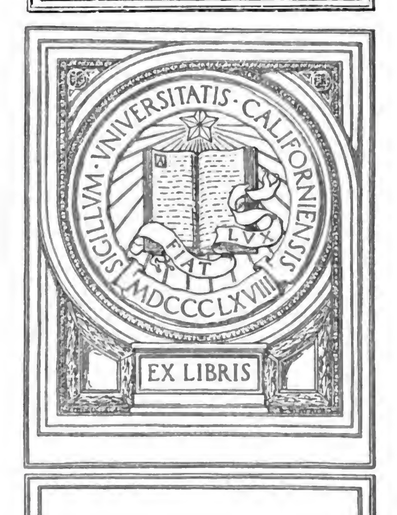
Kritische Studien zu Fürst Bismarks Gedanken und Erinnerungen

Otto Kaemmel


· FROM · THE · LIBRARY · OF ·
· KONRAD · BURDACH ·


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS



Kritische Studien

zu

Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen



Kritische Studien

zu

Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Von

Otto Kaemmel



Leipzig
Fr. Wilh. Grunow
1899

Charakteristik des Werkes

Noch niemals hat ein großer Staatsmann schon bei Lebzeiten, absichtlich und unabsichtlich, so dafür gesorgt, daß sein Wirken in das helle Licht der Geschichte gerückt und die Legende, die sich um jede hervorragende Persönlichkeit alsbald zu bilden pflegt, zerstört werde, wie Fürst Bismarck. Zu dem, was er durch andre, namentlich Sybel und Poschinger, über die von ihm größtenteils gemachte Geschichte der letzten Jahrzehnte sammeln und darstellen ließ, was er wenigstens vor der Veröffentlichung kontrollierte, oder was er endlich in Reden und Gesprächen an historischem Stoffe vorbrachte und unbekümmert von seinen Zuhörern weitererzählen ließ, sind wenige Monate nach seinem Tode seine eignen Denkwürdigkeiten getreten, mit einer Spannung erwartet und mit einem leidenschaftlichen Interesse ergriffen, wie kaum ein ähnliches Buch. Mit Recht, denn es ist ein unvergänglicher Besitz, ein *κτῆμα ἐς ἀεί* für unser Volk. Doch die historische Kritik wird noch lange Zeit brauchen, um die Fülle von Bausteinen, die das Buch bietet, auf ihre Tragfähigkeit zu prüfen und sie in dem mächtigen Bau der Zeitgeschichte an der richtigen Stelle und der richtigen Weise einzufügen. Dazu aber gehört vor allem, wie bei jedem historischen, namentlich selbstbiographischen Werke, die Kenntnis seiner Entstehung. Was darüber das Vorwort des Herausgebers bietet, ist unvollständig und unbedeutend; auch Dr. Schweninger scheint vom Gange der eigentlichen Arbeit wenig Genaueres gewußt zu haben (vgl. seine bei Hirzel erschienene Schrift: Dem Andenken Bismarcks 3 ff.). Einen viel tiefern Einblick gewährt das, was der vertraute Gehilfe des Fürsten Lothar Bucher darüber brieflich und mündlich seinem Freunde Moritz Busch mitgeteilt und dieser selbst von

Bismarck erfahren hat, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß diese Berichte mannigfach von den Stimmungen des Berichterstatters gefärbt sind und einzelne Zweifel erwecken.

Den Vorsatz, Memoiren zu schreiben, hat der Fürst keineswegs erst nach seiner Entlassung gefaßt, sondern viel früher, wenn auch immer nur für den Zeitpunkt seines Rücktritts. Schon 1877, als er aus dem Amte scheiden wollte, sagte er zu Bucher, wenn dieser auch nicht bleiben wolle, so solle er zu ihm nach Varzin ziehen, er habe ihm da einiges Wichtige aus der Vergangenheit zu diktieren, was er sich aufgeschrieben habe. Eine Anspielung Buschs auf diese Absicht ließ er damals unbeachtet (Tagebuchblätter II, 487. III, 94). Aber die dazu nötige Ordnung der Privatpapiere äußerte der Kanzler, der auch mit Schweninger, als dieser die ärztliche Behandlung im Juni 1883 übernommen hatte, gelegentlich „über eine litterarische Thätigkeit, die er ergreifen könnte, falls er einmal aus dem Dienste ausscheiden würde," sprach (S. 3), schon im November 1883 Busch übertragen zu wollen (III, 165, vgl. 208); doch erwartete Busch später, als Bucher im Mai 1886 zur Disposition gestellt worden war, daß dieser selbst, da er sich in wichtigen Punkten besser dazu eigne, die Aufgabe übernehmen werde (III, 208. 209). Schließlich wurde trotzdem Busch damit betraut, und er arbeitete eifrig im Oktober und November 1888 in Friedrichsruh daran (III, 253 ff. 259 ff.). In den Tagen, die der Entlassung des Reichskanzlers unmittelbar vorangingen und folgten, gewann der alte Vorsatz auch auf Schweningers eifriges Betreiben (S. 7 f.) festere Gestalt. Als Busch ihn auf seine Veranlassung am 15. März 1890 aufsuchte, war der Fürst mit dem Zusammenpacken von Papieren beschäftigt, wies auf die schon früher geordneten Mappen hin, sagte ihm, diese und andre neue solle er ihm durchsehen, und setzte als Begründung hinzu: „Denn ich will jetzt meine Memoiren schreiben, und dabei sollen Sie mir helfen." — „Wenn ich in Friedrichsruh bin, so kommen Sie hin, und dann arbeiten wir zusammen." Busch solle die wichtigsten Papiere abschreiben und die Abschriften bis auf weiteres behalten (III, 275 ff.). Als Busch ihm am 22. März die ihm mitgegebnen Schriftstücke geordnet überbrachte, legte sie der Fürst zurück mit der Bemerkung, er solle nicht vergessen, wo das Couvert liege, „wenn wir in Friedrichsruh die Memoiren machen"

(III, 280). Einige Briefe Kaiser Wilhelms I. übergab er ihm gleich damals zur Veröffentlichung in den Grenzboten.

Als der Fürst nach Friedrichsruh übergesiedelt war, fand er in Dr. Rudolf Chrysander einen Privatsekretär, der ihm, wie man annahm, bei der Abfassung seiner Denkwürdigkeiten an die Hand gehn werde (III, 296). Doch wurde dann im April Bucher für den Mai nach Friedrichsruh berufen, und er erwartete, mit Busch „zusammen angespannt“ zu werden (Brief an Busch, III, 297), der sich selbst auch dem Fürsten wiederholt zur Verfügung stellte (11. und 19. April) und von diesem eine zustimmende Antwort erhielt (III, 296. 298). Allein ein Gehirnschlag, der Busch am 20. Mai 1890 traf, machte diesen für längere Zeit arbeitsunfähig (300 f.), und Bucher blieb allein. Er hatte zunächst die schon früher von Busch durchgesehenen Papiere zu registrieren, dann fünf- bis sechstausend Briefe, unter denen wenig Politisches war, chronologisch zu ordnen; aber am 15. Mai schrieb er an Busch: „von einer Verarbeitung des Materials ist jetzt keine Rede,“ und noch im Juli: „Wann es dazu [zum Verarbeiten] kommen wird, ist noch nicht abzusehen. Mit der komischen, sich selbst ironisierenden Verzweiflung, die Sie an ihm kennen, beklagt er sich, daß er jetzt gar keine Zeit habe, zu nichts kommen könne. Vorläufig scheint er sich selbst damit zu rechtfertigen, daß doch erst der ganze Stoff chronologisch geordnet sein müsse — er wird nicht eher an die Arbeit gehn, bis Sie [Busch] wieder hergestellt sein werden. An eine Heranziehung Poschingers ist kein Gedanke“ (III, 300. 301 f.). Und doch war schon am 6. Juli ein Verlagsabkommen mit dem Hause Cotta (Kröner) getroffen worden. Nicht besser stand es noch Anfang Oktober, als Bucher aus Varzin (am 3. Oktober) an Busch schrieb: „Es wird nichts produziert“ (303). Erst am 14. desselben Monats konnte er dem Freunde melden: „Er hat seit einigen Tagen angefangen zu diktieren, aber noch ohne rechten Zusammenhang, abwechselnd aus verschiednen Jahren. Es ist also vorläufig nur Rohmaterial“ (304). Auf Schweningers Betreiben, der schon aus Gesundheitsrücksichten eine regelmäßige Beschäftigung dringend empfahl (305. 307. 308. 324, vgl. Schweninger 7 ff.), diktierte der Fürst, wie Bucher am 22. Dezember Busch selbst erzählte, nun täglich aus seinen Erinnerungen, und Bucher schrieb stenographisch nach. „Aber es sind nur Bruchstücke

ohne Zusammenhang und mit häufigen Irrtümern in den Daten. So über 1848, was ganz interessant war, aber erst mit Wolfs Chronik verglichen und berichtigt werden mußte. — — Zwar hat er mich schon einen ganzen Haufen stenographieren lassen, und es ist natürlich manches Neue und Wichtige darunter, aber oft ist ein Bericht nicht zuverlässig, und vorzüglich glaubt er manchmal was gesagt oder gethan zu haben, was er hätte sagen oder thun sollen, was er aber unterlassen hat oder wenigstens so, wie er behauptet, nicht gesagt oder gethan haben kann. Und vom Wichtigsten hört er zuweilen ganz auf, wie ein versiegendes Wasser, und kommt nicht wieder darauf zurück. So fing er neulich an, von seinem Verhältnis zu Napoleon vor 1870 zu sprechen, ließ es aber dann fallen, und ich brachte ihn seitdem nicht wieder zu zusammenhängender Erzählung davon." Dazu komme der Übelstand, daß er auch auf die Gegenwart warnend und belehrend wirken wolle und danach oft seinen Gegenstand auswähle, um Betrachtungen derart daran zu knüpfen. So habe er einen Rückblick auf den Vertrag von Reichenbach 1792 nur eingefügt, weil er fürchte, der Kaiser werde nicht besonnen genug zwischen Wien und Petersburg lavieren, und weil damals die Verhältnisse ganz ähnlich gelegen hätten; man habe damals auch nicht recht gewußt, was man wollte, und es auf a mere show of power abgesehen (jetzt Gedanken und Erinnerungen I, 271 f.), was doch keineswegs der historischen Wahrheit entspreche. Bucher war mit seiner eignen Aufgabe sehr unzufrieden, hatte aber auch keine Lust, die Sache zu kritisieren und zu redigieren, weil das zu viel Mühe und Verantwortlichkeit mache, und weil es [in Varzin und Friedrichsruh] an Büchern zum Nachschlagen und Vergleichen fehle (305 ff.).

Als Busch, einer Aufforderung des Fürsten folgend, am 18. März 1891 in Friedrichsruh eintraf, zeigte ihm Bucher einen „ganzen Haufen von Diktaten, aus dem Stenographischen übertragen, wohl sechzig Druckbogen nach seiner Schätzung" (310), wobei er übrigens von den durch Busch geordneten Schriftstücken noch wenig zu Gesicht bekommen habe, und gab ihm „ein schweres Paket" mit der Aufschrift „Nikolsburg" zur Durchsicht. Dieses enthielt also den Kern des 20. Kapitels in den „Gedanken und Erinnerungen," aber nach der ziemlich genauen Inhaltsangabe, die Busch über das Paket III, 312 giebt, daneben

noch eine Menge von Abschweifungen in Erzählungen früherer Vorgänge und in Betrachtungen über die zukünftige Politik, aus denen dann in dem nun vorliegenden Werke selbständige Kapitel (so 5. 6. 10. 12) ganz oder teilweise hervorgegangen sind. Gesichtet und umgearbeitet war damals überhaupt noch nichts, der Fürst hatte vielmehr „noch keine Zeile davon wieder angesehen"; ja Bucher meinte, „schwerlich werde aus der Sache noch etwas werden, jedenfalls sei er sich noch nicht klar darüber, ob es schon bei Lebzeiten oder erst posthum zu veröffentlichen sei." Dies bestätigte der Fürst ein paar Tage später Busch selbst: „Es wird wahrscheinlich zuletzt nichts daraus werden. Ich habe keine Akten, und wenn ich mich auch an die Hauptsachen erinnere — sehr deutlich —, so kann man doch die Einzelheiten seiner Erlebnisse und Erfahrungen im Laufe von dreißig Jahren nicht im Gedächtnis behalten." Von einer Veröffentlichung bei Lebzeiten aber halte ihn das monarchische Prinzip ab, das er von 1847 an immer vertreten und hochgehalten habe wie eine Fahne, und verschweigen dürfte er ebenso wenig. Wenn das Buch aber nach seinem Tode herauskäme, da würde es heißen: „Da habt ihrs, noch aus dem Grabe heraus — welch ein abscheulicher alter Kerl!" (310. 314). Busch zu der Arbeit heranzuziehn, daran dachte Bismarck damals offenbar nicht mehr, aber er setzte voraus, daß dieser einmal nach seinem Tode „eine innere Geschichte unsrer Zeit nach guten Quellen schreiben" werde (315). Er gab ihm denn auch einige Papiere zum Abschreiben und Abdrucken mit (316. 317. 319).

Mit den Denkwürdigkeiten nahm es auch nachher nicht den gewünschten Fortgang. Am 26. Juni 1891 schrieb Bucher verdrießlich: „Wenn ich den Stein ein Stück bergauf gewälzt habe, so rollt er wieder hinunter" (322). Busch nahm daraus die Anregung, auf das Angebot Kröners vom 23. Juni, ihm eine größere Biographie Bismarcks zu schreiben, einzugehn, zumal da der Fürst auf eine Anfrage Buchers diesem deshalb geantwortet hatte: „Ich habe gar nichts dagegen. Ich habe doch zuweilen das Gefühl, daß es einmal schnell mit mir zu Ende geht. Es ist mir lieb, noch manche Irrtümer viva voce berichtigen zu können. Busch hat viel Material" (322). Busch wollte aber die Biographie (die natürlich nicht mit seinen Tagebuchblättern zu verwechseln ist) nur in der Voraussetzung unternehmen, daß die

Denkwürdigkeiten in den nächsten Jahren nicht veröffentlicht würden, weil der Zwerg dem Riesen nicht Konkurrenz machen könne, und hoffte dann Bismarcks Diktate für seine Zwecke benutzen zu dürfen (323). Die Antwort Buchers vom 1. September 1891 schien diese Voraussetzung zu bestätigen, denn dieser schrieb mißmutig: „Aus den Memoiren wird nie etwas werden, und wenn er und ich noch zehn Jahre leben. Das Haupthindernis ist seine »Faulheit«, wie er selbst sich ausdrückt. Meine Arbeit kann ja nur darin bestehn, das Chaos von Diktaten zu zerschneiden und die Stücke zu Mosaikbildern zu vereinigen, außerdem seine Chronologie richtig zu stellen, die ganz unzuverlässig ist und natürlich die Kausalverbindungen fälscht. Was er zu thun hat, ist, die von mir hergestellten Kapitel und die einschlagenden Briefe, die ich dazu gelegt habe, zu lesen, und dazu ist er nicht zu bringen. Von den vierzehn Kapiteln, die ich seit dem September v. J. vorgelegt habe, hat er bei meiner Abreise von Kissingen eins ganz und eins nur zum Teil gelesen! In vier wichtigen Fällen habe ich ihn durch Richtigstellung seiner Chronologie zu dem Geständnis genötigt, daß die Sache allerdings nicht so gewesen sein könne, wie er sie diktiert hatte, aber keine Erklärung herausquetschen können, wie es denn sonst gewesen sei. Ich bin der Verzweiflung nahe und wäre sehr zufrieden, wenn meine Arbeit eingestellt und der ganze Wust an Sie ausgeliefert würde. Wie er darüber denken wird, weiß ich nicht; aber machen Sie immerhin den Versuch“ (324). Das that denn auch Busch durch ein an den Kanzler gerichtetes Schreiben vom 10. September, aber dieser antwortete am 14. ablehnend mit der Bemerkung: „Meine eignen Niederschriften und Diktate kann ich — noch nicht zur Verfügung stellen. Die Veröffentlichung des Inhalts ist für jetzt weder direkt noch indirekt thunlich.“ Das von Busch beabsichtigte Werk werde er aber gern vor der Veröffentlichung durchsehen (328). Infolge dieses Bescheids gab Busch seinen Plan, eine Biographie zu schreiben, überhaupt auf (330).

Bucher, der auch vor Weihnachten wieder längere Zeit in Friedrichsruh verweilt hatte, sagte sehr verstimmt am 5. Januar zu Busch: „Da [an den Memoiren] arbeitet man in jeder Beziehung ohne Erfolg und Freude. Es ist ein ganz hoffnungsloses Abmühen und giebt nichts für die Geschichte. Nicht nur, daß sein Gedächtnis mangelhaft und

sein Interesse für das, was wir fertig haben, gering ist — er hat bis jetzt nur wenig von meinen Paketen wieder durchgesehn —, sondern er fängt an, auch zu entstellen, und zwar selbst bei klaren ausgemachten Thatsachen und Vorgängen," was er dann mit einer Reihe von Beispielen belegte. — „Zu den Arbeiten für die Memoiren wird jetzt auch ein alter Kopist zugezogen werden, da Chrysander, dem ich mein Stenogramm in Übersetzung diktiere — das Abschreiben nicht mehr überwältigen kann. Sie sollen den Söhnen als Vermächtnis bleiben, werden aber schwerlich veröffentlicht werden von ihnen. — Höchstens ließe sich einmal ein letztes Kapitel über die Vorstadien seiner Verdrängung und seines schließlichen Rücktritts drucken, über die sich Herbert reichliche und zuverlässige Aufzeichnungen gemacht hat" (330. 332).

So stand es mit den Denkwürdigkeiten im wesentlichen noch, als Bucher am 12. Oktober 1892 fern von der Heimat starb. Nur der Teil des Werks, der die letzten beiden Jahre der Amtsthätigkeit des Reichskanzlers, die Zeit von 1888—90 behandelte, war wirklich druckfertig, alles andre noch nicht. Am Ganzen war Buchers Anteil offenbar sehr groß gewesen. Er hatte nicht nur den Fürsten fortwährend zur Erzählung angeregt, diese Diktate stenographisch aufgenommen und dann in die gewöhnliche Schrift übertragen lassen, sondern er hatte auch den zunächst bunt durcheinander liegenden Stoff geordnet, in Kapitel geteilt, Irrtümer und Widersprüche hervorgehoben und die Berichtigung veranlaßt. Gerade in dieser wichtigen Seite seiner Thätigkeit war er ganz unersetzlich, denn es handelte sich dabei offenbar nicht wesentlich um falsche Datierungen, die jeder berichtigen konnte, sondern um Irrtümer in den Thatsachen und ihren Zusammenhängen, die nur der langjährige vertraute Mitarbeiter des Reichskanzlers während seiner größten Zeit (1864—86) genau kannte. Aber obgleich, wie Schweninger S. 12 mitteilt, nach Buchers Tode nicht mehr viel Neues zu dem Vorhandnen hinzukam, so gelang es doch, den Fürsten zu immer erneuter Durchsicht, Verbesserung und Ergänzung des 1893 (nach einem Besuche Kröners in Friedrichsruh am 2. Mai, Tagebuchblätter III, 334) zu seiner Erleichterung schon im Manuskript gedruckten Entwurfs zu veranlassen.

Ein geschulter und sorgfältig arbeitender Historiker, Professor Horst Kohl, übernahm dabei die Aufgabe, „die eingestreuten Schrift-

stücke nach den Urschriften richtig zu stellen, kleine Irrtümer in der Angabe von Daten oder der Schreibung von Namen, die der Mangel an amtlichem Material verschuldete, zu bessern, in Fußnoten auf ähnliche Äußerungen des Fürsten in seinen politischen Reden aufmerksam zu machen und litterarische Nachweise zu geben" (Vorwort S. VI).

Auch in dieser vielfach veränderten Gestalt trägt das Buch selbstverständlich die Spuren seiner Entstehungsgeschichte. Vor allem ist es natürlich kein Werk aus einem Gusse. Der Verfasser greift in seinen Erzählungen und Betrachtungen bald weit vor, bald weit zurück. Er stellt z. B. die Bemerkungen über sein Verhältnis zu König Ludwig II. und den dieses erläuternden Briefwechsel, der erst mit dem Ende des Jahres 1870 beginnt, an den Schluß des ersten Bandes, indem er dabei an sein erstes Zusammentreffen mit ihm 1863 anknüpft. Die Möglichkeit eines Kriegsbundes mit Rußland 1863 wird erst im Zusammenhang mit dem Ende des Krieges von 1866 erörtert (II, 62 ff.) statt beim dreizehnten Kapitel I, 306 f. (Die Alvenslebensche Konvention 1863), die Rolle der Kaiserin Eugenie 1870 nicht bei der Vorgeschichte des französischen Krieges, sondern im Zusammenhange mit dem Verhältnis zu Frankreich nach 1871 (II, 168 f.). Die Betrachtung über die Beziehungen zu Rußland unter Alexander II. bis nach 1878 wird in die Schilderung der Gefahren einer diplomatischen Einmischung in den Krieg mit Frankreich 1870 eingeflochten (II, 106 ff.) u. dgl., wie eben der Fürst im Zusammenhang seiner Diktate auf diese an sich abliegenden Gegenstände gekommen war. Daran ist natürlich gar nichts zu beklagen, als etwa der Mangel jedes Registers zu diesen Bänden, das es dem Leser erleichtern würde, solche Beziehungen wieder aufzufinden; an sich macht diese oft bunte Anordnung gerade den Eindruck der frischen Unmittelbarkeit.

Damit hängt nun ein zweiter Charakterzug des Werks zusammen. Es ist weder als Zeitgeschichte noch als Biographie vollständig, es läßt vielmehr zwischen den erzählten Ereignissen große Lücken. Nicht nur bringt es über Bismarcks Jugendentwicklung bis zum Abgange vom Gymnasium 1832 nichts weiter als das Schlußresultat mit dem höchst bezeichnenden Anfangssatz, der das ganze Werk eröffnet: „Als normales Produkt unsers staatlichen Unterrichts verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist, und wenn nicht als Republikaner, doch mit der

Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei," sondern es ist auch als Ganzes nur eine Reihe von ausgewählten Erzählungen und Betrachtungen, genau dem Titel: „Gedanken und Erinnerungen" entsprechend. Gern hörten wir ihn z. B. eingehender berichten über die Vorgeschichte der beiden großen Kriege von 1866 und 1870, selbst über seine Thätigkeit in ihrem Verlaufe, die nur in einzelnen ihrer Abschnitte geschildert wird, über die Sozial- und Wirtschaftspolitik, die nur gestreift, über die Kolonialpolitik, die gar nicht erwähnt wird, selbst über das Dreikaiserbündnis, das im Zusammenhange fast nur als eine Vorstufe des mitteleuropäischen Dreibundes erscheint. Manche dieser Lücken läßt sich aus der sonstigen zum Teil von Bismarck selbst angeregten Litteratur genügend ergänzen, woraus sie sich ja auch mit erklären mögen, aber keineswegs alle. Vor allem hätte man über die Stellung Bismarcks zu der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern, die den Anstoß zur französischen Kriegserklärung gab, nähere Aufklärung gewünscht. Selbst in dem sonst so viel besprochnen Verhältnis zu Rußland fehlt jede Beziehung auf die im Frühjahr 1873 in St. Petersburg unterzeichnete geheime Konvention, der Fürst Bismarck seine Unterschrift verweigerte (Tagebuchblätter III, 349). Kurz, die Gedanken und Erinnerungen befriedigen unsre Wißbegierde in manchen recht wichtigen Punkten keineswegs, und auch Horst Kohls „Wegweiser" bietet im wesentlichen nur einen guten Auszug, aber an Ergänzungen wenig, wie z. B. S. 123 ff. die Gedanken des Kronprinzen über den Friedensschluß mit Frankreich und die endliche Einigung Deutschlands vom 14. August 1870 oder S. 168 ff. 178 ff. den Briefwechsel zwischen Wilhelm I. und Alexander II. vor und nach dem Abschlusse des deutsch-österreichischen Bündnisses 1879, der seinen Platz gewiß besser in den Denkwürdigkeiten selbst gefunden hätte und dort aus nicht recht ersichtlichen Gründen weggeblieben ist.

Doch diese Hinweise auf fühlbare Lücken mögen als unbedeutend, vielleicht gar als kleinlich erscheinen gegenüber der Fülle dessen, was das Werk wirklich bietet. Schlechthin Neues und Unbekanntes wird es so sehr viel nicht enthalten, aber zahlreiche Thatsachen treten in schärfere oder in neue Beleuchtung, und obwohl die frische Unmittelbarkeit der Schilderung, die Fürst Bismarcks Erzählungsweise auszeichnete, in

diesem Buche der Natur der Sache nach nur dann und wann hervortritt, übrigens in der ersten Hälfte noch mehr als in der zweiten: da, wo sie auftritt, ist sie nicht geringer wie irgendwo anders. Höchst lebendig mit manchen noch unbekannten Zügen schildert er sein Verhalten in den Märztagen des Jahres 1848, wo er entschlossen die Anregung zu einer Gegenrevolution gegen die in Berlin siegreiche Demokratie zu geben versucht (I, 20 ff.); sehr merkwürdig ist der Plan des liberalen Führers Georg von Vincke, den König zur Abdankung zu bewegen, den Prinzen von Preußen von der Thronfolge zu verdrängen und eine liberale Regentschaft unter der Prinzessin Augusta für den unmündigen Prinzen Friedrich Wilhelm einzusetzen, der erste Waffengang Bismarcks mit der stolzen und energischen Fürstin (I, 36 ff.). Das gerade in jenen verhängnisvollen Tagen begründete Vertrauensverhältnis zu Friedrich Wilhelm IV., das den einfachen altmärkischen Edelmann in die diplomatische Laufbahn einführte, ihn nach Frankfurt brachte und schon unter dem Ministerium Manteuffel zum thatsächlichen Leiter der auswärtigen Politik Preußens machte, obwohl er trotz mehrfacher Aufforderungen (1852, 1854, 1856) es ablehnte, der Minister dieses Königs zu werden, das alles tritt erst jetzt mit voller Klarheit hervor, ebenso die Härte des Kampfes, den er 1862 bis 1866 mit einigen Mitgliedern des königlichen Hauses, mit dem Kronprinzen und der Königin zu führen hatte (vergl. besonders Kapitel 17 „Danziger Episode"), ferner seine von Anfang an, trotz der mannigfachsten und heftigsten Gegnerschaft, fest auf ein ganz bestimmtes Ziel, die Annexion, losgehende Politik in Schleswig-Holstein, auf deren glänzendes Gelingen er immer besonders stolz war (II, 8 ff.), dann die Neutralitätsverhandlungen 1866 mit Hannover (II, 24), die dicht vor dem Abschlusse scheiterten, der Versuch, im letzten Augenblicke auch Kurhessen durch den Kurprinzen für dieselbe Haltung zu gewinnen (II, 25 f.), der heiße Kampf um die Friedensbedingungen in Nikolsburg (II, 39 ff.), und Bismarcks entscheidender Einfluß auf die Kriegführung nach der Schlacht bei Königgrätz durch den Kriegsrat von Czernahora bei Brünn am 12. Juli (II, 37 ff.), der sein Verhältnis zum Generalstabe und seinen „Halbgöttern" auf die Dauer verdarb. Mit hinreißender, überzeugender Klarheit entwickelt er im 21. Kapitel („Der Norddeutsche Bund") den innigen Zusammenhang zwischen seiner innern

und seiner auswärtigen Politik nach 1866. Bei der Darstellung des Kriegs von 1870/71 (Kapitel 23) legt er das Schwergewicht auf den hartnäckigen Kampf, den er vor Paris, von Roon unterstützt, mit dem Generalstabe und dem Einflusse hochgestellter Damen um die Beschießung von Paris und um seinen Einfluß auf die Leitung der militärischen Operationen zu führen hatte, da seine unzweifelhaft berechtigte Anschauung, der Krieg sei nur ein Mittel zur Erreichung politischer Zwecke, bei den „Halbgöttern" fortwährend auf Widerstand stieß. Beim Kulturkampf (Kap. 24) betont er vor allem dessen Zusammenhang mit den polnischen Bestrebungen und seinen Zweck, die Hoheit des Staates gegenüber den Herrschaftsansprüchen der römischen Kirche zu wahren, und weist nach, wie erst die „Desertion" der freisinnigen Partei ihn aussichtslos gemacht, wie er aber dem Staate trotzdem eine Reihe von dauernden Erfolgen gebracht und einen erträglichen modus vivendi herbeigeführt habe, während ein prinzipieller Ausgleich bei der Natur der römischen Kirche unmöglich sei. Sehr neu und eigentümlich tritt später sein persönliches Vertrauensverhältnis zu Kaiser Alexander III. von Rußland als eine Grundlage der Beziehungen Deutschlands zum Zarenreiche hervor (II, 157 f.).

Diesen Darstellungen sind nun glänzende Lichter aufgesetzt in Gestalt einzelner scharf und lebendig gezeichneter Bilder. Welch eine Szene im Potsdamer Schlosse, als der König am 25. März 1848 an die um ihn im Marmorsaale versammelten Gardeoffiziere eine Ansprache richtet, er sei niemals freier und sichrer gewesen, als unter dem Schutze seiner (Berliner) Bürger (die eben noch gegen ihn rebelliert hatten!), und die schon über den Rückzug aus der besiegten Hauptstadt tief erbitterten Männer mit einem Murren und Aufstoßen der Säbelscheiden antworten, „wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird" (I, 26). Oder wie er am 22. September 1862 den König in Babelsberg umstimmt (I, 267) und ihn in Jüterbogk „bei seinem preußischen Offiziersportepee faßt" (I, 283 ff.), ein Auftritt, den er gern immer wieder erzählt hat, und wie er ihn dann in Baden-Baden im August 1863 vom Besuche des Frankfurter Fürstentags mit dem Aufgebot aller Kraft zurückhält (I, 340). Oder sein ganz persönlicher Zusammenstoß mit dem Kronprinzen im September 1863, der ihm

mit einem „feindlichen Ausdruck olympischer Hoheit" begegnet! (I, 323). Geradezu erschütternd wirkt es, wie er in Nikolsburg, als der König auf seine maßvollen Vorschläge für die Friedensbedingungen nicht eingehn will, nach heftigem Streite das einemal im Weinkrampf zusammenbricht, das andremal sogar einen Augenblick an Selbstmord denkt, und der Kronprinz vermittelnd dazwischentritt (II, 43. 47). Wie plastisch herausgearbeitet sind auch die Figuren der Petersburger Hofgesellschaft in ihren drei auf einander folgenden, ganz verschiednen Generationen (I, 219 ff.), oder der napoleonische Hof in Paris mit seinem Glanze und seinen plebejischen Sitten (I, 153 ff.)! Bilder derart erregen nur das Bedauern, daß diese Meisterhand nicht noch mehr ähnliche gezeichnet hat.

Ein besonders eigentümliches Element des Werkes sind die politischen Betrachtungen, die bald an einzelne Ereignisreihen angeknüpft werden, bald ganze Kapitel füllen und zusammen einen sehr beträchtlichen Teil des Ganzen ausmachen. In ihnen hat der Verfasser das Ergebnis eines langen, unvergleichlich erfolgreichen Lebens vor allem zur Belehrung für die Gegenwart und Zukunft niedergelegt. So erörtert er im Anschluß an die Schilderung der Märztage von 1848, welche Möglichkeiten sich bei einer entschlossenern und klarern Haltung des Königs, der die Macht der Bewegung überschätzt, die der monarchischen Idee im Volke und Heere unterschätzt und zuviel Rücksicht auf „moralische Eroberungen" in Deutschland genommen habe, der preußischen Krone für ihre deutsche Politik geboten hätten (I, 40 ff. 54 ff.). Zweimal, da, wo er I, 10 seine eignen Jugenderfahrungen in der Verwaltung bespricht, und wo er II, 179 f. auf die Verwaltungsreform des Grafen Friedrich Eulenburg 1877 eingeht, erläutert er die neue „Selbstverwaltung" und findet, daß sie nur eine Verschärfung der alten Büreaukratie sei, da sie den Landrat in einen reinen Regierungsbeamten verwandelt und damit die alten festen Beziehungen des Amtes zu dem Kreise zerstört habe. An die Erzählung von seinem Eintritt ins Ministerium 1862 knüpft er eine ausführliche Besprechung der schweren Versäumnisse in der auswärtigen Politik Preußens seit 1786, das nach 1806 überhaupt keine wirkliche Selbständigkeit gehabt habe und als eine Großmacht nur cum grano salis habe gelten können, nicht weil es ihm an innerer Kraft, sondern weil es der Regierung

an preußischem Selbstgefühl gefehlt habe, vor allem unter Friedrich Wilhelm IV., den die Verantwortung für die damalige Politik in allen wesentlichen Stücken selber treffe. Erst Wilhelm I. habe sich allmählich unter seiner eignen Mitwirkung emanzipiert, auch von den nach der alten Richtung hindrängenden Einwirkungen seiner nächsten Umgebung (I, 270 ff.). Höchst merkwürdig ist die Erörterung über die Enttäuschung, die ihm der Reichstag und die Dynastien bereitet haben; die nationale Gesinnung der Dynastien habe er unterschätzt, die der deutschen Wähler oder doch des Reichstags überschätzt (II, 309), und wie bitter resigniert klingt der Satz II, 58: „Ich habe nie gezweifelt, daß das deutsche Volk, sobald es einsieht, daß das bestehende (allgemeine) Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon freizumachen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, sobald es erst im Sattel säße, ein Irrtum gewesen.“ Leider ist sie, wie es scheint, wirklich ein Irrtum gewesen. Ein ganzes Kapitel, das 13., widmet der Verfasser dem Verhältnis der „Dynastien und Stämme“ zur nationalen Einheit. Er findet, bei den Deutschen sei die Anhänglichkeit an eine Dynastie Voraussetzung des praktischen Patriotismus. Darin liege die Bedeutung der Dynastien für den Zusammenhang der Nation, und da dieses Verhältnis, das bei andern Völkern nicht vorhanden sei, nun einmal eine reichsdeutsche Eigentümlichkeit sei, so müsse man mit ihm rechnen, so lange es kräftig sei. Daß die Bewegung von 1848/50 dies versäumt habe, sei ihr größter Fehler gewesen. Andrerseits habe sich das dynastische Interesse unter das nationale Interesse zu beugen und dürfe nicht neue Zersplitterung verursachen, denn „das deutsche Volk und sein nationales Leben können nicht unter fürstlichen Privatbesitz verteilt werden.“ Die einzelstaatliche Souveränität sei an sich „eine revolutionäre Errungenschaft auf Kosten der Nation und ihrer Einheit,“ und die Dynastien seien nur deshalb so mächtig geworden, weil sie die Krystallisationspunkte des deutschen Sondertriebes gewesen seien. Nach diesen Ausführungen wird wohl niemand mehr wagen dürfen, den Fürsten Bismarck, der immer genau danach gehandelt hat, als den prinzipiellen Beschützer jedes kleinfürstlichen Rechts und andrer sogenannter „Imponderabilien“ in Anspruch zu nehmen.

Wie das Verhältnis zu Rußland immer im Vordergrunde seiner

Politik gestanden hat, so kommt er auch mehrfach in kürzern oder längern Betrachtungen darauf zurück, so II, 251 ff., wo er darauf hinweist, daß das 1879 geschlossene Bündnis mit Österreich durch gute Beziehungen Deutschlands zu Rußland befestigt, durch eine Entfremdung von diesem unsichrer gemacht werde und bei der Unberechenbarkeit der innern Entwicklung Österreichs thatsächlich auf zwei Augen stehe, so vor allem im 30. Kapitel über die „zukünftige Politik Rußlands.“ Er sieht ihren (europäischen) Hauptzweck in der mittelbaren Beherrschung der europäischen Türkei und in einem russischen Verschluß des Bosporus. Deutschland sei dem gegenüber in der vorteilhaften Lage, daß es keine unmittelbaren Interessen im Orient habe, und sei zugleich durch seine zentrale Stellung genötigt, einerseits alles zu thun, um einen Zusammenstoß mit Rußland zu vermeiden, der ihm auch im glücklichsten Falle nichts der Rede wertes einbringen könne, andrerseits Österreich nicht in die Arme Rußlands zu treiben; denn gelänge es diesem, Österreich zu gewinnen, so wäre die Koalition des Siebenjährigen Kriegs gegen uns fertig, da Frankreich immer gegen uns zu haben sein würde. Daher sei das höchste Interesse Deutschlands die Erhaltung des Friedens. Aus diesem Grunde sei er selbst, nachdem wir unsre Einheit innerhalb der erreichbaren Grenzen hergestellt hatten, bestrebt gewesen, das Vertrauen aller Mächte zu der Gerechtigkeit und Friedensliebe des Deutschen Reichs zu erwerben und habe daher selbst berechtigte Empfindlichkeit zurückgedrängt. Natürlich weist er an einer andern Stelle (II, 258 f.) darauf hin, daß alle Staatsverträge nur Geltung haben rebus sic stantibus, auch der Dreibund, und daß daher das altpreußische toujours en vedette niemals vergessen werden dürfe. Man sieht, das ist eine sehr kluge, sehr weitschauende, sehr maßvolle Politik, aber es ist auch eine europäisch beschränkte Politik. Daß sie, nachdem Deutschland auf Grund und unter dem Zwange dessen, was eben sie für Deutschland errungen hat, in die Reihen der Weltmächte eingetreten ist, in jedem Falle ausreichen wird, das wird man nicht erwarten dürfen. Wir haben jetzt mit Nordamerika und Japan gerade so gut zu rechnen, wie mit Rußland und Frankreich, und von den europäischen Großmächten sind schon jetzt Österreich und Italien in die zweite Reihe zurückgetreten; es vollzieht sich also eine neue Gruppierung der Mächte, nicht nach ihren Beziehungen in Europa, sondern in der Welt.

Wenn schon diese ausgedehnten Betrachtungen und die ganze Auswahl und Anordnung des Stoffes eine stark subjektive Färbung in das Buch bringen, so tritt dieser subjektive Charakter noch mehr hervor in dem Urteil über Personen und Dinge, abgesehen noch von dem unbewußten und im einzelnen nicht immer leicht nachweisbaren Einfluß, den die Betrachtung von einem spätern Standpunkte aus darauf ausüben mußte. Denn es liegt über dem Werke nicht die abgeklärte Ruhe des philosophisch-gelassenen Beobachters, der auf die Vergangenheit als auf etwas Abgethanes zurückblickt, sondern es lebt in ihm die nachzitternde Erregung des großen Kämpfers. War doch das ganze Leben des Verfassers vom Eintritt in die politische Laufbahn 1847 bis an seinen Tod, fünfzig Jahre durch, ein ununterbrochner Kampf. Und mit wem hätte er nicht zu kämpfen gehabt! Er rang zuerst mit der Demokratie von 1848/49 für das starke Königtum und die Selbständigkeit seines Preußen, in Frankfurt a. M. mit dem Anspruche Österreichs um die Autonomie der preußischen Politik und die Gleichberechtigung seines Staats, als Minister wieder für das echte Königtum gegen ein parlamentarisches Regiment. Alle Parteien hat er auch später nach einander unter seinen Gegnern gesehen: die Konservativen, seine alten Genossen, die ihm bei dem unvermeidlichen liberalen Ausbau des Reiches und Preußens nicht folgen wollten, die Liberalen, die sich ihm versagten, als er an die nationale Wirtschaftspolitik ging, das neugebildete Zentrum, das die Hoheitsrechte des Staates bestritt und trotzdem dank der aufs bitterste von ihm empfundnen „Desertion" des linken liberalen Flügels zu einer ausschlaggebenden Stellung gelangte, die Sozialdemokratie, die alle Grundlagen des Staats und der Gesellschaft verneinte und trotzdem immer wieder Bundesgenossen unter den „bürgerlichen" Parteien fand. Und diese innern Kämpfe verflochten sich mit den auswärtigen gegen Österreich und die deutschen Mittelstaaten, gegen Dänemark und Frankreich, später um die Erhaltung und den Ausbau der europäischen Stellung Deutschlands. Denn alle Gegner Preußens und des Reichs fanden Bundesgenossen in seinem Innern. Gegen seine deutsche Politik focht unter Friedrich Wilhelm IV. die konservativ-doktrinäre „Camarilla," unter der Regentschaft und in den ersten Jahren Wilhelms I. mit der parlamentarischen Demokratie thatsächlich ver-

bündet eine starke höfische Partei, die an der Königin und dem Kronprinzen mit seiner Gemahlin eine Stütze fand, und diese Partei ist auch später so ziemlich in allen wichtigen Fragen seine entschiedne Gegnerin geblieben. Dazu wurde die Einheitlichkeit der Staatsleitung beständig von dem Partikularismus der Ressorts gestört, seine eigne Politik beständig gekreuzt, weshalb er diesen Verhältnissen in den Gedanken und Erinnerungen ein ganzes Kapitel, das 27., widmet. Selbst seines Königs und Kaisers war er unter diesen von allen Seiten beständig auf ihn eindringenden Einflüssen nicht in jedem einzelnen Falle sicher; nur in beständigen Kämpfen konnten sich diese beiden starken Charaktere immer wieder zusammenfinden, und die große Frage, wie die Macht des Monarchen und des leitenden Ministers abzugrenzen sei, ist auch von Bismarck niemals grundsätzlich gelöst worden, weil sie unlösbar ist. Kurz der gewaltige Mann, der Deutschland einigte und Europa eine neue Ordnung auferlegte, ist, so wenig wie er jemals eine sichre Mehrheit im Reichstage erlangte, auch seiner amtlichen Stellung niemals ganz sicher gewesen. Er hat sie festgehalten mit aller Kraft, nicht aus Ehrgeiz, sondern aus Pflichtgefühl, aus Liebe zu seinem alten Herrn, als seines „Kaisers treuer deutscher Diener," als seines angestammten Königs altmärkischer Vasall.

Wie hätte ein solcher Mann zu einem objektiven sachlichen Urteil über seine alten Gegner gelangen können! Er identifiziert sich vielmehr so mit der Sache, die er vertreten hat, und die nur er so vertreten konnte, daß seine sachlichen Gegner als seine persönlichen Feinde erscheinen, und er will natürlich auch, daß seine Leser die Dinge so auffassen wie er selbst. Daher das herbe Urteil über fast alle, auch wenn sie dem Herrscherhause angehören. In der Art, wie er in dem 16. Kapitel „Danziger Episode" den damaligen Kronprinzen behandelt, liegt etwas Schonungsloses, und man kann wohl fragen, ob das notwendig war; auch das Schlußkapitel „Kaiser Friedrich III." schwächt diesen Eindruck nur wenig ab. Viel herber noch und schwerlich gerecht wird durch das ganze Buch die Königin und Kaiserin Augusta behandelt; die stolze, kluge und auf ihren Einfluß eifersüchtige Dame erscheint die ganze Zeit hindurch als seine konsequenteste Gegnerin, die ihm seine Politik aufs äußerste erschwerte, da sich um sie alle Opposition, die liberale wie die konservative und klerikale, gewissermaßen

krystallisierte (II, 286). Um so wohlthuender hebt sich die herrliche Charakteristik Wilhelms I. ab (Kap. 32), das schönste litterarische Denkmal, das ihm gesetzt werden konnte, und das nur dieser Darsteller ihm setzen konnte.

Es ist das gute Recht aller Denkwürdigkeiten, also auch der „Gedanken und Erinnerungen,“ nicht nur die Persönlichkeit des Erzählers stark hervortreten zu lassen, sondern auch sein persönliches Urteil rückhaltlos zur Geltung zu bringen. Eine objektive Geschichtsdarstellung bieten Memoiren nicht und bietet auch das Werk Fürst Bismarcks nicht. Aber gerade darin liegt sein Wert. Er beruht nicht in erster Reihe auf den neu mitgeteilten Thatsachen, sondern vor allem in dem Bilde, das wir von der alles überragenden Persönlichkeit des Erzählers erhalten. Wie er über die Dinge und die Menschen dachte und empfand, wie er sie behandelte, was er mit einer politischen Maßregel beabsichtigte, welche Erfahrungen er aus seiner Thätigkeit schöpfte, und welche Regeln sich ihm daraus für die Zukunft ergaben, kurz sein Wesen als Staatsmann, das ist selbst ein überaus wichtiger Teil der deutschen und der europäischen Geschichte, denn er hat sie selbst gemacht, so weit ein einzelner Mensch das überhaupt vermag. Und je stärker dabei seine Subjektivität hervortritt, je tiefer und persönlicher er die Gegensätze empfindet, mit denen er im Kampfe gelegen hat, desto mehr steigert sich die Teilnahme für ihn. Denn tragisch trotz aller Erfolge ist wie im Grunde das Leben jedes großen Mannes auch dieses großartige Dasein gewesen. Dies ist der stärkste Eindruck, den das Buch hinterläßt. Der andre ist die Erkenntnis, wie unendlich verwickelt und schwierig es ist, einen großen Staat zu regieren, d. h. alle die widerstreitenden Elemente schließlich zu einheitlichem Wollen und Wirken zusammenzufassen. Wenn sich diese Erkenntnis recht vielen Lesern mitteilt, so wird das Werk wesentlich zu der politischen Erziehung der Deutschen beitragen, die noch sehr, sehr weit davon entfernt ist, abgeschlossen zu sein; sie wird mit Ehrfurcht vor dem Staate überhaupt und mit Bewunderung für den Genius erfüllen, der erst in beständigem Ringen, durch seine persönliche Arbeit vorhandne Möglichkeiten in Wirklichkeit umsetzte. Dieses Buch ist sein politisches Testament. Aber gerade deshalb ist es kein Volksbuch und soll es gar nicht sein, denn die große Politik ist nichts Volkstümliches. Es ist auch für gebildete

Leser eine schwere Lektüre, die viel Kenntnisse und ernste geistige Mitarbeit voraussetzt. Möge es durch seinen Einfluß mitwirken an der Erziehung einer geistigen Aristokratie, die den deutschen Staat beherrschen muß, wenn er seine Aufgabe erfüllen soll!

Indem ich mich nun anschicke, einige besonders wichtige Kapitel des Werkes einer nähern kritischen Betrachtung zu unterwerfen, ist es vielleicht noch immer nicht überflüssig, mich gegen den Vorwurf der Pietätlosigkeit zu verwahren. Nicht darin besteht die Pietät gegen das Andenken eines großen Mannes, daß man alle Menschlichkeiten wegleugnet oder vertuscht und ihm alles gläubig nachspricht, sondern darin, daß man ihn in allen Zügen seines Wesens und im Zusammenhange mit seiner Zeit, die das Genie zwar nicht schafft, aber erzieht, zu verstehn sucht. Wer statt eines historischen Porträts ein Idealbild auf Goldgrund malt, der verfolgt erbauliche Zwecke, ein Historiker ist er nicht. Persönlich den Vorwurf mangelnder Pietät zu fürchten, habe ich keine Veranlassung. Einem Manne, der mir die Ideale der Jugend und der ersten Mannesjahre glorreich verwirklicht hat, dessen Soldat im Kampfe für Deutschlands Einheit und Größe an meinem unendlich bescheidnen Teile in Wort und Schrift gewesen zu sein mein Stolz ist, während ein jüngeres Geschlecht, das jetzt den echten Bismarckkultus für sich allein beansprucht, jene Kämpfe noch gar nicht mit Bewußtsein erlebt hat, dem Manne, der mir noch in seinen letzten Jahren, als ich eine solche Möglichkeit gar nicht mehr zu hoffen wagte, persönliche Freundlichkeit erwiesen hat, dem pietätlos gegenüberzutreten wäre mir ganz unmöglich.

Im folgenden soll die Darstellung behandelt werden, die Fürst Bismarck im 19. Kapitel von der schleswig-holsteinischen Verwicklung, im 22. und 23. Kapitel von dem Kriegsjahre 1870/71 giebt. Denn einmal zeigt ihn diese Zeit auf der Höhe seiner Wirksamkeit, sodann fließen hier gerade die Quellen so reichlich, daß es, obwohl die Archive im großen und ganzen noch lange unzugänglich bleiben werden, oft möglich ist, bis ins einzelne hinein zu kontrollieren. Die Absicht, auch das 20. Kapitel (Nikolsburg) in ähnlicher Weise zu untersuchen, habe ich fallen lassen, weil inzwischen Max Lenz im Juliheft der Deutschen Rundschau diese Aufgabe gelöst hat und über sein zum Teil negatives Ergebnis jetzt schwerlich hinauszukommen sein wird.



1. Schleswig-Holstein

Das 19. Kapitel giebt noch viel weniger eine zusammenhängende Erzählung als andre Teile der Gedanken und Erinnerungen; es muß sogar einerseits ergänzt werden durch Stücke des 17. Kapitels, andrerseits enthält es manches, was mit Schleswig-Holstein in gar keinem Zusammenhang steht und von dieser Betrachtung ganz ausgeschieden werden muß. Es wäre hier also ein unnützer Versuch, auf die Nachweisung von Lücken ein besondres Gewicht zu legen; der Fürst hat vielmehr neben einer übersichtlichen Erörterung seiner schleswig-holsteinischen Politik nur einzelne ihn besonders interessierende Partien aus dem ganzen Verlaufe der Begebenheiten herausgegriffen und setzt überall Sybels Darstellung voraus, auf die er sich gelegentlich auch unmittelbar bezieht. Demnach kann es sich hier nur um eine Prüfung der einzelnen Angaben handeln, namentlich darum, ob sie etwa in der Erinnerung des Verfassers gefärbt oder verschoben sind.

Von den vier Abschnitten des Kapitels hängen die beiden ersten, die Besprechung seines Gegensatzes zu dem Gesandten in Paris, dem Grafen Robert von der Goltz, und die Übersicht über seine schleswig-holsteinische Politik eng zusammen. Zur Beurteilung des ersten Stücks gehören natürlich auch die hier nicht mitgeteilten Briefe des Botschafters. Dieser stimmte mit seinem Chef sehr wenig überein. Er verwarf schon dessen viel angefochtne Februarkonvention mit Rußland, weil er von ihr eine Isolierung Preußens befürchtete, und stellte sich in der schleswig-holsteinischen Sache so ziemlich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Bekanntlich hatten der plötzliche Tod Friedrichs VII. von Dänemark am 13. November 1863 und die Unterzeichnung der dänisch-schleswigischen Gesamtstaatsverfassung durch seinen

Nachfolger Christian IX., nachdem der Bundestag schon am 1. Oktober die Exekution gegen Holstein beschlossen hatte, alle Beteiligten vor eine ganz neue Lage gestellt. Doch wurde sie sehr verschieden aufgefaßt. Während sich die öffentliche Meinung in Holstein und in den deutschen Mittelstaaten für das unter allen Umständen zweifelhafte Erbrecht Friedrichs (VIII.) von Augustenburg begeisterte, weil sie darin das sichere Mittel erkennen zu dürfen meinte, die unerträglich gewordne Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark zu lösen, hielten sich Preußen und Österreich an das von allen Großmächten anerkannte Londoner Protokoll, das dies Erbrecht ausschloß, gebunden, solange nicht alle Mittel erschöpft waren, die vertragswidrige Haltung Dänemarks zu ändern. Demgemäß verständigten sie sich am 24. November über die Beschleunigung der beschlossenen Exekution, und der preußische Ministerrat beschloß am 26. die Mobilisierung von etwa 60 000 Mann, der Bundestag aber, von der rein formellen Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten beherrscht, suspendierte am 28. November im Widerspruch mit den beiden Großmächten die holsteinische Stimme, verweigerte also Christian IX. die Anerkennung als Herzog von Holstein. Darauf wurde am 7. Dezember die Durchführung der Exekution beschlossen und am 24. mit dem Einmarsch der sächsisch-hannöverschen Truppen begonnen, beides mit Zustimmung der Großmächte. Aber die wachsende Agitation der Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung in Deutschland führte die Großmächte enger zusammen; sie wollten und konnten sich von den Kleinstaaten in einer europäischen Frage nicht majorisieren lassen und verständigten sich Ende Dezember über den Antrag, Schleswig von Bundes wegen zu besetzen, als Pfand für die Erfüllung ihrer Forderung, die Novemberverfassung aufzuheben.

In dieser Lage hatte von der Goltz schon am 1. Dezember vor jeder Koalition mit Österreich oder Frankreich gewarnt, weil dabei für Preußen nichts zu gewinnen sei; am 22. Dezember richtete er ein ausführliches Schreiben an den Minister,[1]) wobei er von der Voraussetzung ausging, daß dieser den Krieg für die Befreiung Schleswig-Holsteins gar nicht wolle, sondern nur die Personalunion gemäß dem

[1]) Bismarck-Jahrbuch V, 230. 231 f. Vom zweiten Briefe fehlt leider der Eingang, doch kann das nicht viel sein.

Londoner Protokoll. Die Gelegenheit sei jetzt dagewesen, das Gagernsche Programm [Einigung des außerösterreichischen Deutschland unter Preußen] ohne Reichsverfassung zu verwirklichen [also damit jeder auswärtigen Einmischung in die schleswig-holsteinische Sache die Spitze zu bieten]. Aber nicht einmal das Bündnis mit Österreich und dem Deutschen Bunde genüge Bismarck, um den doch unvermeidlichen Krieg gegen Dänemark zu führen, trotz der 70 Millionen Menschen, die es vereinigen werde. Wozu solle dann die ganze preußische Armeereorganisation dienen, wenn man für eine solche echt preußische und deutsche Sache den Krieg scheue? Vom Auslande sei gar nichts zu fürchten, und die „Revolution" stärke Bismarck, wenn er ihr die Führung einer so gerechten Sache überlasse. Was heiße denn überhaupt „revolutionär"? Von Bismarcks Standpunkt aus wären jetzt sämtliche mittelstaatliche Minister und Könige, sowie der ganze holsteinische Adel „verkappte Revolutionäre." „Revolutionär" sei wirklich das Londoner Protokoll, „das schmählichste der Manteuffelschen Vermächtnisse," und es sei nichts „unsittlicher," als einer konservativen Bevölkerung einen unrechtmäßigen Landesherrn aufzuzwingen, Christian IX. aber sei „völlig unberechtigt." Bismarck dürfe nicht Exekutor eines solchen Vertrags sein, damit setze er seine Zukunft, die der Dynastie, die Großmachtstellung Preußens, die Existenz der konservativen Partei aufs Spiel. Denn ein deutsches Land von Deutschland ohne Schwertstreich trennen zu lassen, „das wäre der Bruch mit Preußens Beruf."

Da Goltz diesen Standpunkt auch in seinen amtlichen Berichten und sogar unmittelbar beim König vertrat, also der Politik seines Chefs entgegenwirkte, wie man in eingeweihten Kreisen in Berlin sehr wohl wußte,[1]) so antwortete ihm Bismarck sofort schon am 24. Dezember.[2]) Nachdem er in den auch hier nicht vollständig erhaltnen Eingangssätzen ihn darauf hingewiesen hat, daß seine Berichte weit über das Maß, das ein Gesandter einhalten müsse, hinausgingen, und

[1]) M. Duncker bei Bernhardi (Aus dem Leben Theodor von Bernhardis) V, 224 Mitte Dezember: „Bernstorff in London und Graf Robert Goltz in Paris sind wütend über die Politik, die er [Bismarck] befolgt, schreiben in diesem Sinne und zeigen die Gefahren dieser Wege. Robert Goltz schreibt dem König direkt, wie die Dinge in Paris wirklich stehn."

[2]) Abgedruckt schon im Bismarck-Jahrbuch V, 231 ff.

der König nicht „zwei auswärtige Minister" haben könne, sondern nur einen, und der sei er, stellt er kurz die Frage: Ist Preußen eine [europäische] Großmacht oder nur ein deutscher Bundesstaat, soll es also „monarchisch" oder „durch Professoren, Kreisrichter und kleinstädtische Schwätzer" regiert werden? Die Jagd nach Popularität in Deutschland hat uns unsre Stellung in Deutschland und Europa gekostet; wir werden sie nur wiedergewinnen, wenn wir zuerst Großmacht, dann Bundesstaat sind. So hat Österreich immer gehandelt; die Schmerlingsche Politik, die Goltz als Ideal vorschwebt, hat Fiasko gemacht [mit dem Frankfurter Fürstentage 1863], die Bismarckische Politik, die er tadelt, hat schon große Erfolge aufzuweisen: die [österreichisch-mittelstaatliche] Bregenzer Koalition [1850] ist gesprengt, Österreich ist einig mit Preußen, Frankreich sucht Preußen, in London und Petersburg gilt es wieder etwas. Mit einer „populären" Politik würde sich Preußen alles verderben, und doch in den Elementen, auf die es sich dann stützten müßte (auf „Pfordten, Koburg und Augustenburg, auf alle Schwätzer und Schwindler der Bewegungspartei"), gegen die vier andern Großmächte keine Stütze finden; die einzig mögliche Politik ist und bleibt also „waffenmäßige Großmachtpolitik." Das Gagernsche Programm würde, wenn die „Würzburger" [die Mittelstaaten] im Kampfe um Schleswig-Holstein Preußen ehrlich Beistand leisteten und dieser siegreich ausgegangen wäre, einen Großherzog mehr in Deutschland, also für Preußen einen Gegner mehr am Bundestage ergeben haben, oder es war nur durchzuführen mit Hilfe einer populären Bewegung für die Reichsverfassung, die den Kleinstaaten höchst unwillkommen wäre und ihre Treue gegen Preußen, auf die dies doch dann rechnen mußte, erschüttern würde. Das Siebzigmillionenreich aber würde Österreich zwingen, eine Politik zu unterstützen, die Preußen zur Hegemonie führen soll. Auch er traue Österreich nicht, aber er finde es für jetzt richtig, „Österreich bei uns zu haben." Denn die Kriegsgefahr bestehe in der That, von Frankreich wie von Rußland her, und darum sei auch die Armeereorganisation unbedingt nötig. Kriegsscheu sei auch er nicht, im Gegenteil, der Krieg liege auch in seinem Programm; nur sei der Weg, auf dem Goltz dazu gelangen wolle, „staatsmännisch unrichtig"; deshalb verwerfe er ihn, nicht etwa weil er „revolutionär" sei. Wenn Goltz den Londoner

Vertrag „revolutionär“ nenne, so seien es die Wiener Traktate „zehnmal mehr,“ aber das europäische Recht werde eben durch europäische Traktate geschaffen. Als Minister würde Goltz einsehen, daß seine Politik undurchführbar sei, Kritik sei freilich leicht. Aber sein Verfahren müsse Goltz ändern, sonst könne er sich nicht mehr offen gegen ihn aussprechen, was doch dem Botschafter in Paris gegenüber „bis zum letzten Worte“ nötig sei.

Bismarck rechtfertigte also hier seine Politik vom Standpunkte der Großmachtstellung Preußens und der europäischen Lage aus, gab auch zu, daß er den Krieg um Schleswig-Holstein wolle, sagte aber nichts über sein letztes Ziel, überzeugte daher auch Goltz, keineswegs wie er selbst vorausgesehen hatte. Vielmehr lehnte dieser in einem Schreiben von Ende Dezember [1]) Bismarcks Auffassung von der Stellung des Gesandten zum Minister des Auswärtigen rundweg ab, da dann der Gesandte nicht mehr offen reden dürfe, der König also nicht en pleine connaissance entscheiden könne, und dies auf eine Diktatur des Ministers hinauslaufen würde. Dann verwahrte er sich gegen mehrere „Irrtümer“ Bismarcks und erläuterte seine eigne Anschauung dahin, daß Bismarck jetzt von der „Demokratie“ geschoben werde, das entscheidende Interesse für Preußen die Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ein neuer Herzog für Preußen nicht gefährlich sei. Der Krieg sei nötig und werde von Napoleon nicht gestört werden, wenn er in deutsch-nationalem Sinne geführt werde, vielleicht aber, wenn dies nicht betont würde und Preußen mit Österreich gehe. Den Vergleich mit dem Londoner Protokoll und den Wiener Verträgen wollte er nicht gelten lassen.

Wenn Bismarck das letzte und höchste Ziel seiner damaligen Politik, die Erwerbung Schleswig-Holsteins für Preußen, dem Botschafter nicht bezeichnete, weil er ihm eben nicht völlig traute, so hat er das doch nach der Erzählung, die den zweiten Abschnitt des Kapitels eröffnet, in einem Ministerrat unter dem Vorsitze des Königs gethan, dem auch der Kronprinz beiwohnte. In den entscheidenden Wochen zwischen dem Tode Friedrichs VII. und dem Ausbruche des Kriegs haben vom 16. November 1863 bis 29. Januar 1864 nicht weniger

[1]) Abgedruckt im Bismarck-Jahrbuch V, 238 ff.

als neunzehn Sitzungen des Ministerrats (Conseil) stattgefunden, davon aber nur vier unter dem Vorsitze des Königs, drei im Beisein des Kronprinzen.[1]) Welche hier gemeint sei, läßt sich aus den unbestimmten Zeitangaben Bismarcks („sofort nach dem Tode Friedrichs VII.,“ S. 8, „Dezember 1863,“ S. 11, „gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark,“ bei Busch I, 187. II, 483) nicht abnehmen; da aber die Gegenwart des Kronprinzen feststeht, und dieser zuerst einer Sitzung derart am 2. und 3. Januar 1864 beiwohnte, so ist jedenfalls eben diese gemeint, die, weil sich der König angegriffen fühlte, am Sonnabend abgebrochen und erst am Sonntag zu Ende geführt wurde.[2]) Über den Inhalt, besonders über seine Rede für die Annexion Schleswig-Holsteins, die den König daran erinnerte, daß alle seine Vorfahren den Staat vergrößert hätten, hat Bismarck schon am 11. September 1870 in Reims, ausführlicher am 20. Oktober 1877 in Varzin einem kleinen Kreise übereinstimmend mit der Darstellung in den Gedanken und Erinnerungen berichtet.[3]) Der König unterbrach ihn mit den Worten, davon wolle er nichts wissen, solche Äußerungen dürften nicht wiederholt werden. Zu einem Beschlusse derart ist es also natürlich damals nicht gekommen. Weiter weiß Geffcken an Bernhardi zu berichten (8. Januar): Bismarck sei mit seinen Anträgen auf große Aktion, Einrücken in Holstein, Gewaltmaßregeln gegen den Herzog vollständig durchgefallen, obwohl alle Minister mit ihm stimmten, „der Kronprinz soll recht gut gesprochen haben. Bismarck erreichte es nur, daß der König seinen Vorsatz, vom Londoner Protokoll zurückzutreten, wieder verschob; es wurde in Summa beschleunigtes Vorgehn auf dem bisherigen Wege beschlossen,“[4]) also praktisch: im Einvernehmen mit Österreich die Aufhebung der Novemberverfassung in Kopenhagen binnen 48 Stunden zu fordern, sonst den Krieg zu beginnen, der Antrag, den der österreichische Ministerrat am 10. Januar annahm, und der, nachdem der Bundestag den Antrag

---

[1]) Kohl, Bismarck-Regesten I, 211 f. 213 f. 216 f. 218. 221.

[2]) Geffcken bei Bernhardi V, 318; vgl. 285. H. Kohl, Wegweiser 90.

[3]) Busch I, 187. II, 483.

[4]) Bernhardi V, 318. Auch Janssen-Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung 193 f. geben davon einen Bericht, der wahrscheinlich auf den Kronprinzen zurückgeht. Vergl. Henrici, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners 93 f.

der beiden Großmächte vom 28. Dezember (s. S. 24) abgelehnt hatte, zu deren Bündnis vom 16. Januar und damit zum Kriege führte.[1])

Im Anschluß an den Bericht über diese entscheidende Sitzung entwickelt Bismarck die Grundzüge seiner schleswig-holsteinischen Politik. War das höchste Ziel, die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen, nicht zu erreichen, so wollte er wohl die Thronbesteigung des Augustenburgers zugeben, aber unter der Voraussetzung, daß das preußisch-deutsche Interesse durch eine Militär- und Marinekonvention, wie sie später die Februarbedingungen (1865) vorsahen, gesichert werde; war auch das ohne Isolierung Preußens nicht durchzusetzen, dann mindestens die Personalunion auf Grund des Londoner Protokolls. „Ich habe, sagt er zusammenfassend, von Anfang an die Annexion unverrückt im Auge behalten, ohne die andern Abstufungen aus dem Gesichte zu verlieren," denn es war ein Kernsatz seiner ganzen Politik, immer das Höchste sich als Ziel zu stecken, aber sich, wenn es nicht zu erreichen war, mit Geringerm zu begnügen, falls es nur in der Richtung dieses Zieles lag. Absolut vermeiden aber wollte er einen Krieg Preußens für die Einsetzung des Augustenburgers im Bunde mit den deutschen Staaten außer Österreich und mit der populären Strömung, die „ein kindliches Vertrauen" zu dem Beistande Englands hatte. Viel leichter wäre die Hilfe Frankreichs zu haben gewesen, freilich nur um einen bestimmten Preis. „Ich hätte den Minister als Schwindler und Landesverräter betrachtet, der in die falsche Politik von 1848, 1849, 1850 zurückgefallen wäre, die uns ein neues Olmütz bereiten mußte." Nur im Bunde mit Österreich vermied man die Wahrscheinlichkeit einer Koalition. Aber der deutsche Liberalismus übte einen starken Druck auf die deutschen Fürsten aus; sie wollten ihm gegenüber auf der einen Seite ihre Stellung im Sinne fürstlicher Sonderpolitik befestigen, auf der andern neigten sie eben deshalb zu Konzessionen an die Einheitsidee. Deutsch gesinnt waren sie alle, aber über die Gestaltung der deutschen Zukunft dachten sie so verschieden wie die Parteien. Auch König Wilhelm hatte sich während der neuen Ära durch seine Gemahlin und ihre Ratgeber „von der Bethmann-Hollwegschen Streberfraktion" in

---

[1]) Sybel IV, 199 ff. Den Ministerrat erwähnt er nicht, ein Beweis mehr dafür, daß ihm auch für diese Zeit keineswegs alle Akten zur Verfügung gestanden haben. Vergl. Bucher bei Busch III, 53.

eine liberale Richtung hineinziehn lassen, und wenn er auch auf diesem Wege nicht das für die Einheit Notwendige gethan, diese also nicht erreicht hätte, so war doch bei ihm ein gewisses „Popularitätsbedürfnis" zurückgeblieben, ohne das er schwerlich für die nachmalige kühne Politik gegen Dänemark und Österreich gewonnen worden wäre. Aber aus den liberalen Verbindungen war er 1864 schwer loszumachen; er blieb dabei: „Ich habe kein Recht auf Holstein." Bismarcks Beweisgründe machten wenig Eindruck auf ihn, denn die Königin, der Kronprinz und seine Gemahlin, manche Dynastien wirkten ihnen entgegen; auch die öffentliche Meinung war in den gebildeten Mittelständen Deutschlands ohne Zweifel augustenburgisch in derselben „Urteilslosigkeit," mit der sie sich später für die battenbergische Bulgarei begeisterte; die Macht der Presse war „betrübend erfolgreich, und die öffentliche Dummheit für ihre Wirkung so empfänglich wie immer." Und dieses herbe Urteil über das, was er doch in spätern Jahren als „Imponderabilien der Volksseele" so hoch zu schätzen versicherte, krönt er mit den Worten: „Mein Respekt vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt, vor dem Lärm der Redner und der Zeitungen, war niemals groß gewesen, wurde aber in betreff der auswärtigen Politik in den beiden oben verglichnen Fällen noch erheblich herabgedrückt."

Diese Angaben werden aus zeitgenössischen Quellen reichlich bestätigt. Zwar der Annexionsgedanke, dem Bismarck schon zu Anfang des Jahres 1864 so unverhohlen Ausdruck gab, ist selbst von seinen Zuhörern damals kaum für ernst genommen und daher auch nicht weiter beachtet worden. Nur Roon, der dem Ministerrate am 2. und 3. Januar natürlich beigewohnt hatte, scheint ihn mit Nachdruck und Zustimmung erfaßt zu haben, denn er schreibt schon am 17. Januar an seinen treuen Perthes in Bonn, dessen Standpunkt der entgegengesetzte war, nicht um des Augustenburgers willen und nicht um „den herausgeschlagnen Dänen dann gnädigst wieder einzusetzen" ginge Preußen nach Schleswig, und er nimmt Bismarck gegen den Vorwurf, er sei „unklar, unsicher, schwankend in seinem Willen," mit den bezeichnenden Worten in Schutz, damit thue ihm Perthes „bitter Unrecht."[1]) Erst später, zuerst in einem Briefe an Perthes vom 30. April

---

[1]) Denkwürdigkeiten II⁴, 243.

fällt das Wort „Annexion," und in einem andern vom 24. Mai an Moritz von Blanckenburg spricht er offen über die „Annexion und ihre Möglichkeit." [1]) Auch andre, fernerstehende glaubten damals schon an solche Pläne, wie Perthes, Bernhardi, Graf Bernstorff in London, Geffcken,[2]) ohne sie zu billigen, während M. von Blanckenburg, Bismarcks alter Jugendfreund, der Annexion grundsätzlich zustimmte und sich den Augustenburger nur gefallen lassen wollte, „wenn wir preußische Bataillone in Rendsburg und Kiel behalten." [3])

Seine Abneigung, mit der „sogenannten öffentlichen Meinung" und den Mittelstaaten zu gehn, hat Bismarck nach M. Duncker[4]) einmal mit dem drastischen Satze motiviert, „die Hauptsache sei gewesen, die Demokratie und die Mittelstaaten bei dieser Gelegenheit vor den Kopf zu schlagen." Diese Meinung teilte Roon in vollem Maße,[5]) und sie hatte ihre Begründung nicht nur in dem Streben, die preußische Politik von Wegen, die nach Bismarcks Meinung nicht zum Ziele führen konnten, fernzuhalten, sondern auch in der berechtigten Befürchtung, es möge dann der liberale Einfluß auch am preußischen Hofe das Übergewicht gewinnen und damit dem Streben nach einer parlamentarischen Regierung zum Siege verhelfen, also die Krone dem Abgeordnetenhause unterwerfen und damit das lebendige historische Königtum zerstören. Gegen diese Gefahren meinte er sich nur durch ein enges Einvernehmen mit Österreich schützen zu können, in dessen Interesse die Zurückdrängung der liberalen und mittelstaatlichen Politik noch viel mehr lag als in dem Preußens. In Österreich sah er auch keineswegs einen unbedingten Gegner seiner Pläne; er meinte vielmehr sich mit ihm über den engen Anschluß der Herzogtümer an Preußen verständigen zu können, hütete sich daher sorgfältig, in der schleswig-holsteinischen Sache, sobald sie von beiden Mächten gemeinschaftlich in Angriff genommen worden war, irgend einen Schritt ohne die Zustimmung Österreichs zu thun. Eben deshalb stellte er zunächst nur die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark als Ziel auf, weil

---

[1]) Denkwürdigkeiten II[4], 241. 243.
[2]) a. a. O. 239. Bernhardi VI, 84. 85. 101.
[3]) Roons Denkwürdigkeiten II[4], 248.
[4]) bei Bernhardi IV, 108 (15. Mai).
[5]) Denkwürdigkeiten II[4], 179 (17. Februar).

Österreich anfangs nicht weitergehn wollte; deshalb ließ er die Grenze Jütlands, trotz Wrangels beleidigender Depesche, nicht eher überschreiten, als bis sich Österreich am 5. März damit einverstanden erklärt hatte, und bezeichnete als das wichtigste militärische Ziel die Eroberung von Düppel und Alsen,[1]) nicht wie Moltke wünschte, die Besetzung der Insel Fünen. Die entschiedensten Gegner seiner Politik, die Mittelstaaten (mit Ausnahme von Hannover und Kurhessen) und die öffentliche Meinung auch in Preußen betrachtete er, solange er mit Österreich im Bündnis stand, als ganz ungefährlich, und in der That blieben die ehrgeizigen Pläne des Münchner Hofs, der diese Gelegenheit benutzen wollte, um Bayern im Sinne der Triaspolitik an die Spitze des „reinen Deutschland" zu bringen, um so mehr Hirngespinste, als die zarte Gesundheit des Königs Max unter der Wucht der Enttäuschungen einer verfehlten Politik jäh zusammenbrach und sein unerwarteter Tod am 10. März 1864 die Aktion Bayerns völlig lähmte.[2])

Den Angelpunkt der Situation bildete für Bismarck vielmehr die Opposition in den Kreisen des Berliner Hofes. Über diese sind wir jetzt aus gleichzeitigen Quellen einigermaßen unterrichtet. Zornig schrieb Roon am 7. Februar an Perthes: „Wir verderben an den Kabalen von Weiberröcken"; und Bismarck klagte Roon am 22. September über „die systematische Einwirkung Ihrer M[ajestät] und der dienstbaren Geister,"[3]) auch wurde es sehr bemerkt, daß Brandis, der Sekretär der Königin, die Versammlungen der Fortschrittspartei besuchte.[4]) Vor allem die Anschauungen des Kronprinzenpaares waren ebensowohl in der Auffassung der Gesamtpolitik wie der schleswig-holsteinischen Frage den Bestrebungen Bismarcks schnurstracks entgegengesetzt. Die Kronprinzessin hielt nach ihren englischen Begriffen ein parlamentarisches Parteiregiment auch in Preußen für erstrebenswert, und der Kronprinz

---

[1]) Sybel III, 264 ff. Gedanken und Erinnerungen II, 343. Bismarck an Roon 15. Februar und 5. März 1864. Denkwürdigkeiten II⁴, 205 f. 210. Über den Konflikt mit Wrangel Gedanken und Erinnerungen I, 343 A. und Roon II⁴, 207.

[2]) Bernhardi V, 238 ff. 241 (vom 21. Dezember, nach Berichten aus München), vgl. VI, 52; Sybel III, 191.

[3]) Denkwürdigkeiten II⁴, 138. 285.

[4]) Bernhardi VI, 182.

ließ sich, statt, wie ihm sein Berater Max Duncker dringend empfahl, dem Ministerrat regelmäßig beizuwohnen und dort seine Ansichten zur Geltung zu bringen, von England und Gotha her in der Richtung beeinflussen, daß er glaubte, eine Revolution stehe bevor, und er müsse sich von der thätigen Teilnahme an der Politik fernhalten, um dann, wenn die Revolution zum Siege, also die Fortschrittspartei zur Herrschaft gelange, an die Spitze treten zu können und den Thron zu retten, worüber Sammer, der „Minister" Friedrichs von Augustenburg, im Winter 1863 sogar eine Denkschrift einreichte.[1]) Die schleswig-holsteinische Sache beurteilte die Kronprinzessin nicht nach dem Staatsinteresse, sondern lediglich nach ihrem weiblichen Gefühl, sie nahm daher fast leidenschaftlich Partei für den Augustenburger, „Fritz Holstein," wie sie ihn nannte.[2]) Der Kronprinz, der mit diesem befreundet war und seit 1863 mit Bismarck persönlich sehr schlecht stand, bekämpfte den „Hintergedanken einer preußischen Vergrößerungspolitik" aufs entschiedenste, weil er die ganze deutsche Politik Preußens „völlig verfälschen und ihr gegenüber Europa wahrscheinlich eine Niederlage bereiten würde."[3]) Ein Versuch, den M. Duncker nach einer eingehenden Unterredung mit Bismarck (19. Mai) machen sollte, um den Thronfolger umzustimmen, verlief sicher ergebnislos,[4]) ja von verschiednen Seiten arbeitete man an Dunckers Sturze.[5])

Dies alles wirkte nun beständig auf den König ein. Fast verzweifelt schrieb Bismarck am 21. Januar 1864 an Roon: „Ich habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs im andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Ich werde nicht viel sagen [im Abgeordnetenhause] . . . nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Olmütz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um den Augustenburger

---

[1]) Bernhardi VI, 103 ff.

[2]) Bernhardi V, 247. 251. 282. VI, 155 f. 163.

[3]) so in einem Briefe aus Flensburg vom 17. April 1864, vgl. Busch III, 265 A.

[4]) Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, 90[2].

[5]) Bernhardi VI, 106.

einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. ... Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren.“ Kaum anders, wenn auch nicht so hoffnungslos, faßte Roon die damalige Lage auf, wenn er am 30. Januar an Bismarck schrieb:[1]) „Der arme Herr ist in einer beklagenswerten Agitation, die ihn zum Bruche mit Ihnen, mit uns führen könnte und damit zur Selbstvernichtung seines Regiments überhaupt.“ Weniger trübe sah E. von Manteuffel, der Generaladjutant des Königs, die Lage an: „die Differenz zwischen König und Ministerium, so tröstete er am 29. Januar Roon, besteht nur in einem Wie und nicht in einem Was, und ich glaube, daß man noch ein der Königlichen Auffassung entsprechendes Wie finden kann.“[2]) Die „Differenz“ lag darin, daß der König sich vom Londoner Protokoll eher lossagen wollte, als es Bismarck mit Rücksicht auf Österreich und die übrigen Großmächte für ratsam hielt, und daß er damals noch jeden Gedanken an Annexion ablehnte, denn er habe kein Recht auf Holstein.[3])

Nach den glänzenden kriegerischen Erfolgen in Schleswig wagte sich der Annexionsgedanke mehr und mehr heraus und gewann rasch Boden. Zum erstenmale in einem amtlichen Aktenstücke stellte Bismarck die Annexion als eine Möglichkeit, nicht als eine Forderung Preußens auf, als er am 21. Mai an Werther in Wien eine Depesche über die Forderungen richtete, die beide Großmächte in der Londoner Konferenz erheben könnten, nachdem Dänemark die Personalunion abgelehnt hatte. Die Einsetzung des Augustenburgers wiesen damals (28. Mai) die fremden Großmächte einmütig ab.[4]) In dieser Situation wagte es Roon am 29. Mai in einem Briefe an Bismarck die Stimmung der siegreichen Armee mit voller Wucht in die Wagschale zu werfen, indem er schrieb: „Die Armee würde es als eine tiefe Kränkung empfinden, wenn ... ein fauler Friede zu stande käme. Volle Genüge würde nur

[1]) Roon II[4], 173 f. 193. In der Sitzung vom 21. Januar kam die für den dänischen Krieg geforderte Anleihe zur Verhandlung. Die Reden Bismarcks an diesem und am folgenden Tage bei H. Kohl, Reden des Fürsten Bismarck II, 252 ff. 265 ff.

[2]) Roon II[4], 192.

[3]) Bernhardi V, 270. 284. 343. 354 (vom 30. Dezember 1863 bis 24. Januar 1864).

[4]) Sybel III, 321 ff.

die Einverleibung der Herzogtümer gewähren. Aber man ... erwartet ... nicht das Höchste, sondern nur Angemessenes und Preußen Würdigeres." [1]) Nachdem der Waffenstillstand abgelaufen und Alsen am 29. Juni durch eine glänzende Waffenthat erobert war, erhoben Roon, M. Duncker u. a. die bestimmte Forderung, die Herzogtümer müßten an die beiden Großmächte in Gemeinschaft abgetreten werden, und diese Forderung, die von dem ausschließlichen Besitzrecht Christians IX. ausging, also ein Erbrecht des Augustenburgers ablehnte, erfüllte der Wiener Präliminarfriede vom 1. August 1864. [2])

Inzwischen bereitete sich, seitdem Bismarck die Möglichkeit der Annexion in Wien zur Sprache hatte bringen lassen, eine entscheidende Wendung in der österreichischen Politik vor, die den Krieg von 1866 eingeleitet hat. Denn dort kam jetzt allmählich im Gegensatze zu Rechberg die von den Großdeutschen der Schmerlingschen Richtung geleitete Politik wieder zur Geltung, die Österreichs Herrschaft über Deutschland wollte und jede Erweiterung der preußischen Macht grundsätzlich bekämpfte. Zur Sprache kam die ganze Frage in einer Konferenz der beiden Herrscher und ihrer auswärtigen Minister Bismarck und Rechberg im Schlosse von Schönbrunn am 22. August 1864. [3]) Bismarck versuchte dort deutlich zu machen, daß ein festes Bündnis Preußens und Österreichs für dieses mit der Überlassung Schleswig-Holsteins an Preußen nicht zu teuer erkauft sei. Die Herzogtümer lägen ganz außerhalb der österreichischen Interessensphäre, ganz innerhalb der preußischen. Eine territoriale Entschädigung könne Preußen allerdings unmittelbar nicht gewähren, nicht einmal Glatz, wo die Einwohner schon gegen eine solche Abtretung protestierten; aber es könnte bei einer Fortsetzung der gemeinschaftlichen Politik künftig einmal italienisches Gebiet zur Verfügung stehn. Er dachte dabei auch an eine preußische Bürgschaft für Venezien, die, wenn es zu einem neuen Kriege mit

---

[1]) Denkwürdigkeiten II⁴, 246.

[2]) a. a. O. 254 (15. Juli). 257 (16. Juli). Bernhardi VI, 129. Sybel III, 372.

[3]) Über diese berichtet Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen I, 344 ff.; in allem wesentlichen übereinstimmend, in Einzelheiten abweichend lautet die Erzählung, die er am 13. Juni 1890 dem Österreicher H. Friedjung gab, s. dessen Werk: Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland II, 519 f., vgl. I, 93 f.

Frankreich und Italien kam, zu einer solchen Wendung führen konnte. Diese Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck auf den Kaiser Franz Joseph; er stellte geradezu die Frage, ob Preußen die Erwerbung der Herzogtümer wünsche, oder ob es sich mit gewissen Rechten dort zufrieden geben wolle. Der Minister verwies den Kaiser für die Beantwortung dieser Frage an den König, der schweigend zugehört hatte; Wilhelm I. aber sagte „zögernd und in einer gewissen Verlegenheit," „er habe ja gar kein Recht auf die Herzogtümer und könne deshalb keinen Anspruch darauf machen." Damit war Bismarck „außer Gefecht gesetzt" und mußte die Sache vorläufig fallen lassen. Es gelang ihm nur mit Graf Rechberg eine Art von Vereinbarung über ein gemeinsames Zusammenstehn gegen Frankreich festzusetzen, die von beiden Herrschern genehmigt wurde, aber die Zukunft Schleswig-Holsteins unentschieden ließ. Bismarck bezeichnet diese Verhandlungen als den „Kulminations- und Wendepunkt" für den Versuch zum Dualismus. Seitdem begannen sich die Wege der beiden Mächte zu trennen.[1])

Man sieht: die Sache Friedrichs von Augustenburg stand an sich auch in Preußen keineswegs ungünstig. Der König selbst lehnte noch im August 1864 die Erwerbung der Herzogtümer ab, die Königin, das Kronprinzenpaar, die parlamentarische Opposition waren eifrig für ihn, der Kronprinz stand sogar in eifriger Korrespondenz mit ihm.[2]) Aber allerdings: seine Bedingungen stellte auch dieser für die Einsetzung des Herzogs, und er faßte sie schon am 26. Februar 1864 zusammen: Rendsburg Bundesfestung, Kiel preußischer Kriegshafen, Militär- und Marinekonvention mit Preußen, Bau des Nordostseekanals unter preußischer Leitung, Eintritt in den Zollverein. Mit seinen Annexionsabsichten stand Bismarck ziemlich isoliert, und er würde sich auch mit Geringerm zufrieden gegeben haben. Wie kam es also, daß Friedrich (VIII.) schließlich seine Partie so völlig verlor?

Darüber giebt nun Bismarck im vierten Abschnitt des Kapitels nur sehr wenig, und dies wenige steht nur in ganz losem Zusammenhange mit dem Thema. Nur die Welfen, so beginnt er, setzen noch den Federkrieg gegen das neue Deutschland fort, und doch mußten sie

[1]) Zu dem letzten Punkte s. die Angaben Rechbergs bei Friedjung II, 259; vgl. I, 94.

[2]) Bernhardi VI, 108. 113.

sich sagen, daß die Territorialgestaltung Preußens seit 1815 nur dann haltbar war, wenn (1866) Hannover und Kurhessen zu Preußen hielten, wie im Siebenjährigen Kriege. Daher hat sich Bismarck vor dem Ausbruche des Krieges 1866 alle mögliche Mühe gegeben, beide Staaten zur Neutralität zu bestimmen, aber dies blieb vergeblich. „Auch der Erbprinz von Augustenburg, fährt er dann fort, hatte durch Ablehnung der sogenannten Februarbedingungen den günstigsten Moment versäumt." Daran schließt er eine Polemik gegen die „welfische" Darstellung des Generalmajors Dammers (Erinnerungen und Erlebnisse, Hannover, 1890). Danach soll sich der Erbprinz, wie Dammers von ihm selbst gehört haben will, in einer Audienz beim König Wilhelm zu den geforderten Zugeständnissen verpflichtet, und der König ihm die formelle Erledigung seiner Anerkennung als Herzog durch Bismarck zugesagt haben; dieser sei am nächsten Tage zu ihm gekommen, habe ihm erklärt, er müsse sofort nach Biarritz reisen, könne daher die Sache nicht selbst abschließen, doch möge der Herzog dafür einen Bevollmächtigten zurücklassen. Zu seinem Erstaunen habe dieser tags darauf in den Zeitungen gelesen, daß er die preußischen Vorschläge abgelehnt habe. Dagegen wendet Bismarck ein, indem er sich im allgemeinen auf die aktenmäßige Darstellung dieser Verhandlungen bei Sybel (III, 337 ff.) beruft: Der König war niemals mit dem Erbprinzen einig, und Bismarck war niemals bei diesem in der Wohnung; „ich bin 1864 am 1. Oktober nach Baden, von dort am 5. nach Biarritz, 1865 am 30. September direkt dorthin gereist und 1863 gar nicht in Biarritz gewesen." Mit dem Erbprinzen hat er zwei Unterredungen gehabt, am 18. November 1863, auf die sich ein Brief Friedrichs vom 11. Dezember bezieht, und am 1. Juni 1864 abends von neun bis zwölf Uhr („in meiner Wohnung"), „um festzustellen, ob ich dem König zur Vertretung seiner Kandidatur raten könne." Aber die Erwartung des Kronprinzen, der Prätendent werde auf dessen am 26. Februar aufgestellte Bedingungen bereitwillig eingehn, erfüllte sich nicht; namentlich widersprach er lebhaft den Landabtretungen zur Anlage von Befestigungen; „sie könnten sich ja auf eine Quadratmeile belaufen." Bismarck betrachtete danach die Forderung als abgelehnt, eine weitere Verhandlung als aussichtslos, obwohl der Prinz in seinem Abschiedsworte „Wir sehen uns wohl noch" mehr seiner Unentschieden-

heit Ausdruck gab. Die preußischen Forderungen vom 22. Februar 1865 „deckten sich mit den vom Kronprinzen empfohlnen.“ Zwischen beiden Besprechungen liegt eine Verhandlung Sammers mit dem König, auf die sich zwei mitgeteilte Briefe des Monarchen an Bismarck vom 16. und 18. Januar 1864 beziehen.

Beginnen wir mit dem zweiten Punkte. Der Fürst will zunächst die Behauptung widerlegen, er habe den Prätendenten dadurch getäuscht, daß er sich durch eine Reise nach Biarritz dem vom Könige befohlnen Abschlusse entzogen und ihn eigenmächtig vereitelt habe. Diese Beweisführung stützt sich auf unwiderlegliche Daten, die offenbar Kohls Bismarckregesten (I, 240. 264) entlehnt oder doch an ihnen nachgeprüft sind, ist also durchaus zutreffend, denn wenn Bismarck 1863 gar nicht, 1864 erst zu Anfang Oktober nach Biarritz reiste, so hat er weder am 18. November 1863 noch am 1. Juni 1864 dem Erbprinzen das sagen können. Über die erste Unterredung am 18. November 1863, also vor der Abreise Friedrichs nach Kiel (Dezember), über die Bismarck selbst direkt gar nichts berichtet, erzählt Sybel (III, 161) nur, der Minister habe sich geweigert, ihm den erbetnen Rat zu geben, da Preußen an das Londoner Protokoll gebunden sei. Wie die Dinge lagen, hat der Erbprinz darin eine Abweisung gesehen. In diesem Sinne äußerte er sich gegen einen Abgeordneten, wenn er auch die ihm in der Kreuzzeitung vom 3. Dezember zugeschriebne Äußerung, Herr von Bismarck sei sein Freund nicht, in einem an diesen aus Gotha am 11. Dezember gerichteten Schreiben wohl mit Grund in Abrede stellt. Nach demselben Briefe hat ihm Bismarck aber damals gesagt, er sei zwar persönlich von seinem Rechte überzeugt und billige es, wenn er es zur Geltung zu bringen versuche, aber aus Rücksicht auf die von Preußen übernommnen Verbindlichkeiten und die allgemeine Weltlage könne er ihm keine Versprechungen machen. Auch daß der König selbst ihn an den Bund verwies, mußte ihn zu der Ansicht bringen, daß Preußen zunächst nichts für ihn thun könne noch wolle.[1]) Die folgenden Schritte des Herzogs gegenüber

[1]) Über diese Konferenzen s. Janssen-Sammer, Schleswig-Holsteins Befreiung (1897) 686. Bernhardi V, 144. 149. 157. Der Brief des Erbprinzen vom 11. Dezember auch im Bismarck-Jahrbuch V, 256, erwähnt von Bernhardi 24. Dezember nach einer Mitteilung des Prinzen V, 254.

Preußen übergeht Bismarck. Am 11. Dezember bat dieser nämlich den König um militärische Unterstützung, am 17. schrieb er ihm, daß er auf ein Wort König Wilhelms getrost seine Hoffnungen und Erwartungen gründen werde.[1]) Nachdem er gegen den Willen Preußens nach Kiel gegangen und das einseitige Vorgehn der beiden Großmächte so gut wie sicher war, fragte Sammer am 11. Januar 1864 in Berlin an, ob er einen vertrauten Agenten dorthin schicken dürfe. Indem der Herzog sich dazu entschloß, beteuerte er dem König am 14. Januar nochmals, daß Schleswig-Holstein von ihm das Heil erwarte, und sandte dann Sammer selbst mit diesem Schreiben ab.[2]) Hier setzen die Gedanken und Erinnerungen wieder ein, indem sie zwei Briefe des Königs an Bismarck vom 16. und 18. Januar mitteilen. Danach bat der Kronprinz den Monarchen am Abend des 16. Januar, er möge auf seiner Soiree (am nächsten Tage) Sammer unbemerkt empfangen und einen Brief des Erbprinzen entgegennehmen, den er dann dem Vater auf dessen Forderung übersandte. Der König schickte noch am Abend diesen Brief an Bismarck mit der Weisung, eine Antwort aufzusetzen, die er mitgeben könne. Diesen sprach er dann wirklich am Abend des 17. im Beisein des Kronprinzen, ganz im Sinne der projektierten Antwort (er könne ihm keine andre Hoffnung geben, „als die in der Punktation [mit Österreich vom 16. Januar] angedeutet sind, daß man nach dem Siege sehen würde, welche neuen Basen für die Zukunft aufzustellen wären," und den Rat, die Entscheidung über die Succession abzuwarten), „aber noch etwas kühler und sehr ernst." Namentlich dürfe der Prinz nicht in Schleswig einfallen. Sammer war von diesem Empfange ziemlich befriedigt und erörterte an demselben Tage mit dem Freiherrn Ernst von Stockmar, dem Vertrauten des Kronprinzenpaares, die nach der Befreiung der Herzogtümer an Preußen zu machenden Konzessionen.

Den interessanten Ursprung dieser Konzessionen, d. h. der sogenannten Februarbedingungen, übergehn die Gedanken und Erinnerungen mit Stillschweigen. Ihnen zu Grunde liegt ein Schreiben des Herzogs Friedrich an den Kronprinzen vom 19. Februar 1864, der dann diese Vorschläge verwertete, um unter dem 26. Februar die preußischen Be-

[1]) Janssen-Sammer 688. 692.

[2]) Janssen-Sammer 202. 696.

dingungen zu formulieren (s. oben S. 36).[1]) Möglich, daß den Grundgedanken dazu H. von Warnstedt, damals Polizeipräsident in Stettin, ein geborner Holsteiner, gegeben hat, der Henrici am 25. Januar brieflich aufs dringendste dazu aufforderte, den Erbprinz zum engsten Anschluß an Preußen zu bewegen.[2]) Jedenfalls verhandelte Warnstedt am 3. März mit Bismarck, doch ging dieser auf Einzelheiten nicht ein, natürlich schon deshalb nicht, weil er damals die größte Mühe hatte, Österreich auch nur zur Überschreitung der jütischen Grenze zu bestimmen, also es nicht vor den Kopf stoßen durfte, indem er sich von der Grundlage des Bündnisses, dem Londoner Protokoll, durch ein Abkommen mit dem Augustenburger lossagte. Aber am 16. April stellte König Wilhelm selbst in einem Schreiben an den Kronprinzen fünf Forderungen als die seinen auf, allerdings mit dem Zusatze, daß er dem Herzog keine Zusicherungen machen könne [aus Rücksicht auf Österreich], und am 24. April, kaum eine Woche nach dem Düppelsturme und unmittelbar vor der Eröffnung der Londoner Konferenzen (25. April), als der Eindruck allgemein war, eine weitere Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark sei unmöglich geworden, sandte der Kronprinz dies Schreiben mit einem Begleitbriefe von Flensburg aus an den Herzog. Bismarck soll damals, als er mit dem König von Düppel (Flensburg) am 14. April zurückfuhr, zu einem ihm befreundeten schleswig-holsteinischen Edelmanne in Rendsburg gesagt haben: „Nun bekommen Sie Ihren Herzog." Darauf bot Friedrich (VIII.) unter dem 29. April die Annahme aller preußischen Forderungen einschließlich der Marinekonvention an.[3])

Als nun schon gegen Ende Mai die Aussichtslosigkeit der Londoner Konferenzen so ziemlich feststand, die Dänen selbst die Personalunion verworfen und andrerseits die fremden Mächte den preußisch-österreichischen Vorschlag, den Augustenburger einzusetzen, am 28. Mai einmütig abgelehnt hatten,[4]) rüstete sich dieser, in Berlin persönlich abzuschließen. Er war seiner Sache so sicher, daß er kurz vor seiner

---

[1]) Janssen-Sammer 706.

[2]) Henrici 95. Janssen-Sammer 323. Der Brief Warnstedts nach dem Original in der Kieler Zeitung vom 26. Januar 1897, Abendblatt.

[3]) Janssen-Sammer 714. 716. 717. Henrici 105.

[4]) Sybel III, 327 ff.

Abreise an die Bildung seines Ministeriums ging und auch Henrici zum Eintritt aufforderte.[1]) Am 1. Juni abends zwischen neun und zwölf Uhr hatte er die entscheidende Unterredung mit Bismarck. Für ihren Inhalt verweisen die Gedanken und Erinnerungen im wesentlichen auf Sybel (III, 337 f.), der wohl dem vom Ministerpräsidenten dem König erstatteten Bericht gefolgt ist; die besonders verhängnisvolle Äußerung des Prätendenten, die Herzogtümer hätten Preußen nicht gerufen, der Deutsche Bund würde ihre Befreiung leichter bewirkt und ihn ohne lästige Bedingungen eingesetzt haben, erfuhr Bernhardi schon am 6. Juni von Max Duncker. Die Hauptsache aber war doch, daß der Prinz zu keinem bestimmten Abschluß im Sinne der preußischen Forderungen zu bestimmen war, und daß er sich auf Gebietsabtretungen und Beschränkungen seiner Souveränität ohne seinen Landtag nicht einlassen wollte. Für Bismarck war damit seine Kandidatur ein- für allemal erledigt; er instruierte sofort die preußischen Gesandten, sie nicht weiter zu befürworten, und wies spätere Versuche, wieder mit ihm anzuknüpfen, rundweg ab.[2]) Der Erbprinz selbst hatte ihm die Bahn frei gemacht. Mit dieser Erörterung erledigt sich auch der erste Punkt, der König sei niemals mit dem Erbprinzen einig gewesen. In der That hat er ihm nach den von Augustenburgischer Seite selbst mitgeteilten Urkunden niemals, trotz eines gewissen persönlichen Wohlwollens, eine bindende Zusicherung erteilt.

Offenbar besteht nun zwischen der ablehnenden Haltung des Erbprinzen am 1. Juni 1864 und seinem frühern, urkundlich nachweisbaren Entgegenkommen ein scharfer Widerspruch. Aber man darf nie vergessen, daß die Erkenntnis, er müsse sich mit Preußen verständigen, bei ihm fortwährend mit andern entgegengesetzten Strömungen kämpfte. Zunächst hatte er selbst ein starkes Bewußtsein von seinem Erbrecht und seiner fürstlichen Souveränität; sodann war er nun einmal von den Mittelstaaten und der populären Strömung innerhalb und außerhalb der Herzogtümer emporgehoben worden und fühlte sich beiden verpflichtet. Besonders sein Aufenthalt in München im Dezember 1863

---

[1]) Henrici 99.

[2]) Bernhardi VI, 121 f., vgl. 163. Sybel III, 338 f. Den Bericht über die Unterredung vom 1. Juni 1864 ließ Bismarck im Juli 1865 im Staatsanzeiger veröffentlichen, vgl. Bernhardi VI, 212.

hatte ihn in dieser Richtung beeinflußt. Andrerseits hat er die Bedeutung Bismarcks, wie damals alle Welt, natürlich unterschätzt und auch wohl auf einen Wechsel des Regierungssystems in Preußen gehofft. Der Behauptung der Augustenburgischen Litteratur, er sei mit seiner Umgebung durchaus und immer für den Anschluß an Preußen gewesen, stehn zahlreiche unverdächtige Zeugnisse, namentlich die Aufzeichnungen des ihm sehr wohlgesinnten Th. von Bernhardi, der ihn während des Winters 1863/64 in London vertrat, und des in seinen Diensten stehenden Moritz Busch gegenüber, die das genaue Gegenteil versichern.

Dem wichtigsten Ratgeber des Augustenburgers, Samwer, spricht Bernhardi alles und jedes Verständnis für große Politik, oder was dasselbe ist, für Machtfragen ab, und Moritz Busch, der ihn genau kannte, urteilt, bei aller Achtung vor seinen Fähigkeiten und seiner ehrlichen Überzeugung, nicht günstiger über ihn.[1]) So wurde der Erbprinz fortwährend von den widersprechendsten Einflüssen und Empfindungen bestürmt. Und ein solcher bestimmt nachweisbarer Einfluß hat den im Grunde unselbständigen Herrn im entscheidenden Augenblicke nach der falschen Richtung gedrängt. Als er von Kiel nach Berlin fuhr, begleitete ihn von Elmshorn bis Altona sein Wiener Agent, der eifrig großdeutsch gesinnte Herr von Wydenbrugk, und teilte ihm im Auftrage Rechbergs mit, Österreich werde ihn nur anerkennen, wenn er Preußen keine Konzessionen mache.[2]) In solcher Gemütsverfassung, die Ungnade Österreichs und der Mittelstaaten vor Augen und im Grunde seines Herzens voll souveränem Stolze, kam er zu Bismarck und vermochte es, vermutlich ohne rechte Einsicht in die Tragweite seiner Worte, nicht über sich zu gewinnen, in das einzuwilligen, was er als eine schmerzliche und vielleicht noch zu vermeidende Verzichtleistung empfand. Ein Staatsmann hätte anders gehandelt, aber das war er eben nicht.

Diesen Thatsachen gegenüber zerfallen alle frühern und spätern Anschuldigungen der Augustenburgischen Presse gegen Bismarck, als

[1]) Bernhardi z. B. VI, 8. 39 f. 111. 113. 158. Busch, Tagebuchblätter III, 433 ff.

[2]) Herzog Ernst II., Aus meinem Leben III, 446 ff., vgl. Henrici 101 f. Eine Vermutung derart spricht schon Sybel III, 337 aus.

habe er den Herzog hingehalten und getäuscht, in nichts. Einmal war Bismarck, der selbst an dem Vertrage zwischen der Krone Dänemark und dem Herzog Christian hervorragend beteiligt gewesen, stets der Ansicht, daß dieser damit auf sein Erbrecht an den Herzogtümern verzichtet habe. Sodann hatte er als preußischer Minister nur die preußischen Interessen zu vertreten, so wie er sie verstand, und alles zu überwinden, was ihnen im Wege war, also auch die Augustenburgischen Ansprüche. Daß er seine Karten nicht von Anfang an aufdeckte, und daß er seine Maßregeln nach dem jeweiligen Stande der deutschen und europäischen Politik bemaß, war selbstverständlich, selbstverständlich also auch, daß er dem Erbprinzen zeitweilig entgegenkam, solange er glaubte, es lasse sich mit ihm ein Übereinkommen treffen, daß er ihn aber fallen ließ, sobald er erkannte, das sei unmöglich. Nicht die Ehrlichkeit ist in diesem Kampfe der Hinterlist unterlegen, nicht das Recht dem Unrecht, sondern die politische Unfähigkeit dem staatsmännischen Genie, ein zweifelhafter fürstlicher Erbanspruch dem nationalen Interesse.

Hier schließt sich zeitlich der Abschnitt an, der im Kapitel an der dritten Stelle steht, die Besprechung der Gasteiner Konvention vom 14. August 1865. Auch hier greift der Verfasser nur ein paar wichtige Punkte heraus und verzichtet auf den Zusammenhang unter diesen wie mit dem sonst Erzählten. Im Eingange bezeichnet er den Vertrag als „das letzte annehmbare Auskunftsmittel"; dann giebt er einen Brief, den er am 1. August 1865 in Gastein an König Wilhelm richtete:[1]) Die vorgesehene Teilung der Verwaltung der Herzogtümer werde großen Lärm machen, weil man darin den Anfang einer definitiven Teilung sehen werde; deshalb müsse die Sache gegenüber den augustenburgfreundlichen Höfen (von London, Weimar, Baden) und vor dem Kronprinzen zunächst geheim gehalten werden, um den Kaiser Franz Joseph nicht zu verstimmen, da er [Bismarck] dem Grafen Blome [dem österreichischen Unterhändler] die Wahrung des Geheimnisses versprochen habe. Sonst drohe ein Krieg mit Österreich; in den aber müsse der König mit freierm Mute hineingehn, als jetzt möglich sei. Daher

[1]) Abgedruckt auch im Bismarck-Jahrbuch VI, 202 f. Die Rolle, die dabei der Feldjäger spielte, ist nicht recht klar.

möge lieber der Feldjäger aus Salzburg abberufen werden. Werther [in Wien] sei telegraphisch über die Verhandlungen mit Blome unterrichtet worden, der Wortlaut folge bei. Der König bemerkte zu der Stelle: „Einverstanden." Der Königin habe er Mitteilung gemacht, um die künftige Besitzergreifung anzubahnen. An eine Eigentumsteilung glaube er nicht, weil sich Österreich zu sehr für Augustenburg engagiert habe. Zur Erklärung der Situation, in der dieser Brief geschrieben wurde, dient ein Abschnitt aus dem 17. Kapitel (I, 346 ff.). Die Hoffnung, mit Österreich zu einer einigermaßen dauernden Verständigung zu gelangen, beruhte auf dem „Vertrauen zu den beiderseits leitenden Personen," also damals [1864] auf der Erhaltung des Ministeriums Rechberg. Diese aber war davon abhängig, daß Rechberg in den damaligen Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins und über das Verhältnis Österreichs zu ihm nach dem Wunsche des Kaisers die Zusicherung (Preußens) durchsetzte, „daß wir auf (neue) Verhandlungen in bestimmter Frist eingehn wollten." Bismarck hielt, so sehr ihm eine Zolleinigung mit Österreich als „eine unausführbare Utopie" erschien, ein solches Versprechen einerseits für bedenklich, andrerseits für notwendig, um Rechberg im Amte zu erhalten; aber während seiner Abwesenheit in Biarritz gelang es dem Finanzminister von Bodelschwingh, dem Handelsminister Grafen Itzenplitz und ihrem „freihändlerischen spiritus rector Delbrück," den König umzustimmen; die gewünschte Erklärung (§ 25) wurde verweigert, und Rechberg trat am 27. Oktober 1864 zurück.[1]) In dem neuen Ministerinm gab Schmerling den Ton an, „ein sehr arger und sehr gefährlicher Feind Preußens," wie ihn Bernhardi nennt,[2]) der in die alten Bahnen der österreichischen Politik: Niederhaltung Preußens mit Hilfe der Mittelstaaten zurücklenkte und von dem friedlichen Dualismus nichts mehr wissen wollte. Dadurch spitzte sich die Situation, auch in Schleswig-Holstein, immer mehr zu;[3]) die von Preußen im Februar 1865 formell gestellten Bedingungen für seine Einwilligung in die Konstituierung der Herzogtümer als eines selbständigen Bundesstaats wurden in Wien rundweg ab-

---

[1]) Darüber ausführlicher Sybel III, 387 ff. Friedjung I, 95 ff.

[2]) VI, 137.

[3]) Zu dem Folgenden Sybel IV, 24 ff.

gelehnt, sodaß Bismarck am 8. März erklärte: „Die Unterhandlungen mit Österreich sind zu Ende," und die Augustenburgische Agitation in den Herzogtümern und am Bundestage fand die lebhafteste Unterstützung Österreichs. Andrerseits wandte sich die Stimmung König Wilhelms, besonders seitdem das Gutachten der Kronjuristen von dem Grundsatze aus, daß das Staats- und Völkerrecht über dem Privatfürstenrecht stehe, also die schleswig-holsteinische Erbfolgefrage durch das Londoner Protokoll von 1852 und das dänische Gesetz von 1853 entschieden worden sei, seine frühern Rechtsbedenken beseitigt hatte, mit wachsender Entschiedenheit dem Annexionsgedanken zu, der in Preußen immer mehr Boden gewann, und der Ministerrat, den er auf seiner Reise nach Gastein am 21. Juli 1865 in Regensburg abhielt, sprach sich für den Krieg aus, falls Österreich nicht nachgebe. Da nun Österreich damals zu einem solchen schlechterdings nicht imstande war, so machte Graf Blome, der österreichische Gesandte in München, ein geborner Holsteiner, in Wien den Vorschlag, die Verwaltung der Herzogtümer zwischen Preußen und Österreich zu teilen, und ging mit diesem Auftrage am 26. Juli zu König Wilhelm nach Gastein. In dieser Situation schrieb Bismarck den Brief vom 1. August.

Über die Verhandlungen und ihr Ergebnis, den Vertrag vom 14./20. August, geben die Gedanken und Erinnerungen nichts. Ein amüsantes Geschichtchen, wie es ihm gelungen sei, Blome zu dem Glauben zu bringen, er sei ein verwegner tollkühner Spieler, also kein gefährlicher Gegner, hat Bismarck gelegentlich mit Behagen erzählt,[1]) ohne daß zu sagen wäre, ob dies Kunststückchen nötig war. Eine besondre Bedeutung des Vertrags findet Bismarck darin, daß seit der damit verbundnen Erwerbung Lauenburgs und der militärischen Stellung in Schleswig und Kiel der König Geschmack an Eroberungen gefunden habe. Aber gerade solchen habe die parlamentarische Opposition aus Haß gegen Bismarck widerstrebt, daher auch trotz der Begeisterung, die sich 1848 für eine deutsche Flotte geregt habe, den Flottengründungsplan verworfen, für den der Minister am 1. Juni 1865 in einer großen, hier nicht nur zitierten, sondern auch teilweise wieder abgedruckten Rede eintrat.[2]) Er übersieht dabei natürlich, daß

---

[1]) Poschinger, Tischgespräche II, 22.

[2]) Politische Reden II, 355 ff.

diese Verwerfung nur eine Episode des erbitterten Kampfes war, den das Abgeordnetenhaus um die Rechte der preußischen Volksvertretung führen zu müssen glaubte, und keineswegs nur ein Ausfluß persönlichen Hasses. Diese Erinnerung giebt ihm aber Veranlassung zu einer nur allzusehr berechtigten Betrachtung, wie in der ganzen deutschen Geschichte der Parteigeist in den verschiedensten Formen die nationalen Interessen überwuchert habe, und wie dabei in der Gegenwart persönliches Strebertum, namentlich der Parteiführer, eine weit größere Rolle spiele als die prinzipiellen Gegensätze. Den Schluß des Abschnitts bildet das Handschreiben König Wilhelms vom 15. September 1865, mit dem der Monarch seinen Minister in den Grafenstand erhob (vgl. Bismarck-Jahrbuch VI, 203 f.).



2. Die Emser Depesche

Der Inhalt der ersten Hälfte dieses Kapitels läßt sich etwa in folgende Sätze zusammenfassen. Die Thronkandidatur des Prinzen Leopold war eine spanisch-hohenzollernsche Sache, keine preußisch-deutsche, und sie ging von Spanien aus. Der König Wilhelm hatte mit ihr nur als Chef des hohenzollernschen Gesamthauses zu thun, Bismarck gab dabei seinen persönlichen Rat, aber nicht als Bundeskanzler; er erwartete auch von Spanien kein Bündnis, sondern höchstens handelspolitische Vorteile, „stand politisch der ganzen Frage ziemlich gleichgiltig gegenüber“ und meinte im übrigen, ein Hohenzoller werde auch als König von Spanien nur spanische Politik treiben können. Er erwog dabei pflichtmäßig alle möglichen Folgen von dem Standpunkt der deutschen Interessen aus und hatte keinen Grund, etwaige Vorteile abzuweisen, auch wenn Frankreich damit unzufrieden sein sollte. Einen Krieg mit Frankreich befürchtete er indes aus diesem Anlaß nicht, die Auffassung der Franzosen, daß hier Preußen als Staat französische Interessen verletze, erschien ihm unberechtigt, die ganze Behandlung der Angelegenheit von seiten Frankreichs „unverschämt.“ Von der europäischen Lage macht er nur gelegentlich in diesem Kapitel und anderwärts die Andeutung, daß die Möglichkeit eines französisch-österreichisch-italienischen Bündnisses vorgelegen habe und vom Ultramontanismus nach Kräften gefördert worden sei (II, S. 52 f. 74. 83. 168 f.).

Die Lücke, die durch dieses Schweigen zwischen diesem 22. Kapitel und dem vorangehenden 21. (Der Norddeutsche Bund) entsteht, ist deshalb besonders fühlbar, weil Bismarcks Politik im Jahre 1870 ohne die Kenntnis der europäischen Lage, wie sie ihm erschien, gar nicht verständlich ist. Wir wissen zu viel, als daß wir uns mit seinen

Andeutungen begnügen könnten, zu wenig, als daß wir nicht fortwährend vor Rätseln stünden, die doch Bismarck hätte lösen können. Allgemein bekannt sind, zumal seit einigen „indiskreten" französischen Publikationen von Gramont, Chaudordy, Prinz Napoleon, Jarras, Rothan, Lebrun, die schon Sybel, allerdings mit starken Zweifeln an der Glaubwürdigkeit mancher, benutzt hat, folgende grundlegenden Thatsachen. Frankreich und Österreich standen dem neuen Deutschland insofern feindselig gegenüber, als sie den etwaigen Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund, also die Vollendung der deutschen Einheit als eine Verletzung des Prager Friedens auffaßten, demnach an dem Anspruch festhielten, sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen. Beide Mächte hatten sich seit der Salzburger Zusammenkunft der beiden Kaiser im August 1867 genähert, dort auch ein Protokoll aufgesetzt, das „die Harmonie der Ideen" feststellte, und verhandelten 1869 über ein Verteidigungsbündnis, in das auch Italien hineingezogen werden sollte, wie Österreich ausdrücklich verlangte, um auf alle Fälle seine Südgrenze zu decken. Da Italien seinen Beitritt an die Überlassung Roms knüpfte, so scheiterte daran der Abschluß, doch tauschten die drei Monarchen Briefe mit einander aus, die eine gewisse gegenseitige Verpflichtung anerkannten. Im März und April 1870 schlug darauf Erzherzog Albrecht, der Führer der österreichischen Kriegspartei, in Paris einen gemeinsamen Feldzugsplan vor, am 10. Mai wurde der Entwurf zu einem Schutz- und Trutzbündnis der drei Mächte aufgestellt, im Juni der Plan in Wien weiter mit dem französischen General Lebrun besprochen: gemeinsamer Einbruch zunächst der Franzosen, dann der Österreicher und Italiener in Süddeutschland, Vereinigung etwa bei Nürnberg, Vormarsch auf Berlin, Entscheidungsschlacht bei Leipzig. Allerdings sollte der Krieg nicht vor dem Frühjahr 1871 unternommen werden, und beim Abschiede sagte Kaiser Franz Joseph dem französischen General nachdrücklich, er könne nur dann am Kriege teilnehmen, wenn Napoleon III. nicht als Feind, sondern als Befreier in Süddeutschland erscheine; sonst könne Preußen „unter Ausnützung der neuen deutschen Idee" nicht nur die Nord- und Süddeutschen, sondern auch die österreichischen Deutschen zur nationalen Erhebung bringen. Vorausgesetzt wurde also, daß Frankreich einen Kriegsgrund fand, der Preußen diese „Ausnützung" unmöglich machte, und daß es

zuerst losschlug, die andern ihm erst folgten. Abgeschlossen wurde das Bündnis formell auch damals nicht, vor allem deshalb nicht, weil Italien auf der Räumung Roms bestand; aber ohne Zweifel hatte Gramont, seit dem 15. Mai Minister des Auswärtigen in Frankreich, bis dahin französischer Botschafter in Wien, im Juli 1870 einigen Grund, auf die Hilfe Österreichs und Italiens zu rechnen, denn was hatte die spanische Kandidatur Prinz Leopolds mit nationaldeutschen Interessen zu thun, und lauteten nicht die Berichte der französischen Gesandten aus den süddeutschen Residenzen derart, daß man in den dortigen partikularistisch-preußenfeindlichen Parteien ultramontaner und demokratischer Färbung starke Bundesgenossen in dem Feldzuge für die „Befreiung“ Süddeutschlands sehen mußte?[1]) Dürfte es doch auch „keinem Zweifel unterliegen, daß Graf Bray [der bayrische Ministerpräsident] durch den Herzog von Gramont in Wien von den militärischen Abmachungen zwischen dem Erzherzog Albrecht und Paris Kenntnis erhalten hatte und begreiflicherweise eine Zeit lang befürchten mußte, zwischen zwei Feuer zu geraten.“ Hat doch Gramont nach der Kriegserklärung selbst gesagt: Quant aux états du sud de l'Allemagne ils ne bougeront pas. Je suis renseigné par mon ami et élève M. de B. Bray galt bei Bismarck für unnational, ultramontan und österreichisch und soll 1870 die bayrische Mobilmachung aufgehalten haben.[2]) Vorwärts drängten neben den politischen Antrieben die Ultramontanen in Rom, Paris und Wien, vielleicht auch in München, genau so, wie 1756 das antipreußische Einverständnis vom Vatikan aus eifrig gefördert worden war. Es ist dafür höchst bezeichnend, daß Professor Friedrich in seinem während des Konzils geführten Tagebuche am 2. Mai 1870 die Notiz eintrug: „Von einer Seite, die es wissen kann oder wenigstens soll, wird mir gesagt, daß es im Jahre 1871 einen Krieg zwischen Preußen

---

[1]) Eine erbauliche Illustration zu dieser längst bekannten erbaulichen Thatsache liefert Luise von Kobell in ihrer, wie es scheint, manchen Leuten recht unbequemen, aber sehr dankenswerten Schrift König Ludwig II. und Fürst Bismarck im Jahre 1870 (Leipzig, 1899) über die Beziehungen des französischen Gesandten in München, Herzogs von Cadore, zu dem ganz französisch-rheinbündisch-ultramontanen Salon Pfeffel, S. 20. 21.

[2]) L. von Kobell 21 f. Busch I, 207. 251. III, 246.

und Frankreich geben wird. Man munkelt von einem Einverständnis der Kurie und der Jesuiten mit den Tuilerien.“ [1])

Von diesen Voraussetzungen aus machte Gramont sofort, nachdem am 15. Juli in Paris thatsächlich die Entscheidung für den Krieg gefallen war, sowohl bei Österreich wie bei Italien Versuche, das lange geplante Bündnis endlich zum Abschluß zu bringen. Entsprach doch der Kriegsvorwand vollkommen der kurz vorher von Kaiser Franz Joseph gestellten Bedingung, daß er nicht die nationalen Leidenschaften der Deutschen aufregen dürfe! Nun erkannte wirklich Graf Beust die Verpflichtung Österreichs gegenüber Frankreich an, denn er schrieb in einem Briefe vom 20. Juli an den kaiserlichen Botschafter Fürst Metternich, den dieser am 23. Juli dem Herzog von Gramont mitteilte: „Wollen Sie wiederholen, daß wir, getreu unsern Verpflichtungen, wie dieselben niedergelegt sind in den im vorigen Jahre zwischen beiden Souveränen ausgetauschten Briefen, die Sache Frankreichs als unsre eigne ansehen, und daß wir zu dem Erfolge seiner Waffen in den Grenzen des Möglichen beitragen werden.“ Doch müsse Österreich vorläufig neutral bleiben, um seine Rüstungen zu vollenden, und könne (wie Metternich hinzufügte) nicht vor Anfang September in den Krieg eintreten. Italien aber hoffte Napoleon zu gewinnen, indem er in

[1]) Sybel, der freilich die „Feuergefährlichkeit“ dieser Verhandlungen nicht zugeben will, Begründung des Deutschen Reichs VII, 87 ff. 203 ff. 233 ff. Neue Mitteilungen und Erläuterungen 7 ff. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland II, 512 ff. Oncken, Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm I. 719 ff. E. Marcks, Wilhelm I. 268 f. H. Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern 1892, XII, 729 ff. und 1895, X. Wie bestimmt man in höhern französischen Offizierskreisen den Krieg im Bunde mit Österreich erwartete, zeigt u. a. die Mitteilung eines französischen Stabsoffiziers, der den Feldzug beim III. Korps (Decaen) der Armee Bazaines mitmachte, Trois mois à l'armée de Metz par un officier du génie, Brüssel 1871 (abgeschlossen in Mainz 13. Dezember 1870) S. 153: En causant avec nous [8. September 1870], notre général nous raconte la conversation qu'il a eue avant-hier avec le maréchal Leboeuf [dem frühern Kriegsminister]. Depuis le commencement de l'année, la guerre avec la Prusse était décidée. On avait songé à l'alliance autrichienne. L'empereur d'Autriche avait alors promis son concours. Après la déclaration de guerre, du 15 juillet, le gouvernement français avait demandé à l'Autriche de ténir sa promesse usw.

Florenz die Wiederherstellung der Septemberkonvention von 1865 anbot und seine Truppen aus Rom zurückzog; und wirklich war König Viktor Emanuel persönlich Feuer und Flamme für den Krieg, wie er noch 1873 bei seinem Besuche in Berlin dem Kaiser Wilhelm offen gestanden hat.[1] Nach dem Vorgange Österreichs (20. Juli) erklärte trotzdem auch Italien am 24. Juli seine Neutralität, aber die drei Mächte verhandelten eifrig in Paris, und obgleich manche einzelnen Angaben, namentlich Gramonts, darüber unzuverlässig sein mögen, soviel steht doch fest, daß Österreich und Italien unter gewissen Bedingungen zu einer bewaffneten Vermittlung bereit waren, die zum Kriege an Frankreichs Seite führen mußte und sollte. Wenn es dazu nicht kam, so lag dies wahrhaftig nicht an dem guten Willen der Verbündeten, sondern an der mangelhaften Rüstung Frankreichs, die hinter aller Erwartung zurückblieb, an dem Widerstreben der Ungarn gegen einen Krieg, der Österreich die verlorne Hegemonie in Deutschland wiedergeben konnte, an der begeisterten nationalen Erhebung Deutschlands, die alle Berechnungen zu schanden machte, an den glänzenden Erfolgen der deutschen Waffen im August und an der drohenden Haltung Rußlands. Dem siegreichen Frankreich wären Österreich und Italien zu Hilfe gekommen, das besiegte überließen sie seinem Schicksale.

Wenn Fürst Bismarck in den Gedanken und Erinnerungen von allen diesen Dingen so gut wie nichts sagt, so mag das seine Rechtfertigung darin finden, daß er sie nach den Darstellungen Sybels u. a. als bekannt voraussetzen durfte, allerdings nur bei historisch gebildeten Lesern. Diese Voraussetzung trifft aber nicht mehr ganz oder überhaupt nicht mehr zu, sobald man die Frage stellt: Inwieweit ist man in Berlin von diesen „feuergefährlichen“ Verhandlungen unterrichtet gewesen, und wie hat diese Kenntnis auf die deutsche Politik gewirkt? Denn hier lassen sich bis jetzt nur die Hauptzüge erkennen, und manches bleibt dunkel. Unzweifelhaft hat Bismarck — und mit ihm seine ganze Umgebung — nach dem Vorgehn Napoleons III. im Jahre 1866 und nach seiner Kenntnis der Franzosen einen Krieg zur Vollendung

---

[1]) Sybel VII, 381 ff., der wieder Beusts Worten und den österreichischen Rüstungen jede gefährliche Bedeutung zu nehmen sucht.

der deutschen Einheit für so gut wie unvermeidlich gehalten[1]) und auch die Bildung einer deutschfeindlichen Koalition befürchtet. Unmittelbar nach dem Kriege von 1866 hielt der scharfsinnige Th. von Bernhardi, einer der klügsten Diplomaten, den Bismarck jemals zur Verfügung gehabt hat, einen Dreibund zwischen Österreich, Frankreich und Italien für wahrscheinlich (6. September), und am 14. Februar 1867 bemerkte R. von Keudell, einer von den vertrauten Mitarbeitern Bismarcks, zu Bernhardi: „Österreich sucht eine Tripelallianz mit Frankreich und Italien; die [von Napoleon als erste Bedingung geforderte] Versöhnung mit Ungarn ist die Einleitung dazu," daher sei Beust auf Napoleons Vorschlag zum Minister berufen worden. Am 3. Mai desselben Jahres hatte Keudell die Nachricht, daß Napoleon als Preis eines Bündnisses Rom angeboten habe [also vor dem Einbruche Garibaldis, der die Franzosen zur abermaligen Besetzung Roms veranlaßte und am 3. November 1867 bei Mentana scheiterte]; dasselbe meldete Graf Usedom, der norddeutsche Gesandte in Florenz, mit dem Zusatze, Beust wolle die Koalition von 1757. Bismarck selbst bezeichnete das allerdings am 10. Mai als unmöglich, weil es unvernünftig sei, und Abeken sprach am 16. Juli die Hoffnung aus, Österreich werde sich durch den Tod Maximilians von Mexiko „gegen französische Verlockungen warnen lassen."[2]) Doch die Salzburger Kaiserzusammenkunft im August 1867 regte die Besorgnis von neuem auf, obwohl beide Kaiser versicherten, sie wollten sich in die innern Verhältnisse Deutschlands nicht einmischen, was Bismarck in seinem Rundschreiben vom 7. September 1867 mit Befriedigung, aber auch mit dem stolzen Zusatze konstatierte, daß das

[1]) So erklärte er z. B. im März 1867 bei der Luxemburger Frage, wo er es nicht zum Kriege kommen ließ, dem Abgeordneten Grafen Bethusy-Huc auf die Frage: „Glauben Euer Exzellenz, daß binnen hier und fünf Jahren ein Krieg mit Frankreich eintreten wird?" „Ja, das glaube ich leider." Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier III, 284. Vergl. dazu die Erklärung in den Hamburger Nachrichten vom 20. Februar 1895 bei Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung VI, 21 f.: „Die deutsche Politik sah den Krieg mit Frankreich als zweifellos bevorstehend voraus, wenn er nicht in Frankreich durch den Tod Napoleons — oder anderweit durch innere Unruhen verhindert würde."

[2]) Aus dem Leben Th. von Bernhardis VII (1897) 284 f. 329 f. 365 ff. 377. — H. Abeken 350. Sybel hat Bernhardis Tagebuch von 1866/67 noch nicht gekannt.

deutsche Volk eine solche Einmischung überhaupt nicht ertragen werde. „Von da ab [1867],“ erklärte er später in seiner großen Reichstagsrede vom 6. Februar 1888, „1868, 1869 sind wir bis 1870 ununterbrochen in der Befürchtung vor dem Kriege, vor den Verabredungen geblieben, die zur Zeit des Herrn von Beust in Salzburg und an andern Orten zwischen Frankreich, Österreich und Italien getroffen wurden.“ [1]) Er hat darüber sogar einmal am 21. März 1869 dem französischen Botschafter Benedetti geradezu eine Anfrage gestellt. [2]) Dem Grafen Beust traute er nicht über den Weg, wie er oft genug erklärt hat, [3]) und Fürst Metternich galt ihm als der eigentliche Träger der österreichisch-französischen Bündnisidee, als der Führer der „nicht sehr zahlreichen, aber einflußreichen Partei“ in Österreich und in Ungarn, die den Krieg wolle, als „einer der Hauptheßer zum Kriege, der jetzt wütet.“ [4])

Auch militärisch machte man sich auf einen Krieg an zwei Fronten, gegen Frankreich und Österreich gefaßt. Dazu arbeitete Moltke seit 1867 eine Anzahl Entwürfe aus, die teils einen Krieg gegen Frankreich allein, teils gegen Frankreich und Österreich zugleich ins Auge faßten und später auf bestimmten Abmachungen mit den süddeutschen Staaten beruhten, nachdem er mit den Militärbevollmächtigten Bayerns und Württembergs am 13. Mai 1868 eine eingehende Besprechung gehabt hatte. In dem ersten Entwurfe dieser Art vom 16. September 1867 setzte er die Haltung Österreichs und Dänemarks nur als „mindestens zweifelhaft“ voraus und wollte daher gegen diese beiden Nachbarn zusammen nur drei Armeekorps zurücklassen; auch für 1868 glaubte er bei den „unfertigen Zuständen“ Österreichs, der „Abneigung Ungarns“ und der Haltung Rußlands noch keine Teilnahme des Kaiserstaats am Kriege besorgen zu müssen. Dagegen faßte er in zwei spätern Entwürfen, von denen der eine noch aus dem Jahre 1868

---

[1]) Politische Reden des Fürsten Bismarck, herausgegeben von H. Kohl III, 313. XII, 453.

[2]) H. Kohls Bismarckregesten I, 366.

[3]) Z. B. in dem hübschen Vergleich mit dem vom Dache fallenden Schieferdecker bei Poschinger, Tischgespräche und Interviews II, 59.

[4]) So ließ er zu Anfang Dezember 1870 durch M. Busch in zwei Zeitungsartikeln ausführen, Busch, Tagebuchblätter I, 481. 483.

stammt, aber im Januar und März 1869 überarbeitet worden ist, der zweite im Winter 1868/69 entstand und dann noch mehrmals, zuletzt im Juli 1870 teilweise umgestaltet wurde, den Doppelkrieg auf beiden Fronten ins Auge; ja er riet in der zweiten, sobald in Österreich die Rüstungen begönnen, den Krieg an Frankreich zu erklären, da dann das Einverständnis zwischen beiden Staaten sicher sei und zu hoffen stehe, daß, da Österreich sechs bis acht Wochen Zeit zu seiner Mobilisierung brauchen werde, inzwischen Frankreich entscheidend geschlagen worden sei und Österreich dann vielleicht das Schwert in die Scheide zurückstoßen werde. Jedenfalls wollte er gegen Frankreich die deutsche Hauptmacht und zwar angriffsweise verwenden, gegen Österreich defensiv verfahren und nur drei Armeekorps (das I., II. und VI.) mit zwei mobilen Landwehrdivisionen in Sachsen und Schlesien zurücklassen, da man hier im Osten „eventuell“ auf russische Hilfe zählen dürfe. Auch der Generalstabschef hat also eine französisch-österreichische Koalition für höchst wahrscheinlich gehalten und danach 1870 gehandelt, denn beim Ausmarsch gegen Frankreich im Juli blieben gegen Österreich zunächst zwei Armeekorps, das VI. bei Breslau, das II. bei Berlin zurück, und erst am 18. Juli teilte er Roon mit: „Die Front gegen Österreich ist bis jetzt nicht bedroht. Ich halte es vielmehr für das beste, alle demonstrativen Anordnungen in der Grenzprovinz zu vermeiden.“ [1]) Hinzugefügt sei noch, daß um diese Zeit die Stimmung in der sächsischen Oberlausitz an der böhmischen Grenze sehr besorgt war, da man wußte, daß in Österreich die Reserven einberufen würden. Sehr bezeichnend ist auch die — soviel ich weiß — noch nirgends erwähnte Ausprägung österreichischer Silbermünzen mit der Gleichung 3 Gulden = 5 Franken in dieser Zeit.

War man sich also in Berlin über die Stimmungen und Absichten in Wien ganz klar, so traute Bismarck auch dem Florentiner Kabinett nach seinem eignen Zeugnis (G. u. E. II, 103) keineswegs, trotz der römischen Frage. Dieses Mißtrauen schwand erst, als am

---

[1]) Moltkes militärische Korrespondenz III, 1 (1896) Nr. 12. 14. 15. 16. 18. 24. Über den Krieg gegen Frankreich sagte er schon im März 1867: „Ich halte leider diesen Krieg binnen jetzt und fünf Jahren für unvermeidlich.“ Am liebsten hätte er ihn schon damals gesehen. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, 97. III, 283.

21. August 1870 im Hauptquartier Pont-à-Mousson aus Florenz „die sichere Nachricht" eintraf, Viktor Emanuel habe sich infolge der deutschen Siege entschlossen, neutral zu bleiben.[1]) Ob man aber in Berlin von den Verabredungen über den Kriegsplan der werdenden Koalition etwas gewußt hat, ist doch zweifelhaft, sogar unwahrscheinlich, denn Moltke nimmt auch in seiner letzten, noch im Juli 1870 überarbeiteten Denkschrift, wo er doch die Aufstellung der bayrischen Hauptmacht am untern Inn voraussieht,[2]) keine Rücksicht auf die Möglichkeit, daß eine italienische Armee über den Brenner gegen München marschiere. Aber sehr aufmerksam verfolgte man den langen Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht in Paris im März 1870; Busch erhielt schon am 11. März den Auftrag,[3]) „zunächst in einem Blatte, das der Regierung fern steht," darauf „als auf ein bedenkliches Symptom" hinzuweisen und zu bemerken, „in London knüpften sich daran Gerüchte von einem Abkommen zwischen Frankreich und Österreich." Nicht minder war man in Berlin des Einverständnisses der römischen Kurie und der Jesuiten mit den Tuilerien „über eine Koalition der katholischen Mächte völlig sicher."[4])

Kurz, Bismarck hatte nicht den geringsten Zweifel daran, daß sich eine Koalition gegen das neue Deutschland vorbereite, und diese Befürchtung, dieser „Alpdruck der Koalitionen" (le cauchemar des coalitions, G. u. E. II, 224. 233) mußte seine ganze Politik beherrschen und hat sie beherrscht. Gegen die feindlichen Minen legte er also Gegenminen. Er pflegte sorgfältig das gute Einvernehmen mit Rußland, das der Hauptsache nach auf der Februarkonvention von 1863 beruhte, und das insofern auch in Rußlands besonderm Interesse lag, als ein Sieg Frankreichs über Deutschland die Polen unzweifelhaft zu einer neuen Erhebung gebracht hätte;[5]) ja man war dessen so sicher, daß Moltke in seinen Entwürfen zu einem Doppelkriege gegen Frankreich und Österreich den russischen Beistand mit in Rechnung stellte.

---

1) Busch, Tagebuchblätter I, 92.

2) Moltke a. a. O. III, 1, 119 ff. (Nr. 18).

3) Busch I, 14 f.

4) Busch II, 303 f. (Aufsatz für die Kölnische Zeitung in Bismarcks Auftrage, Januar 1872).

5) Vergl. Sybel VII, 379 f.

In der That erlangte auch König Wilhelm von Kaiser Alexander bei der Zusammenkunft in Ems, 2. bis 4. Juni 1870, der Bismarck beiwohnte, die Zusicherung freundlicher Neutralität Rußlands, unter der Voraussetzung, daß kein Zwang gegen die süddeutschen Staaten geübt werde;[1]) das gute alte Einvernehmen wurde dort also befestigt. Andrerseits hat Bismarck, wie er in den Gedanken und Erinnerungen II, 103 mit schönem Freimut selbst gesteht, kein Bedenken getragen, auch mit der italienischen Aktionspartei, die von einem nähern Anschluß der italienischen Regierung an Frankreich eine stärkere Abhängigkeit Italiens fürchtete, in Verbindung zu treten, um mit ihrer Hilfe ein feindliches Vorgehen Italiens gegen Deutschland zu lähmen, wie er es 1866 nicht verschmäht hatte, die Magyaren gegen Österreich aufzurufen, als sich Frankreich einzumischen drohte. Schon 1867 hatte sich Garibaldi um Geldunterstützung seines damals geplanten Einfalls in den Kirchenstaat an ihn gewandt, noch ohne Erfolg, weil Bismarck diesen Schritt für ungerechtfertigt hielt;[2]) dann traten 1868 und 1869 ähnliche antifranzösische Anregungen von italienischer und nicht bloß republikanischer Seite an ihn heran. Im Juli 1870, kurz nach der Kriegserklärung sollte der bekannte Demokrat Gustav Rasch vom Auswärtigen Amte aus durch M. Busch gefragt werden, „ob er zu Garibaldi reisen, ihn zu einer Expedition gegen Rom veranlassen und ihm von uns dazu Geld überbringen wolle“;[3]) endlich erschienen auf dem Marsche durch die Pfalz (in Homburg 7. oder 8. August) „italienische Herren“ bei Bismarck, um Unterstützung für ihr Vorgehen gegen ihre Regierung zu erbitten, und erhielten von ihm die Antwort: es sei gegen sein politischen Gewissen, eine Initiative zum Bruche zu ergreifen. Doch „wenn Viktor Emanuel, erklärte er weiter, die Initiative zu dem Bruche ergriffe, so würde die republikanische Tendenz derjenigen Italiener, welche eine solche Politik mißbilligten, mich nicht abhalten, dem Könige, meinem Herrn, zur Unterstützung der Unzufriednen in Italien durch Geld und Waffen, welche sie zu haben wünschten, zu

---

[1]) B. Volz, Wilhelm der Große 453, der manche gute, sonst unbekannte Mitteilung bringt.

[2]) Busch II, 281 (mit Bezug auf Benedetti, Ma mission en Prusse).

[3]) Busch I, 46 f., vgl. mit der eben angeführten Stelle, nach der die Sendung zu stande gekommen zu sein scheint.

raten.“ Denn, setzt er hinzu: „Ich fand den Krieg, wie er lag [vor Metz, aber schon nach Weißenburg, Wörth und Saarbrücken!], zu ernst und zu gefährlich, um in einem Kampfe, in dem nicht nur unsre nationale Zukunft, sondern auch unsre staatliche Existenz auf dem Spiele stand, mich zur Ablehnung irgend eines Beistandes bei bedenklicher Lage der Dinge für berechtigt zu halten.“ [1]) Ein eigentümliches Licht wirft auf diese Beziehungen ein Artikel [von Karl Blind] aus London vom 13. April 1874 [2]) mit der, wie es scheint, seither kaum beachteten Notiz: „Zwischen deutschen Vaterlandsfreunden und der italienischen Aktionspartei waren in jenen Tagen Verbindungen angeknüpft worden, um unter national-demokratischer Fahne einen neuen Ansturm gegen Rom herbeizuführen. Über London ging diese Verbindung [offenbar durch Karl Blind]. Mazzini, damals in Genua, hatte die Anträge angenommen. Waffen und Geldmittel lagen bereit.“

In den Zusammenhang dieser Gegenminen gehört nun unzweifelhaft auch Bismarcks Behandlung der spanischen Thronkandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern, und nur als Glied eines großen Ganzen ist sie völlig verständlich. Die Gedanken und Erinnerungen deuten aber diesen Zusammenhang nicht nur kaum an, sondern sie schwächen auch Bismarcks Anteil an diesen Dingen zu sehr ab. Und doch kann nach den Veröffentlichungen „Aus dem Leben König Karls von Rumänien“ (1894) und andern Nachrichten gar kein Zweifel darüber bestehn, daß Bismarck die Kandidatur nicht nur gefördert hat, sondern daß er mit dem ganzen Nachdruck seiner mächtigen Energie für ihre Verwirklichung eingetreten ist.

Schon im Februar 1870, als die Spanier, nachdem sie 1869 zweimal vergeblich angeklopft hatten, wieder kamen, sprach sich Bismarck „mit großer Wärme“ für die Annahme der Krone aus und hob in einer Denkschrift an König Wilhelm die große Bedeutung hervor, welche die Berufung eines Hohenzollernprinzen auf den spanischen Thron für Deutschland haben würde: politisch unschätzbar würde es sein, im Rücken Frankreichs ein feindlich gesinntes Land zu haben, und auch wirtschaftlich würde es für Deutschland wie für Spanien selbst

---

[1]) Gedanken und Erinnerungen 103.

[2]) In der „Dresdner Presse“ vom 16. April 1874.

die größten Vorteile nach sich ziehn, wenn dieses entschieden monarchisch gesinnte Land[1]) unter einem König aus deutschem Stamme seine Hilfsquellen zur Entwicklung brächte, und sein Handel sich auf die Höhe höbe, die der Ausdehnung seiner hafenreichen Küsten entspräche. Obwohl nun der Prinz Leopold wenig Neigung hatte, und auch der König „die schwersten Bedenken gegen die Annahme“ aussprach,[2]) so hielt doch Bismarck an seiner Auffassung fest. Er verkehrte viel mit dem spanischen Bevollmächtigten Salazar y Mazarredo, der mit Schreiben von Prim damals nach Berlin gekommen war, er ließ am 12. März den Imparcial für das Auswärtige Amt bestellen und in der Presse die Kandidatur des Herzogs von Montpensier bekämpfen.[3]) Wohl auf seine Veranlassung fand dann am 15. März im Berliner Schlosse beim Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, der die Herren zum Diner eingeladen hatte, „eine sehr interessante und wichtige Beratung unter Vorsitz des Königs“ statt, „bei welcher der Kronprinz, wir beide [Karl Anton und Leopold], Bismarck, Roon, Moltke, Schleinitz [Minister des königlichen Hauses], Thile [Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt] und Delbrück zugegen waren. Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautet auf Annahme, weil dieselbe eine preußische patriotische Pflichterfüllung sei.“ Dabei trat Bismarck „von neuem mit großer Wärme für die Annahme der spanischen Krone“ ein.[4]) Wenn Fürst Bismarck in den Hamburger Nachrichten vom 20. Februar 1895[5]) erklären ließ: „eine solche Sitzung hat niemals stattgefunden“ und in den Gedanken und Erinnerungen II, 81 dies in der wesentlich geänderten Form wiederholt: „Das dort [in den Tagebüchern Karls von

---

[1]) Es ist ein noch zu wenig beachteter Zug Bismarckischer Politik, daß sie sich als monarchisch-konservativ auch gegen demokratisch-republikanische Bestrebungen innerhalb ihres Bereichs richtete, siehe Gedanken und Erinnerungen II, 229.

[2]) Aus dem Leben Karls von Rumänien II, 68.

[3]) Busch I, 15; vgl. III, 125.

[4]) Brief Karl Antons vom 20. März an Fürst Karl II, 72 und dessen Eintrag im Tagebuch unter dem 4./16. März II, 70.

[5]) Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung VI, 22. Bismarck-Jahrbuch II, 638. Bucher spricht bei Busch III, 331 von einer „Sitzung des Gesamtministeriums“ in der spanischen Sache. Ist dies nur ein ungenauer Ausdruck für dieselbe Sache?

Rumänien] erwähnte Ministerconseil im Schlosse hat nicht stattgefunden," so trifft er in beiden Fällen nur den Ausdruck Karl Antons, der übrigens von einem „Ministerconseil" gar nicht spricht, aber nicht die Sache, denn der Brief, der vom 20. März, fünf Tage nachher datiert ist, kann nicht irren. Da nun Prinz Leopold bestimmt ablehnte, so schlug Karl Anton seinen jüngern Sohn Friedrich vor und stellte, als Bismarck „die Annahme der spanischen Krone durch einen der Prinzen von Hohenzollern wiederholt und mit größter Entschiedenheit für eine politische Notwendigkeit erklärt hat," den Spaniern seine Bedingungen.[1]) Zugleich aber schickte Bismarck vor Ostern [17. April] seinen vertrauten Geheimen Rat Bucher und den Major vom Generalstabe des V. Armeekorps Max von Versen, der viel in Südamerika gereist und des Spanischen völlig mächtig war, nach Spanien, „um dort die Lage zu studieren." Bucher nahm dabei seinen Weg zunächst nach Düsseldorf, wo er den Fürsten Karl Anton aufsuchte, dann über Paris, wo er, mißtrauisch beobachtet, nur mit einiger Mühe den Nachspürungen französischer Detektivs entkam, und überreichte in Madrid dem Marschall Prim einen Brief Bismarcks. Versen sollte sich die spanische Armee ansehen, besuchte unter falschem Namen fast alle größern Städte des Landes und wohnte auch in Madrid einer Parade über ein paar Regimenter bei.[2]) Während dieser Zeit telegraphierte Fürst Karl Anton an Bucher, auch sein Sohn Friedrich lehne die Krone ab, was Prim aber noch keineswegs als endgiltigen Bescheid annahm. Jedenfalls brachten Bucher und Versen, der am 6. Mai wieder in Berlin eintraf, „sehr zufriedenstellende Berichte über die Aussichten der Kandidatur Hohenzollern in den Cortes und im Lande zurück." Bismarck war daher, wie Karl Anton am 26. Mai dem Fürsten von Rumänien schrieb, „sehr unzufrieden mit dem Fehlschlagen der spanischen

---

[1]) Eintrag des Fürsten Karl in sein Tagebuch unter dem 22. März/3. April II, 75 f.

[2]) Außer den kurzen Notizen im Tagebuche Karls von Rumänien vom 22. März/3. April II, 76 und von Ende Mai II, 93 liegen noch die Erzählungen Buchers bei Busch III, 78 ff. 125 (1882) und 221 f. (1887), vergl. 165 f. (1883) 331 (1892) und II, 65, sowie die Biographie Versens von v. Werthern vor. Bucher spricht von zwei spanischen Reisen, um Ostern und im Juni 1870, deren zweite Versen mitgemacht habe. Doch war Versen sicher nur um Ostern in Spanien, s. die Biographie 79 ff.

Kombination. Er hat nicht unrecht, setzt er hinzu; doch ist die Sache noch nicht vollständig aufgegeben! Sie hängt noch an einigen schwachen Fäden, die aber wie Spinnweben sind!" [1]) In der That machte sich jetzt Prinz Leopold, auch unter der Einwirkung Versens, der bei Karl Anton in Nauheim erschien, mit dem Gedanken vertraut, unter bestimmten Bedingungen die Krone anzunehmen, und erklärte sich endlich, nachdem Bismarck dem Vater geraten hatte, auf den Erbprinzen einzuwirken, „daß dieser sich aller Bedenken entschlage und im Interesse Deutschlands sich für die Annahme der spanischen Krone entscheide," Anfang Juni dazu bereit, „da ihm von der berufensten Seite vorgestellt worden ist, daß das Staatsinteresse dies erheische." In diesem Sinne schrieb er an König Wilhelm, „er nehme die Krone an, da er hoffen dürfe, seinem Vaterlande hierdurch einen großen Dienst zu erweisen," und der König erklärte, etwas befremdet über den Wechsel der Anschauungen, sein Einverständnis. [2]) Damit war die Sache entschieden. Um Prim von dem Umschwunge zu benachrichtigen, reiste Bucher zum zweitenmale nach Madrid, kehrte von dort mit Salazar über Paris nach Deutschland zurück, reiste mit ihm zum Prinzen erst nach Reichenhall, dann nach Sigmaringen und erhielt dort am 20. Juni dessen Zustimmung. Darauf begaben sich beide zu König Wilhelm nach Ems, der in einer einstündigen Audienz sehr gnädig war, und Bucher ging dann noch nach Varzin zu Bismarck, um ihm Bericht zu erstatten. [3]) Es bedurfte nur noch der gar nicht zweifelhaften Entscheidung der spanischen Cortes.

---

[1]) Die Ablehnung Friedrichs meldete Karl Anton am 22. April aus Berlin, wohin ihn der König telegraphisch berufen hatte, nach Bukarest, Tagebücher II, 80 f. Über Bismarck II, 90.

[2]) Tagebuch Karls von Rumänien von Ende Mai II, 92 f. und vom 23. Mai/4. Juni 93.

[3]) Bucher bei Busch III, 165 ff. II, 65. Werthern, Versen 82 f. Nach dieser ziemlich eingehenden Schilderung und der natürlich ebenfalls auf Bucher zurückgehenden kurzen Darstellung Buschs in der Schrift Bismarck und sein Werk 85 ff. läßt sich diese zweite spanische Reise etwa folgendermaßen konstruieren. Bucher war noch vor dem 11. Juni in Madrid; erst daraufhin fertigte Prim am 14. Juni (Dienstag) Salazar mit allen Vollmachten an den Prinzen Leopold ab (Sybel VII, 259), nachdem sich Salazar „Sonnabends," also am 11. Juni, dem Tage, wo Prim seine entscheidende Rede in den Cortes hielt (Sybel VII, 257 f.),

Unwiderleglich ist also durch gleichzeitige Zeugnisse der Wissenden festgestellt: Bismarck hat die spanische Kandidatur mit allen Kräften als eine politische Notwendigkeit, als ein preußisch-deutsches Staatsinteresse gefördert, er ist immer wieder darauf zurückgekommen und hat schließlich die Annahme des Angebots durchgesetzt, Prinz Leopold aber hat sich dazu im (deutschen) Staatsinteresse entschlossen.

Worin lag nun die große politische Bedeutung der Thronbesteigung eines Hohenzollern für Deutschland, die Bismarck schon in seiner Denkschrift so stark betonte? Natürlich vor allem in dem Verhältnis zu Frankreich, in dessen Rücken ein freundlich gesinntes Land zu haben „politisch unschätzbar" war. Man muß sich dabei erinnern, daß Frankreich von jeher gewöhnt war, Spanien als eine Art von Vasallenstaat zu betrachten, der sich der französischen Politik anzuschließen habe. Dies mag Napoleon III. damals um so wichtiger erschienen sein, als sich Italien der Abhängigkeit von ihm immer mehr entzog, und es entsprach seinem Lieblingsgedanken einer Hegemonie Frankreichs über die „lateinischen" Nationen. Er stand damals mit der Königin Isabella im besten Einvernehmen und machte ihr 1868 sogar den Vorschlag, die französische Besatzung Roms durch eine spanische abzulösen, denn so hoffte er aus dem heillosen Dilemma herauszukommen, entweder die Möglichkeit eines Bündnisses mit Italien zu verlieren, wenn er seine Truppen in Rom ließ, oder sich mit dem

---

mit Bucher über die gemeinsame Reise verständigt hatte. Beide reisten über Paris nach Reichenhall, trafen aber dort den Prinzen, bei dem inzwischen am 14. Versen in Bismarcks Auftrage eingetroffen war, nicht an, sondern nur seine Gemahlin (Antonia von Portugal), erfuhren von dieser, daß er in Sigmaringen sei, eilten am 19. dorthin und erhielten am 20. (Montag) seine Zusage (Sybel VII, 260; der 16. bei Busch a. a. O. 85 ist offenbar ein Irrtum), worauf sie beide zum König nach Ems fuhren, Salazar aber am 23. die Rückreise antrat. Das war allerdings für Bucher „ein Hin- und Herfahren im Zickzack." — Der in der Anmerkung zu Buschs Tagebuchblättern III, 166 geäußerte Zweifel an der Möglichkeit dieser zweiten spanischen Reise Buchers beruht auf der irrtümlichen Voraussetzung, daß Bucher den Besuch Salazars in Berlin empfangen habe. — Vergl. überhaupt Sybel VII, 251 ff. und Erläuterungen (1895) 52 ff. Er unterschätzt, obwohl er das Tagebuch Karls von Rumänien kennt, merkwürdigerweise Bismarcks Anteil und übergeht die dafür besonders wichtigen Sendungen Buchers nach Spanien ganz mit Stillschweigen.

französischen Klerus unheilbar zu verfeinden, wenn er sie zurückzog und damit den Papst den Italienern preisgab. Daher war der Sturz Isabellas durch die Septemberrevolution 1868 ein doppelter Schlag für ihn, weil sie eine ihm ergebne Regierung in Spanien stürzte, dort einem verhaßten Orleans auf den Thron verhelfen oder auch die Errichtung einer ihm nicht weniger unbequemen Republik veranlassen konnte und die beabsichtigte Lösung der römischen Frage verhinderte.[1]) In Berlin, wo das Auswärtige Amt den spanischen Verhältnissen eine viel größere Aufmerksamkeit widmete, als es nach außen schien, empfand man darüber große Befriedigung. „Für den Augenblick, schrieb H. Abeken am 4. Oktober, kann Napoleon mit dieser spanischen Fliege im Nacken natürlich an keinen Krieg mit Deutschland denken; wenngleich er wohl schwerlich wagen wird, in Spanien zu intervenieren — muß er doch nach jener Seite hin beobachtend und gerüstet stehn."[2]) Bismarck selbst hat im Juli 1870, als der Konflikt mit Frankreich heraufstieg, den Auftrag gegeben, in der Presse auszuführen, das Netz, das Frankreich mit Österreich, Italien und Spanien gegen Deutschland gesponnen habe, sei durch die Septemberrevolution 1868 zerrissen worden. Soviel Wichtigkeit maß man also in Berlin schon damals dem Aufkommen einer Napoleon nicht geneigten, einer nicht ultramontanen Regierung in Spanien zu, daß man darin eine Art von Lähmung der französischen Politik erblickte! Es kann nicht zufällig sein, daß 1869 ein so scharfer Beobachter wie Th. von Bernhardi als Militärattaché nach Madrid geschickt wurde. Leider schließen seine veröffentlichten Tagebücher mit dem 10. Mai 1867, sodaß wir von seiner Wirksamkeit und seinen Erfahrungen in Spanien nichts wissen; nach den kurzen Notizen bei Sybel war er allerdings nicht tiefer in die Thronkandidatur des Prinzen Leopold eingeweiht, wie man sie denn auf der norddeutschen Gesandtschaft in Madrid überhaupt „für ein unbedachtsames Abenteuer Prims" gehalten hat.[3])

Wenn also Bismarck schon in dem damaligen Zustande Spaniens eine „spanische Fliege im Nacken" Napoleons sah (der Ausdruck klingt

[1]) Sybel VI, 341 ff.
[2]) H. Abeken 363 f. Busch I, 37.
[3]) Sybel VII, 255 A. 1. 259. 263.

fast, als ob er von ihm herrühre!), um wieviel mehr in der Thronbesteigung eines deutschen und hohenzollernschen Prinzen! Gar nicht abweisen läßt sich doch auch hier die Parallele mit der Beförderung des Prinzen Karl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien, die Bismarck glücklich (Mai 1866) durchsetzte in einem Augenblick, wo er zum Bruche mit Österreich trieb.[1]) Wie aber hat er sich nun das Verhältnis Frankreichs und Napoleons dazu gedacht? Ohne Zweifel bestanden zwischen den Sigmaringer Hohenzollern und Napoleon III. verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen; ohne Zweifel ist dem Kaiser der erste Plan, den Prinzen Leopold zu berufen, 1869 bekannt gewesen, und er hat nicht dagegen protestiert, sodaß sich die Hohenzollern auch 1870 mit ihm friedlich verständigen zu können meinten. Aber zu Benedetti äußerte er schon im Mai 1869, diese Kandidatur sei „antinational," und das Land [Frankreich] ertrüge sie nicht. Davon hat Benedetti allerdings Bismarck nichts gesagt, aber sollte dem Kanzler diese französische Stimmung, der auch der französische Botschafter in Madrid, Mercier de Lostande, sofort gegenüber Prim Ausdruck gab, als dieser ihm am 2. Juli 1870 die vollendete Thatsache mitteilte, wirklich unbekannt geblieben sein?[2]) Das ist doch undenkbar, zumal da er in dem Botschaftsattaché Grafen Solms-Sonnenwalde einen sehr scharfen Beobachter in Paris hatte.[3]) Er muß sie also mit in Rechnung gestellt haben, kann auf eine friedliche Lösung nicht unbedingt gerechnet, muß die Möglichkeit einer Explosion in Frankreich mit in Betracht gezogen haben, die Möglichkeit, nicht die Notwendigkeit, vielleicht nicht einmal die Wahrscheinlichkeit. Eben deshalb wollten er und die Spanier Napoleon vor eine vollendete Thatsache stellen, vielleicht daß der kränkliche und alternde Herrscher dann doch nichts wagte; eben deshalb wurde das Geheimnis, trotz des Mißtrauens, das man in Paris schon im April 1870 gegen Buchers Reise hegte, so streng gewahrt, daß nicht einmal Olozaga, der spanische Botschafter dort, etwas davon erfuhr.[4]) Aber die Gefahr eines Zu-

---

[1]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien I, 17 f. 27.
[2]) Sybel VII, 240 ff. 261. Ergänzungen 59.
[3]) Busch III, 287, vergl. III, 247.
[4]) Aus dem Leben Karls von Rumänien II, 70. 98.

sammenstoßes mit Frankreich mußte Bismarck, namentlich seit Gramonts Amtsantritt (15. Mai), laufen und wollte er laufen. Angesichts der werdenden Koalition und damit der steigenden Kriegsgefahr wollte er Napoleon „eine spanische Fliege in den Nacken setzen"! Man stelle sich nur vor, was geschehen wäre, wenn die Cortes nach Verabredung die Wahl Leopolds zu Anfang Juli 1870 wirklich vollzogen und dieser den Thron Spaniens wirklich bestiegen hätte. Dann war die Wirkung der Revolution von 1868, Napoleons Politik empfindlich zu lähmen, in gesteigertem Maße eingetreten, dann war Spanien, erhob der Kaiser dagegen Einsprache, mit Frankreich verfeindet um seiner nationalen Ehre und Selbständigkeit willen. Die Schärfe, mit der sich Bismarck noch in Versailles über die Neutralität Spaniens während des Kriegs ausgesprochen hat, läßt deutlich erkennen, welche Hoffnungen ihm hier zerstört worden waren, so wenig er auch von der Waffenhilfe Spaniens halten mochte.[1]) Kurz und gut, er wird etwa so gedacht haben: Ließ sich Napoleon den Hohenzollern auf dem spanischen Throne gefallen, dann hatte die deutsche Politik einen großen Erfolg errungen und weitere Vorteile in Aussicht; nahm er die Angelegenheit zum Anlaß eines weniger von ihm als von seiner Umgebung längst beabsichtigten Bruches, zu einem Kriegsvorwande, der den Verabredungen mit Österreich entsprach, da er deutsche Nationalinteressen nicht berührte, so mochte in Gottes Namen der unvermeidliche Krieg ausbrechen, in einem Augenblicke, wo die Rüstung Deutschlands seit dem Mai 1870 abgeschlossen, die Koalition noch nicht fertig, die Rüstung der drei Mächte im Rückstande, die Lähmung Italiens durch einen Angriff der Aktionspartei auf Rom leicht zu bewerkstelligen, Spanien im eigensten Interesse auf Deutschlands Seite gedrängt und die freundliche Haltung Rußlands schon wegen Polens und der Pontusfrage sicher war. Im Juli meinte Bismarck, bei einem Angriffe auf Deutschland könne für Frankreich ein Unterschied von 50000 Mann darin liegen, ob es an den Pyrenäen hilfreiche, neutrale oder verdächtige Nachbarn habe,[2]) und ganz offen hat er in Versailles am 12. Oktober

[1]) Busch I, 411, vgl. Poschinger, Tischgespräche und Interviews I, 57 f., sehr gedämpft in den Gedanken und Erinnerungen II, 80.

[2]) Bei Busch III, 238. 321, der dann diese Auffassung auch in seiner Schrift Bismarck und sein Werk 79 f. vertritt. Poschinger, Tischgespräche I, 57 f.

1870 zu dem Spanier Angelo de Miranda gesagt: „Ich habe am Tage nach der Kriegserklärung den Marschall Prim fragen lassen, welches Kontingent Spanien stellen würde. Es ist sehr schade, daß die Sache nicht so gekommen ist [nämlich daß Prinz Leopold nicht König von Spanien geworden ist]. Frankreich wäre dann im Norden und im Süden gefaßt worden, und wir würden zu dieser Stunde in Paris sein. Welch ein Aufschwung für Ihr schon zu lange schlummerndes Volk!" Ja der wohlunterrichtete Bucher konnte sogar mit Recht von einer „Falle" sprechen, die Bismarck mit der spanischen Thronkandidatur Napoleon („Badinguet") gestellt habe, insofern dieser sich nämlich zu einem verfrühten Losschlagen verlocken ließ.[1]) Aber ablehnen muß man auch jetzt noch die französische Beschuldigung, Bismarck habe die Hohenzollernsche Kandidatur selbst aufgebracht, um Napoleon zum Kriege zu reizen; so sicher war dieser doch weder der französischen Thorheit noch des Ehrgeizes der Hohenzollern noch des Königs und des Kronprinzen, die beide von den politischen Hintergedanken Bismarcks nichts geahnt, sondern die ganze Sache als eine rein dynastische aufgefaßt haben;[2]) außerdem hat sich dieser vorher und nachher oft genug grundsätzlich gegen absichtlich heraufbeschworne „Präventivkriege" ausgesprochen,[3]) er hat im Frühjahr 1870 in der Presse entschieden die Ansicht vertreten lassen, daß ein Krieg mit Frankreich „Thorheit, wenn nicht Verbrechen" wäre, wenn man die deutsche Einheit auf friedlichem Wege erreichen könne, und daß die Wendung Napoleons

---

Man wird den Angaben des sonst etwas verdächtigen Spaniers hier um so eher trauen dürfen, als ihm diese Bemerkungen des Kanzlers nicht angenehm sein konnten. Im Widerspruch damit steht freilich die Erklärung der Hamburger Nachrichten vom 21. Februar 1895 bei Penzler VI, 22 f.: „Der Gedanke, an Spanien einen wertvollen Bundesgenossen gegen Frankreich zu gewinnen, ist dem ersten Kanzler jederzeit vollständig fremd geblieben"; aber hat sie wirklich Beweiskraft nicht nur dem Spanier, sondern auch andern gewichtigern Zeugnissen gegenüber?

[1]) Instruktion für die Presse 9. Juli bei Busch I, 37.

[2]) Bucher bei Busch III, 238 f., vergl. E. Marcks, Wilhelm I., 274 f.

[3]) z. B. Gedanken und Erinnerungen II, 93. Poschinger, Tischgespräche und Interviews II, 139 (von 1887). Bismarck und die Parlamentarier I, 44 (1869). II, 97 (1867). III, 284 („Nur für die Ehre des Landes, nur für seine vitalsten Interessen darf ein Krieg begonnen werden").

zum Liberalismus dafür günstig sei,[1]) er ist endlich im Sommer 1870 vom Ausbruche des Konflikts sichtlich überrascht worden, wie er gelegentlich auch selbst erklärt hat,[2]) sodaß man kaum berechtigt ist, selbst bei der sehr starken Beförderung der spanischen Thronkandidatur, an kriegerische Absichten auf seiner Seite von vornherein zu glauben.

Warum hat nun Fürst Bismarck von diesen Verwicklungen eine teils lückenhafte, teils abgeschwächte Darstellung gegeben und nicht die Dinge so erzählt, wie sie sich jetzt jedem Unbefangnen aufdrängen? Hat er seinen Feinden keine Waffen in die Hand geben wollen? Das sieht ihm sehr unähnlich, schon weil es nichts geholfen hätte, und weil diese Waffen stumpf wären. Hat er sich nicht in Widerspruch setzen wollen mit den amtlichen Erklärungen von 1870, die immer wieder betonen, daß die Angelegenheit niemals amtlich behandelt worden sei? Aber man spricht doch in amtlichen Aktenstücken anders als in Memoiren. Haben sich ihm in der Erinnerung die Thatsachen wirklich verschoben und sind sie verblaßt, und hat er sich, weil er das endliche Mißlingen der von ihm mit solchem Nachdruck und aus so guten Gründen betriebnen spanischen Kandidatur als eine persönliche Niederlage empfand, allmählich und unwillkürlich ein Bild von ihnen zurecht gelegt, das ihm die ganze Angelegenheit als nebensächlich und als unbedeutender zeigte, als sie in Wirklichkeit gewesen war?[3])

Das Letzte ist psychologisch um so wahrscheinlicher, als er die Geschichte der „Emser Depesche," die nicht weniger zu Ausstellungen und Angriffen Veranlassung gegeben hat, im zweiten Teile des Kapitels mit lebendigster Anschaulichkeit und mit großartiger Offenheit erzählt. Er sieht auf der Stelle, daß die Franzosen aus der spanischen Thronkandidatur einen Kriegsfall mit Preußen schaffen wollen, da sie dies, nicht Spanien zur Rede stellen; er findet, daß diese „inter=

---

[1]) Instruktion für Busch I, 7. 10.

[2]) z. B. 20. Januar 1888 in Friedrichsruh, wo er sagte, er fürchte für dieses Jahr keinen Krieg, aber „fast ohne Unterbrechung" hinzusetzt: „Allerdings habe ich das auch im Jahre 1870 geglaubt, und es kam doch anders."

[3]) Im ganzen stimmt jetzt auch E. Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (Berlin 1899) S. 92 ff. besonders S. 96 Anm. diesen Ausführungen zu.

nationale Unverschämtheit für uns die Unmöglichkeit involvierte, auch nur um einen Zoll breit zurückzuweichen" (S. 83), daß die Äußerung Gramonts im Gesetzgebenden Körper am 6. Juli („Wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolks uns verpflichtet zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze") „eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff" gewesen sei, und daß die in diesen Tagen von der Pariser Presse immer wiederholte Behauptung La Prusse cane „jede Nachgiebigkeit unmöglich machte" (S. 84). Als solche betrachtet er es schon, daß der König, durch die Königin Augusta (in Koblenz) in friedlichem Sinne beeinflußt und zunächst (bis zum 12. Juli) allein mit dem Geheimrat Abeken, ohne einen Minister, in Ems, Benedetti überhaupt empfangen habe (vom 9. bis zum 12. Juli im ganzen viermal), statt ihn, wie er in ähnlichen Fällen sonst immer gethan hatte, kurzweg an seine Minister zu verweisen. Aber hatte dies nicht darin seinen Grund, daß das Ministerium amtlich ja gar nichts von der Sache wußte, da der König sie als eine reine Hausangelegenheit behandelt hatte?[1]) Auch dachte der König sachlich kaum anders als Bismarck. Er war nachweislich über die „Insolenz" der Franzosen kaum weniger empört als dieser und wies Benedettis Forderung, den Prinzen Leopold zum Rücktritt zu bestimmen, rundweg ab.[2]) Ganz dieselbe Empfindung hatte Abeken. „Es thut mir ordentlich leid, sagte er in diesen Tagen, daß unter diesen Umständen der Erbprinz von Hohenzollern von selbst zurücktreten wird. Der einzige Ausweg, den wir dann haben, ist, uns ihnen zum Trotz mit Süddeutschland zu einigen, sonst ist unsre Ehre doch befleckt."[3]) Bismarck, damals in Varzin mit einer Karlsbader Brunnenkur beschäftigt, glaubte in der That zunächst nicht, daß die Franzosen um dieser Frage willen den Krieg provozieren würden, erwartete ihn für dieses Jahr überhaupt

---

[1]) Dasselbe Urteil schon 19. Dezember 1870 bei Busch I, 546 und wieder 21. Oktober 1877, II, 485. Am ausführlichsten mit der ganzen Litteratur behandelt die Sache G. Rathlef im Bismarck-Jahrbuch III (1896) 442 ff.

[2]) Sybel VII, 295. Brief an die Königin vom 13. Juli bei Oncken, Unser Heldenkaiser.

[3]) H. Abeken 372.

nicht[1]) und telegraphierte ärgerlich nach Ems, man solle ihm nicht so viel Tinte in seinen Karlsbader Brunnen gießen.[2]) Doch schon am 10. Juli sagte er zu Bucher: „Die Sachen drängen in Paris zur Entscheidung. . . . Worauf es mir ankommt, ist, daß wir die »Geforderten« sind.“ [3]) Am 12. reist er, um auf Befehl des Königs nach Ems zu gehn, nach Berlin ab und empfängt dort am Abend bei seiner Ankunft Depeschen, daß der König mit Benedetti zu unterhandeln fortfahre; etwas später, als er mit Moltke und Roon bei Tische sitzt, trifft eine Pariser Depesche über den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern ein. Im Gefühl, daß Deutschland eine schwere Demütigung, „schlimmer als die von Olmütz,“ erlitten, eine „französische Ohrfeige“ erhalten habe, ist er entschlossen, seinen Abschied zu fordern, und bittet den Grafen Eulenburg, statt seiner nach Ems zu fahren, empfindet aber schon damals den Krieg „als eine Notwendigkeit, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten,“ obwohl „wir . . . als Händelsucher erscheinen würden, wenn wir [jetzt noch] zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten.“ In dieser Stimmung lädt er Moltke und Roon für den 13. Juli zu Tische. Aus seiner Verlegenheit befreien ihn die Franzosen durch das Ansinnen Gramonts an Werther am 12. Juli, der noch an demselben Tage nach Ems und Berlin telegraphierte, und die Forderung Benedettis an den König am Morgen des 13. Juli, der eben aus Abekens Hand ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung mit einer Pariser Depesche vom Nachmittage des 12. über den Rücktritt Leopolds erhalten hat.[4]) Als Abekens chiffrierte Depesche aus Ems von $3^h 50$ nachmittags um $6^h 9$ in Berlin eintrifft, sitzt Bismarck mit Moltke und Roon wieder bei Tische, beide hören „niedergeschlagen“ das inzwischen entzifferte Telegramm, das ihnen Bismarck vorliest. Dem aber geht in diesen weltgeschichtlichen Minuten, als Moltke die volle Kriegsbereitschaft des

[1]) Vergl. z. B. den vertraulichen Brief an Roon vom 7. Juni 1870 vor der Abreise nach Varzin. Roon, Denkwürdigkeiten III[4], 164 und oben.

[2]) Abeken 371. Er bekam damals so viele Depeschen, daß Bucher „den halben Tag dechiffrierte,“ und schließlich selbst Bismarck und seine Tochter, Gräfin Marie, mit helfen mußten. Poschinger, Tischgespräche II, 47.

[3]) a. a. O. 47.

[4]) Abeken 375.

deutschen Heeres versichert hat, eine Fülle von Erwägungen durch das Haupt: die unerwartet gebotne Möglichkeit, die frühere Demütigung jetzt wettzumachen, der höchst ungünstige Eindruck, den das Zurückweichen vor dieser abermaligen Herausforderung auf Süddeutschland machen müsse, nachdem es seit 1866 auf die Kraft Preußens hat vertrauen lernen, die einigende Wirkung eines großen nationalen Krieges auf die Süddeutschen und die neuen preußischen Provinzen, also zugleich die Notwendigkeit und die fortreißende Kraft eines Krieges, und in dieser Erkenntnis benutzt er die Ermächtigung des Königs zur Veröffentlichung der Depesche und macht aus der „Chamade“ eine „Fanfare,“ die Worte des Textes nicht verändernd, sondern nur in einer Form kürzend, „die diese Kundgebung [die Abweisung Benedettis] als eine abschließende erscheinen ließ, während die Redaktion Abekens nur als ein Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung erschienen sein würde.“ Er thut das mit dem klaren Bewußtsein, daß die Depesche „nicht nur wegen des Inhalts, sondern auch wegen der Art der Verbreitung [durch Mitteilung an die Gesandten des Norddeutschen Bundes und Preußens, an die noch in der Nacht telegraphiert wurde[1])] den Eindruck des roten Tuchs auf den gallischen Stier machen,“ also den Krieg herbeiführen werde, und er sagt zu seinen beiden Gästen rundweg: „Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagnen ohne Kampf auf uns nehmen wollen.“[2]) Er hat diesen Kampf in diesem Augenblicke gewollt, noch

[1]) Nämlich am 13. Juli 11,15 abends an die Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe und Hamburg, am 14. Juli früh 2,13 an die in London, St. Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Konstantinopel. Graf Caprivi im Reichstage 23. November 1892 bei Penzler IV, 247.

[2]) Die sehr sorgfältig abgewogne Erzählung Bismarcks über den 13. Juli 1870 hat manche Vorläufer gehabt, doch kommt keine andre dieser letzten Redaktion gleich. Der Zeit nach steht dem Vorgange am nächsten der Bericht bei Busch I, 546 f. vom 19. Dezember 1870, vergl. die kurze Bemerkung am 4. Oktober, I, 258; diesem sehr ähnlich ist die Erzählung vom 21. Oktober 1877, II, 485, wiederholt in der kleinen Schrift Bismarck und sein Werk: 89 ff., ausführlicher, aber nicht ohne manche Irrtümer im einzelnen eine andre, die von einem Parlamentarier sofort nach der Unterhaltung im Reichskanzlerpalais aufgezeichnet, aber erst am 21. November 1892 in der Neuen Freien Presse veröffentlicht worden ist, s. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, 128 ff. Busch, Bismarck und sein Werk 91 ff. Den Preßlärm über die „Fälschung“ der Emser

mehr, er hat ihn herbeigeführt, die Thorheit der Franzosen benutzend, den Stich, den sie gegen die deutsche Ehre führen wollten, mit wuchtigem Hiebe erwidernd, Herausforderung gegen Herausforderung setzend.

Mit dieser klassischen Erzählung schlägt er alle die gutgemeinten abschwächenden Versuche, seine Absicht bei der Redaktion der Depesche sei eigentlich harmlos, nicht darauf berechnet gewesen, eine „Explosion" herbeizuführen, und das Bestreben, wie ein geistreicher Franzose boshaft aber treffend gesagt hat, hier wie anderwärts aus einem furchtbaren Königstiger eine harmlose Hauskatze zu machen, also vor allen Sybels Darstellung in Scherben.[1]) Wer dieses Verfahren „peinlich" empfindet, als eine Abweichung von der Wahrheit, wohl gar als eine „Fälschung," als ein Unrecht gegen den Feind [diesen Feind!] empfindet, wie z. B. Rathlef,[2]) der hat von den schweren Pflichtenkonflikten, durch die jeder große Staatsmann gehn muß und zumal der Erneuerer unsers Reichs gehn mußte, gar keine Ahnung. Ein andres war es, die Gelegenheit zu einem Kriege herbeizuführen, ein andres, die gebotne Gelegenheit zur unvermeidlichen Entscheidung zu benutzen. Verwegen war das Spiel, das Bismarck spielte, aber er nahm die ungeheure Verantwortung allein auf sich um des Vaterlandes willen, um Deutschland die drohende Gefahr eines Koalitionskrieges auf drei Fronten zu ersparen. Es war eine ebenso kühne und geniale, wie patriotische That. Nicht ihn trifft die Schuld, daß der Krieg entbrannte, sondern ausschließlich die französische Politik, denn der wirkliche Grund zum Kriege lag weder in der spanischen Königswahl, noch in der Abweisung Benedettis, sondern allein in der unerträglichen Anmaßung der Franzosen, die deutsche Einheit verhindern zu wollen.

Depesche rief erst eine Bemerkung Bismarcks gegenüber Max Harden im Oktober 1892 hervor (Änderungen des Sinnes durch Streichungen), s. Penzler IV, 187 ff. 220 ff. 228 ff.; er veranlaßte dann die Rede Caprivis mit der Veröffentlichung des Abekenschen Telegramms am 23. November, s. Penzler IV, 244 ff. Merkwürdig ist, daß Bismarck seine Unterredung mit dem britischen Botschafter, Lord Loftus, am 13. Juli (vor dem Eintreffen der Emser Depesche), wo er die Absicht aussprach, Genugthuung für die drohenden Reden Gramonts zu fordern, nicht erwähnt, s. Sybel VII, 326 f., vergl. Erläuterungen 65 ff.

[1]) Vor allem in den Erläuterungen 68 f.

[2]) Bismarck-Jahrbuch III, 456 f.



3. Versailles

Die vier Abschnitte dieses Kapitels behandeln den Gegensatz zwischen Bismarck und der Heeresleitung, genauer genommen dem Generalstabe während des Feldzugs von 1870/71, die Frage der Beschießung von Paris und die Gefahr fremder Intervention, endlich die Erneuerung des Kaiserreichs. Der Fürst hat also einige Gruppen von Ereignissen, bei denen er hervorragend beteiligt gewesen ist, herausgegriffen, aber gänzlich darauf verzichtet, auch nur die politische Geschichte des Krieges im Zusammenhange zu geben. Die Thatsachen des ersten Abschnitts lassen sich aus der sonstigen Überlieferung lediglich bestätigen, hier und da auch ergänzen. Die „Verstimmung“ zwischen Bismarck und den sogenannten „Halbgöttern,“ den höhern Generalstabsoffizieren unter Moltke, datierte vom böhmischen Kriege her, wo Bismarck am 30. Juni in Reichenberg gegen die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze des Königs Bedenken geäußert und am 12. Juli im Kriegsrat von Czernahora bei Brünn den Beschluß, auf Presburg abzubiegen statt geradeswegs auf Wien loszugehn, durchgesetzt, später den Einzug in Wien verhindert hatte (G. u. E. II, 32. 357 ff.). Den ersten Vorfall hat er auch sonst gelegentlich mit Behagen erzählt.[1]) Die „Halbgötter“ vergalten ihm diese Einmischung in ihr „Ressort“ 1870 mit

[1]) So am 30. Oktober 1892, Poschinger, Tischgespräche usw. I, 226. Als der Fürst diese Geschichte an der Frühstückstafel höchst lebendig erzählte, stiegen mir gleich leise Zweifel an der objektiven Richtigkeit der Angabe auf, es hätten in Leitmeritz damals noch sechs österreichische und sächsische Reiterregimenter gestanden, die in vier Stunden von dort nach Reichenberg hätten reiten können (70 km in der Luftlinie). Thatsächlich stand am 30. Juni kein Pferdehuf von feindlicher Kavallerie bei Leitmeritz. Vgl. jetzt M. Lenz im Juliheft der Deutschen Rundschau S. 111.

einer Art von militärischem Boykott, eine Absicht, von der Bismarck schon auf der Fahrt nach Mainz (31. Juli bis 2. August) aus Podbielskis Munde unfreiwillig und unbemerkt erfuhr; sie schlossen ihn von dem täglichen „Generalsvortrage,“ den Laien Kriegsrat zu nennen pflegten, aus und machten ihm diese Feindseligkeiten, wie er annahm, „bis in das Gebiet der Naturalverpflegung und Einquartierung fühlbar.“ Über diesen Punkt beschwerte er sich schon am 10. August in einem amtlichen Schreiben an Roon, aber die Klagen dauerten auch in Versailles fort und veranlaßten ihn einmal, am 22. November, zu der kräftigen Äußerung: „Es ist die reine Flegelei, die Art, wie man gegen mich verfährt.“[1]) Auch dort wurde bis gegen das Ende hin alles Militärische sorgfältig vor ihm geheim gehalten, sodaß „die unbeschäftigten hohen Herren“ im Hotel des Réservoirs, ja sogar der englische Korrespondent Russell mehr davon wußten als der Bundeskanzler, und dieser sich nur durch vertrauliche Beziehungen zu einigen von ihnen die ihm unentbehrliche Kenntnis verschaffen konnte. Die Klagen darüber wiederholen sich in vertraulichem Kreise während des ganzen Versailler Winters, so z. B. am 10. Oktober, 16. und 24. November.[2]) Erst „nach langer Bettelei“ wurden ihm wenigstens die Sachen geschickt, die den deutschen Zeitungen telegraphiert wurden;[3]) dagegen hatte eine Vorstellung des ihm befreundeten Grafen Eberhard Stolberg beim König gegen „die Unzuträglichkeiten der Ausschließung seines verantwortlichen politischen Ratgebers“ [vom Generalsvortrag] keinen Erfolg (G. u. E. II, 95). Der Gegensatz verschärfte sich wohl noch durch die Verhandlungen über die Kapitulation von Metz, die Bismarck benützen wollte, um zu einer politischen Verständigung zu kommen, die Militärs dagegen von rein militärischem Standpunkte aus ansahen.[4]) Erst im Januar 1871 brachte eine Eingabe beim König mit der Bitte, ihm die Telegramme des Generalstabs vor der Absendung nach Berlin vorzulegen, da sie auch von politischer Wichtigkeit sein könnten, und zu

[1]) Poschinger, Bismarckportefeuille II, 189 f. Busch, Tagebuchblätter I, 421.

[2]) Tagebuch des Kronprinzen vom 10. Oktober, Deutsche Rundschau 1888, Oktoberheft. Busch I, 408. 429.

[3]) Busch I, 408.

[4]) Busch I, 294 f. 298 f. Verdy du Vernois, Im großen Hauptquartier 1870/71, 214.

befehlen, daß er ausführlichere Kenntnis von den militärischen Vorgängen erhalte, einige Abhilfe; ja der König teilte ihm am 12. Januar noch abends elf Uhr das Telegramm über den Sieg bei Lemans in eigenhändiger Abschrift mit.[1]) Endlich, als Jules Favre die Kapitulationsverhandlungen begann, wurde Bismarck auch zum Generalsvortrage zugezogen,[2]) wobei nun freilich „das Mißverhältnis zwischen dem Reichskanzleramte und dem Generalstabe des Oberkommandos wieder schärfer hervortrat"; ja Bismarck klagte jetzt seinerseits über „das erobernde Eindringen der Soldaten in die Zivilgeschäfte."[3])

Dies dauerte bis zum Präliminarfrieden von Versailles, wobei die Militärs wohl auch besonders deshalb grollten, weil der von ihnen wie vom Kaiser Wilhelm selbst dringend gewünschte feierliche Einzug in Paris vereitelt worden war.[4]) Erschwert wurde das Einvernehmen zwischen beiden „Ressorts" offenbar noch dadurch, daß ein ähnlicher Streit auch zwischen dem Generalstabe und dem Kriegsministerium bestand, und daß dessen Vertreter Roon nicht nur mit Bismarck befreundet war, sondern auch in wichtigen Fragen seine Partei, nicht die des Generalstabs, ergriff. Denn während Moltke dem Generalstabschef allein die militärische Beratung des königlichen Kriegsherrn vorbehalten, den Kriegsminister auf die Aufstellung und Ausrüstung der Armee beschränkt und deshalb während eines Krieges nicht von Berlin entfernt wissen wollte, betonte Roon die Mitverantwortlichkeit des Kriegsministers bei allen militärischen Beschlüssen, also die Notwendigkeit seiner Anwesenheit im Hauptquartier.[5])

Wenn Bismarck so entschieden auf seiner Mitwirkung an wichtigen militärischen Entschlüssen bestand, so that er das, weil er Krieg und Politik für untrennbar, den Krieg nur für ein Mittel zu politischen Zwecken hielt, die daher natürlich als die an sich höhern auch die Kriegführung bestimmen müßten (G. u. E. II, 96). Indem Wilhelm

---

[1]) Busch II, 20. 34. 40.

[2]) Schneider III, 170.

[3]) Schneider 173. Roon, Denkwürdigkeiten III⁴, 291. Bismarckbriefe (vom 4. Januar) 464.

[4]) Abeken 523. Schneider III, 188. 196. 198 f.

[5]) Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Kriegs 423 A., dagegen Graf Waldemar von Roon in Roons Denkwürdigkeiten III⁴, 499 ff.

von Blume, damals Major im Großen Generalstabe, zuletzt kommandierender General des XV. Armeekorps in Straßburg, diese Auffassung grundsätzlich anerkennt, sucht er doch nachzuweisen, daß der Bundeskanzler 1870/71 aus rein sachlichen Gründen nicht zum Generalsvortrage zugezogen worden sei, weil die Gerechtigkeit verlangt habe, daß dann die Militärs umgekehrt auch bei politischen Entschlüssen gehört worden wären, weil die politischen Verhältnisse 1870 einfacher gelegen hätten als 1866, wo sie beständig auf die Kriegführung hätten einwirken müssen, und weil endlich auch der König wohl befürchtet habe, Bismarcks übermächtige Persönlichkeit werde im Kriegsrat selbst den Generalstabschef in den Hintergrund drängen. Bismarcks Verstimmung über seine Ausschließung will er nicht nur aus der Erinnerung von 1866 erklären, sondern auch daraus, daß sein „Thätigkeitsdrang“ 1870 nicht voll befriedigt worden sei.[1]) Der verdiente General wird für diese Ausführung nicht durchweg Glauben finden. Bismarcks politischer „Thätigkeitsdrang“ fand auch 1870/71 vollauf Genüge in den schwierigsten Verhandlungen mit den Franzosen, den süddeutschen Staaten und den interventionslustigen fremden Mächten, so sehr Genüge, daß er oft über Mangel an Zeit klagte und seine Umgebung, indem sie seine ungeheure Arbeitskraft bewunderte, häufig um sein Befinden sehr besorgt war.[2]) Und was er verlangte, das war ja gar nicht die regelmäßige Teilnahme am Generalsvortrage, wozu er nicht einmal die Zeit gehabt hätte, sondern nur die genaue, amtliche Kenntnis der militärischen Ereignisse, um gelegentlich seine politischen Anschauungen bei den zu fassenden Beschlüssen zur Geltung bringen zu können. Ihm diese Kenntnis zu versagen, dafür kann es keine sachlichen Gründe gegeben haben, das verschuldete lediglich die Ressorteifersucht des Generalstabs, nicht Moltkes selbst, und die Berechtigung der Beschwerden Bismarcks darüber hat ja auch der König anerkannt, indem er sie schließlich abstellte. Schlimme Folgen hat einzig und allein der König verhütet, denn er und nur er vereinigte in seiner Hand die politische und die militärische Oberleitung, er allein übersah alle diese verwickelten Be-

---

[1]) von Blume, Die Beschießung von Paris 1870/71 und die Ursachen ihrer Verzögerung (1899) 12 ff.

[2]) Abeken 433 (vom 20. Oktober). Busch 1, 306.

ziehungen, er allein konnte also beurteilen, wie beides aufeinander einwirken mußte, und behielt sich die letzte Entscheidung in Politik und Kriegführung in jedem Falle vor.

Auf dem Grunde dieser Gegensätze erwuchs der harte Kampf um die Frage, wie der Angriff auf Paris durchzuführen sei. Ihn behandelt der zweite und der dritte Abschnitt des Kapitels, ein zuweilen etwas weitschweifiges Stück ohne recht präzisen Gedankengang, nicht ohne mannigfache Wiederholungen und Abschweifungen, das offenbar nicht in einem Zuge entstanden, sondern aus einzelnen, zu verschiednen Zeiten niedergeschriebnen Diktaten des Fürsten nachträglich zusammengeschweißt worden ist. Militärische und politische Gründe, so führt er aus, empfahlen gleichmäßig eine rasche Entscheidung vor Paris, also die Beschießung der Stadt, nicht die langsame Aushungerung. An sich schon war die Lage des schwachen deutschen Einschließungsheeres zwischen der von viel stärkern Truppenmassen verteidigten Riesenfestung, deren schweren Geschützen es dazu nur Feldartillerie entgegenzusetzen hatte, und den fortwährend wachsenden französischen Provinzialheeren sehr ungünstig. Sodann erblaßte der Glanz der deutschen Erfolge bei der langen, thaten- und entscheidungslosen Zögerung vor Paris, und das konnte die neutralen Mächte zur Einmischung reizen, die den Deutschen den Siegespreis verkümmern und die Vollendung der deutschen Einheit verhindern konnte. Eine solche Einmischung war zunächst von Italien und Österreich her zu befürchten, aber auch Rußland war man keineswegs ganz sicher, denn hier war Alexander II. der deutschen Sache freundlich, Gortschakow aber ihr feindlich und bestrebt, Deutschland und Rußland von einander zu trennen, wie er das später auf dem Berliner Kongreß 1878 bewiesen hat. So bot sich die Pontusfrage als „eine Gunst des Schicksals," um Rußland einen für Deutschland unschädlichen Dienst zu erweisen, wobei der russische Militärbevollmächtigte Graf Kutusow und der Großherzog von Weimar die Verbindung mit dem russischen Hofe vermittelten. Von England vollends war nichts als Mißgunst zu erwarten. Wenn somit alle sachlichen Gründe für die Beschleunigung der Einnahme von Paris durch „Beschießung" rieten, so konnten die Generale gegen eine solche keine Einwendungen erheben, konnten nicht anders denken als Roon, der hier ganz mit Bismarck übereinstimmte. Was dagegen geltend

gemacht wurde, das waren also Scheingründe oder selbstbereitete Hindernisse, die Verlangsamung der artilleristischen Eisenbahntransporte durch Lebensmitteltransporte für Paris, für den Fall, daß dieses durch Aushungerung bezwungen werde, und die Zögerung in der nötigen Beschaffung eines leistungsfähigen deutschen Fuhrparks für die Anfuhr der Geschützmunition. Der wahre Grund lag in einer falschen Humanität, die der Beschießung dieses „Mekka der Zivilisation“ die Aushungerung durch Einschließung vorzog und vor allem von fürstlichen Damen in Deutschland und England beim Kronprinzen vertreten wurde. Als jene Scheingründe durch Bismarcks und Roons Energie endlich beseitigt worden waren, wurden die Vorbereitungen zur Beschießung sehr rasch beendigt, und der Erfolg blieb nicht aus.

Diese Darstellung wird nun durch eine Fülle von gleichzeitigen, also nicht in der Rückerinnerung gefärbten Äußerungen teils bestätigt, teils erläutert, aber in einigen Punkten auch berichtigt. Von der einen Seite sind Bismarcks Meinungen und Urteile in den Tagebüchern von Busch, die sich hier wieder als eine der allerwichtigsten Geschichtsquellen erweisen, fast Woche für Woche, zuweilen Tag für Tag zu verfolgen und Roons Anschauungen aus seinen Briefen urkundlich festzustellen. Von der andern haben wir das Kriegstagebuch des Kronprinzen, die amtlichen Schriftstücke Moltkes und Blumenthals, die Aufzeichnungen Verdys und Blumes; auch Schneider, der Vorleser, und Wilmowski, der Kabinettsrat des Königs, bieten hier und da Wertvolles, namentlich über die persönliche Stellung ihres Herrn.

Zur Bezwingung von Paris kamen an sich drei Mittel in Betracht: die Aushungerung der Stadt durch Einschließung, die Beschießung und der regelmäßige gewaltsame Angriff auf eine oder mehrere Fronten der Festungswerke, also die förmliche Belagerung, die ganz etwas andres war als die Beschießung, mit der sie doch oft zusammengeworfen worden ist.

Bismarck selbst war, wenn man nicht sofort am 19. September einen Sturmangriff wagen wollte, der im Augenblick der ersten Verwirrung vielleicht nicht ohne Aussicht gewesen wäre, überhaupt nicht dafür, Paris einzuschließen, sondern für die möglichst rasche Vernichtung der sich damals erst langsam bildenden Provinzialheere, um im Hinblick auf die sonst drohende Einmischung der Neutralen möglichst bald

den Frieden zu erzwingen.[1]) Sehr lebhaft äußerte er dann seinen Unmut, daß ganz anders verfahren wurde, und verwahrte sich mehrfach dagegen, daß etwa er daran schuld sei.[2]) Die Schuld schrieb er auch nicht dem Könige zu, der vielmehr den artilleristischen Angriff befohlen habe,[3]) sondern den Militärs. Noch in Ferrières hätten sie den gewaltsamen Angriff auf die Südfront gewollt und für aussichtsvoll gehalten; erst vor Paris sei der Gedanke aufgekommen, nicht zu schießen, obwohl ein Beschluß derart niemals gefaßt worden sei, sondern man erkläre jetzt nur, warten zu wollen, bis alles bereit sei.[4]) Übrigens dachte er bei der „Beschießung" vor allem auch an ein Bombardement der Stadt selbst, wie bei Straßburg.[5])

Wie gut Bismarck hier unterrichtet war, läßt sich jetzt bis ins einzelne nachweisen. Schon in den ersten Tagen des Vormarsches auf Paris wurden die ersten Maßregeln zum gewaltsamen Angriff auf die Hauptstadt getroffen, also zu einer Zeit, wo Toul die einzige zur Verfügung stehende Bahnlinie noch sperrte. Schon von Reims aus ordnete Moltke am 8. September auf Befehl des Königs die „schleunige Heranführung der erforderlichen Festungsartillerie" an, da „voraussichtlich zwischen dem 25. und 30. d. M. der ernsthafte Angriff auf Paris beginnen wird"; von Ferrières aus befahl er am 23. September nach dem Falle von Toul telegraphisch dem Oberkommando der III. Armee die bisher dort verwandten schweren Geschütze mit Bahn bis Nanteuil östlich von Meaux zu bringen, dann mit requirierten Geschirren bis vor Paris.[6]) „Die Ausladung und der weitere Landtransport des per Bahn bis Nanteuil s. Marne heranzuführenden schweren Belagerungsgeschützes auf Paris" sollte am 28. September beginnen, den Anfang der Beschießung erwartete Moltke damals (am

[1]) Busch I, 274 (7. Oktober), 424 (23. November), 441 (28. November).

[2]) Busch I, 350 (4. November), 365 f. (7. November).

[3]) Busch I, 415 (20. November), vgl. 493.

[4]) „Der Generalstab behauptete, daß sie ein paar Forts (Issy und Vanves) in drei Tagen zusammenschießen und dann gegen die schwache Enceinte vorgehn könnten," Busch I, 454 (30. November), 463 (1. Dezember), 511 (12. Dezember).

[5]) Busch I, 441.

[6]) Moltke an Roon Reims 8. September, Moltkes Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 267 an das Oberkommando der III. Armee in Versailles 23. September, a. a. O. Nr. 292.

27. September) „kaum vor Ende dieser Woche," also um den 1. Oktober, und er sollte mit der Verlegung des königlichen Hauptquartiers nach Versailles oder St. Germain-en-Laye zusammenfallen. In der That ging der erste Geschütztransport am 27. früh von Nancy nach Nanteuil ab mit der Bestimmung gegen die Forts Issy und Vanves.[1]) Ebenso wurde noch in Ferrières nach einem Gutachten der Generale von Hindersin und von Kleist vom 30. September, die dafür am 2. Oktober 420 Belagerungsgeschütze verlangten, der Hauptangriff auf die Südwestfront und ein Nebenangriff auf die Nordostfront (St. Dénis) beschlossen, sobald ausreichende Mittel vorhanden seien, was man jetzt erst für „die ersten Tage des Dezember" erwartete.[2]) Soviel steht also fest: im Anfang hegte die deutsche Heeresleitung die Absicht, Paris möglichst bald durch einen gewaltsamen Angriff zu bezwingen, keineswegs durch bloße Einschließung und Aushungerung und noch weniger durch eine bloße „Beschießung" der Stadt. Dafür wurden die Vorbereitungen so eifrig gefördert, daß schon Ende Oktober 235 Belagerungsgeschütze, also gewiß eine genügende Anzahl, um wenigstens den Angriff auf die Südwestfront zu beginnen, bei Villa Coublay (5 Kilometer östlich von Versailles) bereit standen und mit dem Bau von Belagerungsbatterien begonnen worden war.[3]) Nur an der nötigen Munition fehlte es noch. Woher kam also dann die Verzögerung in deren Anfuhr und damit im Beginn der förmlichen Belagerung?

Bismarck hat damals wie später rundweg gesagt: Die Generale, namentlich Stosch, Treskow und Podbielski verzögerten diese absichtlich aus Rücksicht auf den Kronprinzen, machten daher Schwierigkeiten aller Art, verlangten namentlich viel mehr Munition, als thatsächlich nötig sei, täglich neunzig Wagen, gerade wie vor Straßburg, wo man schließlich zwei Drittel der herbeigeschafften Munition übrig behalten habe, „und Straßburg war gegen Paris ein Gibraltar." Denn der Kronprinz wolle keine Beschießung, weil sie inhuman sei, sondern die Aus-

---

[1]) Moltke an Stiehle 27. September, an Blumenthal von demselben Tage, Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 297. 298.

[2]) Moltke an den König 22. Dezember, a. a. O. Nr. 521. Vgl. Generalstabswerk II, 1, 190 f. Dazu Wilmowski, Feldbriefe 74 f. Der König an Moltke 28. November a. a. O. S. 415.

[3]) Generalstabswerk II, 2, 767. II, 1, 191.

hungerung.[1]) Über die fürstlichen Damen, die den Kronprinzen in dieser Richtung zu beeinflussen suchten, hat er sich in Versailles gegenüber seiner Umgebung natürlich viel rückhaltloser ausgesprochen als in den Gedanken und Erinnerungen zwanzig Jahre nachher. „Mehrere Königinnen" seien es, also neben Königin Viktoria von England auch Königin Augusta, die, ihrerseits wieder von Dupanloup (Bischof von Orleans) beeinflußt, auf ihren Gemahl zu wirken suche, dann die Kronprinzessin.[2]) An solche Einwirkungen glaubte man ebenso gut in der Armee vor Paris wie in Berlin, und Bismarck trug kein Bedenken, sie in der Presse energisch bekämpfen zu lassen.[3]) Roon sprach dieselbe Meinung in seinen Briefen zwar nicht offen aus; teilte sie aber, und selbst der sehr zurückhaltende Abeken deutete gelegentlich dasselbe an.[4]) Auf dieselben Einflüsse führte es Bismarck zurück, wenn zu Anfang Dezember die Rede davon war, zwischen den deutschen Linien Magazine für die Verpflegung der ausgehungerten Pariser nach der Übergabe anzulegen.[5]) Daß solche „humanen" Einwirkungen versucht worden sind, kann nach diesen Angaben der am besten unterrichteten Zeugen gar keinem Zweifel unterworfen sein.

Was sie nun aber auch ausgerichtet haben mögen, Bismarck hat doch zunächst zweierlei unterschätzt. Zuerst die Unmöglichkeit einer wirksamen Beschießung, wie er sie vor allem im Auge hatte, bei einer Riesenstadt wie Paris, einer Ellipse von 11 zu 9 Kilometer Durchmesser, von der die deutschen Batterien, da sie von den Forts noch 2500 bis 3000 Meter entfernt bleiben mußten und höchstens 7500 Meter weit trugen, nur einen schmalen Randstreifen der Stadt

---

[1]) Busch I, 366 f. (7. November), 415 (20. November), 440 (28. November).

[2]) Busch I, 424 (23. November), 430 (25. November), 439. 443. (28. November), 463 (1. Dezember), 473 (4. Dezember).

[3]) Busch I, 442 f. (28. November).

[4]) Roon, 28. November, Denkwürdigkeiten III[4], 257: „Wenn doch die sonst so vorlaute Presse einmal diese Unthätigkeit und Faulheit tüchtig geißeln möchte! Aber ihr wißt nicht, wer dahinter steckt!" Abeken S. 461 vom 7. Dezember: „Was die Beschießung verhindert, darüber wäre viel zu sagen, aber nicht zu schreiben. Neben den militärischen Gründen, deren Stichhaltigkeit und Aufrichtigkeit ich nicht beurteilen kann, mögen noch andre Einflüsse mitwirken."

[5]) Busch I, 473 (4. Dezember).

überhaupt bestreichen konnten, noch ganz abgesehen davon, daß sich ein solches Bombardement z. B. schon bei Straßburg als unwirksames Mittel erwiesen hatte. Sodann die Schwierigkeiten, die sich den artilleristischen Transporten, vor allem der Anfuhr der Munition, in der That entgegenstellten. Auch nachdem die einzige zur Verfügung stehende Eisenbahnlinie von Nancy her mit der Übergabe von Toul am 23. September freigeworden war, mußte sie alle Ersatzmannschaften und zum größten Teil auch die Lebensmittel für die Armee vor Paris, oft genug sogar große Truppenteile, nach der Einnahme von Straßburg Anfang Oktober die ganze Gardelandwehrdivision, nach der Kapitulation von Metz zu Anfang November fast das gesamte II. Armeekorps bis Paris befördern; erst am 21. November, als auch Soissons gefallen war, kam für die Maasarmee eine Zweiglinie von Reims über Soissons nach Mitry (nördlich von Paris) hinzu.[1]) Aber auch jene Eisenbahn endete zuerst bei Nanteuil s. Marne, fast 100 Kilometer, dann bei Lagny, immer noch 50 Kilometer von der deutschen Einschließungslinie entfernt, und auf dieser ganzen Strecke mußten auf bald gründlich zerfahrnen Wegen über Marne und Seine hinweg sowohl Geschütze als Munition mit Geschirr befördert werden. Dafür reichten weder die bei den Fuhrparks der Armee entbehrlichen Gespanne aus, noch waren dazu die landesüblichen zweirädrigen Karren überhaupt brauchbar. Denn es handelte sich schon bei der ersten Munitionsrate für 300 schwere Geschütze und für die ersten zehn Tage der Belagerung um eine Last von etwa 50000 (oder gar 100000) Zentnern Munition, 500 Schuß auf das Geschütz gerechnet. Die Eisenbahn bewältigte diese Transporte, sodaß um Mitte November die ganze erste Munitionsrate bei Nanteuil aufgehäuft lag, aber dort blieb sie auch, weil jene Schwierigkeiten nicht überwältigt wurden.[2])

---

[1]) Blume, Beschießung von Paris 31 f. 39. Moltke, Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 300 (Befehl vom 28. September). Nr. 336. 359. 360 (Befehle vom 23. Oktober und 1. November). Geschichte des deutsch-französischen Krieges 138 (über die Schwierigkeiten der Verpflegung). Brief vom 11. Oktober, Briefe II, 168.

[2]) Blume, Beschießung von Paris 41 ff. und die Berichte vom 29. und 30. November 66 ff. als Anlage zu Nr. 454. Moltke, Geschichte des deutsch-französischen Krieges 262 f.

Abgesehen von der Unterschätzung dieser technischen Gründe hat Bismarck auch wohl übersehen, daß ein scharfer rein sachlicher Gegensatz der Anschauungen innerhalb der leitenden Kreise über die gegen Paris zu verwendenden Angriffsmittel bestand. Die eine Meinung war für den möglichst raschen Beginn des Artillerieangriffs auf die Forts, und von diesem Standpunkte aus sind die grundlegenden Beschlüsse in Ferrières gefaßt worden. Die andre erwartete, von der Ansicht ausgehend, daß Paris nicht für so gar lange mit Lebensmitteln versehen, auch das Besatzungsheer ohne strenge Disziplin und die provisorische Regierung ohne festen Halt sei, die Stadt also rasch zur Übergabe kommen werde, den Erfolg von der Einschließung und betrachtete die Belagerung oder gar die Beschießung der Stadt nur als letztes Mittel, von dessen Anwendung sie obendrein nicht viel hoffte; sie wollte aus diesem Grunde jedenfalls nicht eher damit beginnen, als bis genug Munition da sei, um dann mit vollem Nachdruck auftreten zu können und nicht etwa aus Mangel an Material wieder aufhören zu müssen. Der ersten Ansicht war unbedingt Roon; Moltke hat zwar die Befehle zur Einleitung des gewaltsamen Angriffs in Ferrières gegeben, aber er scheint im Grunde auf dem zweiten Standpunkte gestanden zu haben, denn in seinem „Promemoria" für den König vom 30. November[1]) sagt er: „Letztere [die Beschießung der Südforts] ist überhaupt immer nur als das äußerste Mittel zur Bezwingung des Widerstands angesehen worden. Als ein wenn auch langsamer wirkendes, aber sicher zum Ziele führendes Mittel mußte zunächst die enge Einschließung und Aushungerung betrachtet werden. Da die Entscheidung des Feldzugs nicht hier, sondern darin liegt, daß die noch im freien Felde operierenden feindlichen Armeen geschlagen werden,[2]) dürfte es sich auch nicht em-

[1]) Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 454. Vergl. Generalstabswerk II, 1. 49 ff.

[2]) Also ganz Bismarcks Ansicht! Moltke glaubte lange nicht an die ausdauernde Widerstandskraft von Paris, s. die Briefe an Stiehle vom 12. und 21. September und 9. Oktober, an seinen Bruder Fritz vom 11. September: „Eigentlich müßte der Krieg aus sein," an seine Schwester Auguste 16. September: „Ich hoffe auf einen baldigen Frieden ohne neues großes Blutvergießen." Am 27. November erwartete er die Kapitulation von Paris „möglicherweise schon in den nächsten Tagen." Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 272. 287. 319. 430. Briefe II, 94. III, 484. Das war ein sehr verzeihlicher Irrtum, denn

pfehlen, über die Beschießung der Forts hinaus die eigentliche förmliche Belagerung vorzubereiten, welche bedeutende Opfer an Menschen erfordern würde." Überhaupt würde ein artilleristischer Angriff „in der Hauptsache wenig entscheiden." Kurz zuvor soll Moltke geäußert haben, „es sei der dümmste Streich in diesem Kriege, daß man überhaupt Belagerungsgeschütze nach Paris habe transportieren lassen." Natürlich teilte der Generalstab die Meinung seines Chefs. Verdy du Vernois hat noch am 14. Dezember in diesem Sinne eine Denkschrift ausgearbeitet, in der er ausführte, daß „bei den allgemeinen Kriegsverhältnissen überhaupt eine regelrechte Belagerung und ein gründliches Bombardement nicht möglich" sei und eine Beschießung erst dann Eindruck machen werde, wenn die Hoffnung der Pariser auf Entsatz geschwunden sei (also nur eine moralische Bedeutung habe); Blume hat nachher 1871 in einem Aufsatze diesen Standpunkt vertreten.[1]) Wichtiger war, daß auch Blumenthal, der Generalstabschef der III. Armee, also des Kronprinzen, derselben Ansicht war wie Moltke, dem er dies in einem längern Briefe vom 21. November auseinandersetzte.[2]) Er sah in einer „partiellen Beschießung" eine „Halbheit," hielt es für „unzweifelhaft, daß Paris spätestens bis Ende dieses Jahres, vom Hunger bezwungen, fallen muß," und wollte nur für den Fall, daß dies nicht geschehe, „alles zur förmlichen Belagerung parat" haben, „die dann nach allen Regeln der Kunst und mit möglichst geringen Opfern Schritt für Schritt auszuführen ist." Er nannte gelegentlich in seiner lebhaften Art die Forderung des Bombardements einfach eine „Kinderei."[3]) Seinem Generalstabschef und Moltke

---

in Paris selbst dachte der Oberbefehlshaber Trochu nur bis Mitte November aushalten zu können, in der Provinz hatte man die Ansicht, daß dies bis zum 1. Dezember möglich sein werde, s. Freycinet, La guerre en province (1871) 73 f.

[1]) Verdy, Im großen Hauptquartier 177 ff. Busch I, 404 ff. Wilmowski 73 (22. November). Tagebuch des Kronprinzen vom 25. November.

[2]) Moltke, Militärische Korrespondenz III, 2, 446 ff. Anlage zu Nr. 486. Er galt allgemein als ein „großer Widersacher des Bombardements," Wilmowski 77. vgl. Busch II, 59.

[3]) H. Delbrück, Bismarck-Historiographie, im Juniheft der Preußischen Jahrbücher 1899, S. 472 nach Äußerungen des Feldmarschalls.

stimmte auch der Kronprinz begreiflicherweise völlig zu. Am 26. Oktober trug er in sein Tagebuch ein: „Moltke ist mit mir einig, Paris durch Hunger zu zwingen, und gegen Eröffnung von Parallelen,“ und am 28. November: „Ich will nicht anfangen, bis alle Munition da; mit bloßem Schießen hätten wir längst anfangen können, hätten aber wegen Munitionsmangel bald aufhören müssen.“

Von einem so gesinnten Oberkommando der III. Armee war eine besondre Energie in der Bewältigung des wesentlichsten Hindernisses, nämlich der Schwierigkeiten beim Straßentransport der Munition, kaum zu erwarten, und selbst Blume gesteht unumwunden ein: „Man wird nicht behaupten können, daß das Oberkommando alles gethan habe, was in seinen Kräften stand, um die Vorbereitungen für den Angriff zu beschleunigen . . .“ „es hätte früher, als geschehen, zu der Erkenntnis, daß Aushilfe aus der Heimat unentbehrlich war, kommen und danach handeln müssen.“ Nur meint er, eigentlich sei es Roons Sache gewesen, dafür zu sorgen.[1]) Gewiß, was Anfang Dezember möglich war, 900 bis 1000 deutsche vierspännige Lastwagen zu beschaffen, das war auch vier oder sechs Wochen früher möglich. Andrerseits konnte eine solche Auffassung der militärischen Sachlage durch die „humanitären“ Einflüsse hochgestellter Damen nur bestärkt werden.

Daß die Gereiztheit, der Bismarck Ausdruck gab, von der andern Seite einen starken Wiederhall fand, war natürlich, denn beide Teile glaubten im Rechte zu sein und pflichtgemäß zu handeln. „Die Schlachtenbummler räsonnieren, die das Kriegsleben ohne Verantwortung und Sachkenntnis mitmachen,“ schreibt der Kronprinz am 28. November. „Ich biete jedem, der mir davon [von der Beschleunigung der Beschießung] redet, das Kommando an,“ und er that das wirklich in diesen Tagen gegenüber Bismarck, der am liebsten darauf geantwortet hätte oder auch wirklich geantwortet hat: „Ich bin bereit, es anzunehmen, für vierundzwanzig Stunden.“[2]) Auch Blumenthal will nicht hören auf „die Stimmen militärisch unwissender, hinterm grünen Tisch sitzender Leute im In- und Auslande,“ und selbst Moltke verwahrt sich gegen das Hineintragen „politischer Momente, die nur in-

[1]) Beschießung von Paris 44. 45.

[2]) Busch I, 440. 538.

soweit Berücksichtigung finden" können, als sie nicht etwas militärisch Unzulässiges oder Unmögliches beanspruchen.[1]) Die Behauptung, daß nichtmilitärische Rücksichten mit im Spiele seien, um die Beschießung zu verzögern, machte auf ihn keinen Eindruck. „Aus den Zeitungen und Zuschriften sehe ich, schreibt er am 18. Dezember, daß man in der Heimat glaubt, daß wir das feindliche Feuer bis jetzt nicht beantworten aus zarter Rücksicht auf Paris oder gar auf Verwendung hoher Persönlichkeiten. Das ist durchaus nicht der Fall; es geschieht, was zweckmäßig und ausführbar."

Endlich brachte Bismarcks Energie auch diese stockende Sache in Fluß. Nachdem persönliche Vorstellungen bei Blumenthal (28. November) und beim Kronprinzen natürlich keinen Erfolg gehabt hatten, reichte er beim König gegen Ende November einen Immediatbericht über die Frage ein, zu Roons größter Genugthuung. Daraufhin richtete der König, nachdem er sich schon drei Tage vorher von Hindersin und Kleist hatte Vortrag halten lassen und zu seinem „Erstaunen" erfahren hatte, daß der ursprüngliche Termin (Anfang Dezember) nicht eingehalten werden und der Angriff „nicht vor Ende Dezember, ja Anfang Januar" beginnen könne, am 28. November in fast scharfem Tone ein Schreiben an Moltke, in dessen Gedankengang man Bismarcks Denkschrift wird wiederfinden dürfen. Diese Verzögerung errege ihm „die allergrößten Bedenken, sowohl in militärischer als politischer Hinsicht." Deshalb fühle er sich „verpflichtet," die Frage der Beschleunigung des Angriffs auf die südlichen Forts „des Entschiedensten in die Hand zu nehmen und den schleunigsten Bericht zu verlangen" über vier Fragen: Welche Mittel zur allerschleunigsten Herbeischaffung der Munition zu ergreifen seien, ob es noch an der Zeit sei, den „Nordangriff" zu unternehmen, ob die Munition so vollständig berechnet sei, daß kein Stillstand in der Beschießung der Forts eintreten könne, welche Werke noch bis zur Aufstellung der Geschütze ausgeführt werden müßten. Darüber erwartete der Monarch mündlichen Bericht bis zum 1. Dezember.

---

[1]) Moltke, Militärische Korrespondenz 447, Beilage zu Nr. 486 und Nr. 454. Briefe II, 179. Die Gereiztheit wuchs, als Bismarck seinen Willen endlich durchgesetzt hatte, Roon vom 25. Dezember, Denkwürdigkeiten III[4], 271.

Die Antwort bestand in Moltkes „Promemoria“ vom 30. November.[1]) Gegenüber Wilmowski bemerkte noch am 28. der König, es sei nicht wahr, daß beschlossen sei, Paris nicht zu beschießen, zur Zeit seien nur die Vorbereitungen nicht vollendet.[2]) Roon drängte unermüdlich und erlangte endlich am 6. Dezember den königlichen Befehl an das Oberkommando der III. Armee, Pferde von den Munitionskolonnen herzugeben, und die Weisung an das Kriegsministerium, einen militärisch organisierten Fuhrpark von neunhundert bis tausend Wagen aus Deutschland zu beschaffen, wozu sich ein Erfurter Unternehmer bereit erklärt hatte[3]) und Bismarck die nötigen Summen (sechs Mark den Tag für jeden Wagen) auf die Bundeskasse anwies. Roon war darüber sehr befriedigt, obwohl er an dem guten Willen mancher Stellen auch jetzt noch zweifelte;[4]) noch am 17. Dezember hob Moltke beim König im Beisein Roons die Schwierigkeiten des nunmehr beschlossenen Angriffs so sehr hervor, daß Roon ihm in einem längern Schreiben sein Befremden aussprach.[5]) Indes kam die Sache nun doch in raschen Fluß. Zum Generalsvortrage am 17. Dezember wurden auch die Artillerie- und Ingenieurgenerale der beiden Versailler Hauptquartiere zugezogen,[6]) am 22. kündigte Moltke dem König die bevorstehende Beschießung der Ostfront [des Mont Avron] für den 28. an (thatsächlich begann sie schon am 27.), am 23. Dezember übertrug eine königliche Kabinettsordre die Oberleitung der Ingenieurangriffe dem Generalleutnant von Kameke, die des artilleristischen Angriffs dem Generalmajor Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen,[7]) am 5. Januar 1871 begann die Beschießung auch der Südfront, am 21. Januar das Feuer auf St. Dénis.

Fassen wir das Ergebnis zusammen. Die Anschauung der Generalstabsoffiziere, die Aushungerung werde zum Ziele führen, Belagerung

---

[1]) Militärische Korrespondenz III, 2, 415 f. und Nr. 454.

[2]) Feldbriefe 74 f.

[3]) Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 468 und Blume, Beschießung von Paris 69.

[4]) Briefe vom 8. und 10. Dezember, Denkwürdigkeiten III⁴, 261. 262.

[5]) Moltkes Militärische Korrespondenz III, 2, S. 445 f. und Nr. 486.

[6]) Schneider III, 118 f. Busch I, 536 f.

[7]) Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 531 und zu Nr. 547, vergl. Roon vom 23. und 24. Dezember, Denkwürdigkeiten III⁴, 267 ff.

und Beschießung seien nebensächlich oder ganz überflüssig, beruhte auf der Voraussetzung, daß Paris gar nicht so sehr lange mit Lebensmitteln versorgt sei. Diese Voraussetzung erwies sich als falsch, und also hatten Bismarck und Roon Recht, wenn sie von Anfang an auf die Beschießung drangen. Die Transportschwierigkeiten beruhten nicht auf der mangelhaften Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen, sondern auf den ungenügenden Vorkehrungen für die Überführung der Munition vom Endpunkte der Bahn nach den Batterien; diese aber hingen mit den Anschauungen des Oberkommandos der III. Armee über die Beschießungsfrage eng zusammen. Insofern hatten auch hier Roon und Bismarck Recht. Inwieweit der Kronprinz und seine Umgebung in ihrem Urteile durch „humanitäre“ Einflüsse hochgestellter Damen bestärkt worden sind und andre Offiziere wieder durch die Rücksicht auf das Urteil des Thronfolgers, läßt sich im einzelnen nicht nachweisen, schon weil uns diese Korrespondenz noch nicht zugänglich ist; daß aber diese Einwirkungen, die von dem vor allem den Frauen natürlichen Gefühle der Menschlichkeit ausgingen, die militärischen Entschlüsse einer solchen Anzahl hoher Offiziere veranlaßt haben sollten, ist nicht wohl denkbar. Die Ansicht endlich von der Nutzlosigkeit oder Aussichtslosigkeit eines Angriffs auf die Festungswerke vertritt auch jetzt noch Blume[1]) mit dem Hinweise darauf, daß die deutschen Batterien selbst um Mitte Januar noch immer 1500 Meter von den angegriffnen Forts entfernt gewesen seien und die Franzosen auf dem Hauptwalle eine überlegne Artillerie (auf der angegriffnen Südfront 600 Geschütze) entwickelt hätten, die den Angriff zum Stehen gebracht habe, die Beschießung der Stadt selbst aber (d. h. etwa ihres vierten Teils mit 200 bis 300 Granaten täglich) habe gar nichts genutzt. Dagegen waren nach Moltkes Zeugnis die drei Südforts fast kampfunfähig gemacht, die Kasernen zerstört, die Brustwehren zerschossen, die Geschütze meist demontiert, nur der Hauptwall antwortete noch. Vollends auf die drei Forts von St. Dénis war die Wirkung der nur sechstägigen Beschießung entscheidend, und „die ungenügende Sturmfreiheit der stark beschädigten Werke schloß — selbst gewaltsame Unternehmungen [also den förm-

[1]) Beschießung von Paris 36 f.

lichen Angriff] nicht mehr aus." [1]) „Einem förmlichen Angriff hätten die Forts nur noch geringen Widerstand entgegensetzen können. Die Stadtenceinte blieb zwar bis zum Ende thätig, im ganzen näherte sich jedoch die artilleristische Verteidigung der Erschöpfung." Der Mont Avron war sogar in einem Tage niedergekämpft worden. Also hatten die „Schießer," die sich ja nur auf die frühere Ansicht des Generalstabs gegen die spätere stützten, doch schließlich Recht behalten. Nun hat Paris allerdings nicht wegen der Beschießung kapituliert, sondern weil es ausgehungert war; aber wäre dieses Ende nicht vielleicht früher herbeigeführt worden, wenn mit der Beschießung vier bis sechs Wochen früher begonnen worden wäre?

Sehr merkwürdig und selbständig ist bei der ganzen Frage die Stellung des Königs. Er hat von Anfang an den Entschluß zum gewaltsamen Angriff auf Paris nach den Anordnungen von Ferrières zähe festgehalten, vor allem, weil er kraft seiner eignen Erfahrung nach Sedan an ein rasches Ende des Kriegs nicht geglaubt, also schärfer gesehen hat als selbst Moltke, der noch am 9. Oktober schrieb: „Jeder fühlt mehr oder weniger, daß eigentlich der Feldzug zu Ende ist"; [2]) er mußte also wünschen, auch vor Paris möglichst rasch zum Ziele zu kommen, um den Widerstand im offnen Felde niederwerfen zu können. Er hat, als sich der ihm angegebne Zeitpunkt für den Anfang des Angriffs näherte, ohne daß davon etwas zu sehen war, selbst die Initiative ergriffen, um den Gründen der Verzögerung auf die Spur zu kommen, und dann, als auch Bismarck und Roon trieben, die Sache durch energische Befehle in raschen Gang gesetzt. Von weiblichen Einflüssen ist er also ganz entschieden nicht bestimmt worden; sie haben ihn höchstens verstimmt und aufgeregt, weil sein ritterlicher Sinn den Widerspruch zu seiner Gemahlin peinlich empfand. Er ist auch hier in jedem

---

[1]) Geschichte des deutsch-französischen Kriegs 355 f. 363 f. Generalstabswerk II, 2, 1173 ff. Auch auf die frühern Gegner der Beschießung machten die Erfolge großen Eindruck, Wilmowski 80. Bismarckbriefe 465 (vom 4. Januar 1871).

[2]) Militärische Korrespondenz III, 2, Nr. 319. Der König sagte gleich nach der Kapitulation von Sedan zu seiner Umgebung: „Glauben Sie nicht, daß der Krieg zu Ende ist; eine Nation wie die französische erklärt sich nicht ohne weiteres für überwunden, wir haben noch einen schweren Kampf vor uns," Hönig, Volkskrieg an der Loire I², 338.

Augenblicke der König gewesen, der hoch über den Parteien seiner Umgebung stand, keine Spur von persönlicher Eifersucht empfand, jedem einzelnen in seinem Ressort sein Recht ließ und sie alle mehr vermittelnd als befehlend schließlich seinem Willen unterordnete. Die weitverbreitete Vorstellung, er habe immer nur gethan, was ihm, namentlich von Moltke, vorgeschlagen worden sei, ist überhaupt ganz falsch; wenn die Größe des Feldherrn in der Geistesschärfe, in der Kunst, die wechselnden Situationen zu beherrschen, in der Willenskraft und in der Charakterstärke beruht, so „überragte hierin König Wilhelm in seiner nüchternen Auffassung schlechthin alle Personen seiner Umgebung," weil eben alle Fäden in seiner Hand zusammenliefen. Er hat weder zu Moltkes noch zu Bismarcks Gunsten jemals abgedankt; wenn er seine oft bessere persönliche Einsicht nicht noch energischer gegen den Widerspruch seiner Umgebung durchsetzte, so beruht das in der milden Vornehmheit seines ganzen Wesens, in der weisen und gütigen Rücksicht auf die verdienten Männer um ihn her.[1])

Bismarcks Darstellung dieser Kämpfe trifft also in sehr wichtigen Punkten das Richtige; aber er hat unzweifelhaft die Wirksamkeit persönlicher Einflüsse und Beweggründe überschätzt, die Ehrlichkeit der sachlichen Gegengründe gegen seine eigne Auffassung unterschätzt und ist dem Könige insofern nicht ganz gerecht geworden, als dieser bei ihm zu sehr unter den Einwirkungen seiner Umgebung steht. Der subjektive Charakter der Gedanken und Erinnerungen verleugnet sich also auch hier nicht.[2])

---

[1]) Er sagte dann wohl mit scharfer Ironie: „Die Herren wissen das ja alles immer besser als ich," Hönig a. a. O. I², 339, der diese ganze Stellung des Königs S. 337 ff. sehr schön und treffend charakterisiert, noch eindringender E. Marcks im Maiheft der Deutschen Rundschau 1899, Bismarck und die Bismarcklitteratur des letzten Jahres 252 f., jetzt in Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen 100 ff.

[2]) E. Marcks a. a. O. 99 A. stimmt dem Urteil über den Gegensatz zwischen Bismarck und den Generalen zu; H. Delbrück ist in der Besprechung der schwierigen Frage (Bismarckhistoriographie, im Juniheft 1899 der Preußischen Jahrbücher) vielfach zu entgegengesetzten Schlüssen gelangt. Er weist nicht nur die Behauptung Bismarcks von dem bestimmenden Einflusse fürstlicher Damen auf die militärischen Entschlüsse vor Paris mit Schärfe zurück, sondern er giebt auch in allen Stücken den Generalen (Moltke und Blumenthal) recht, Bismarck und

Der letzte Teil des Kapitels bespricht die Verhandlungen, die zur Erneuerung des Kaisertums führten, übrigens oft ohne rechte örtliche und zeitliche Bestimmtheit, und fast ohne die Belebung durch charakteristische Szenen, hauptsächlich in kurzem Überblick mit gelegentlichen Erörterungen. Zunächst wird die Stellung des Kronprinzen zur Kaiserfrage erörtert. Den Kaisertitel betrachtete Bismarck als „politisches Bedürfnis," als „werbendes Element" für die deutsche Einheit, als ein Mittel, um „die zu starke Betonung des überlegnen Ansehens der preußischen Krone, wozu auch Wilhelm I. neigte, zu verhindern. Von dem Kaisertitel wollte der König selbst lange nichts wissen; auch der Kronprinz wollte „gleich im Anfange der günstigen Wendung des Kriegs" (1870) nur von einem „König der Deutschen" hören, weil der Kaisertitel, wie ihm „politische Phantasten" eingeredet hatten, undeutsch sei. Der Einwand Bismarcks, daß dann die übrigen deutschen Könige das nicht bleiben könnten, sondern degradiert werden müßten, und daß dies ohne Zwang nicht abgehn werde, obwohl ein solcher doch ausgeschlossen sei, schreckte ihn nicht. Das Tagebuch des Kronprinzen, das 1888 im

---

Roon unrecht, macht Roon zum Vorwurf, daß er sich von Bismarck habe bestimmen lassen, von dessen „ungeheurer Überlegenheit" er als „enger Geist" ganz abhängig gewesen sei, und bezweifelt auch Bismarcks „strategische Einsicht." Er übersieht dabei, daß der Generalstab anfangs selbst für den möglichst raschen artilleristischen Angriff auf Paris war, daß nicht nur Bismarck, sondern auch der König, dessen militärische Einsicht doch nicht wohl bezweifelt werden kann, nur an dieser ursprünglichen Ansicht festgehalten und zuletzt für diese die Entscheidung gegeben hat, daß die später beim Generalstabe überwiegende Ansicht auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhte, daß von Blume selbst zugesteht, für die Überwindung der Transportschwierigkeiten habe mehr geschehen können, als geschehen sei, daß Roon und Moltke, ganz abgesehen von der Beschießungsfrage, in einem gewissen prinzipiellen Gegensatze wegen der Abgrenzung ihrer Ressorts standen, daß endlich Bismarck die allertriftigsten politischen Gründe an einer beschleunigten Übergabe von Paris hatte, keineswegs „in blinder Leidenschaft, der instinktiven Gewaltsamkeit seiner Natur nachgebend, das unsinnige Bombardement forderte." Auch Marcks a. a. O. S. 8 lehnt diese Auffassung rundweg ab. Für unparteiisch kann Delbrücks Urteil, noch ganz abgesehen davon, daß er die Quellen nur sehr unvollständig benutzt hat, also recht oberflächlich verfahren ist, schon deshalb nicht gelten, weil er offenbar die Meinung des Grafen Blumenthal wiedergiebt (vgl. S. 472. 475), dieser aber war und ist — bei aller Anerkennung seiner Bedeutung darf das gesagt werden — doch in dieser Frage selbst einigermaßen Partei.

Oktoberheft der Deutschen Rundschau erschien [1]) und Andeutungen einer Möglichkeit, zwangsweise vorzugehn, enthielt, betrachtet Bismarck, gerade wie in seinem Immediatbericht vom 23. September, als später vielfach tendenziös interpoliert, er hatte aber damals „keine Ahnung," „daß der Fälscher in der Richtung von Geffcken, dem hanseatischen Welfen, zu suchen sei."

Diese Darstellung wird von Bismarckischer Seite ergänzt durch die Mitteilungen von Busch, von der andern Seite durch das Tagebuch des Kronprinzen (mit der Kritik Bismarcks im Immediatbericht und bei Busch III, 243 ff.), seine Vorschläge für die Friedensverhandlungen und die Neuordnung Deutschlands vom 14. August 1870 (aus dem Hauptquartier Blamont in Lothringen) und die Erinnerungen Gustav Freytags in der Schrift: „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" (1889). Dabei ergiebt sich in dem einen Punkte Übereinstimmung, in andern ein scharfer Widerspruch zwischen den Angaben Bismarcks und des Kronprinzen. Während aus dessen Tagebuche die Ansicht durchklingt, daß Bismarck persönlich an der Kaiserkrone nichts gelegen habe, behauptet dieser, daß er sie als ein politisches Bedürfnis betrachtet habe; während nach Bismarck der Kronprinz nur von einem König der Deutschen hat wissen wollen, ist dieser nach seinen eignen Angaben 1870 von Anfang an für das Kaisertum eingetreten, selbst auf die Gefahr hin, gegen die Bundesgenossen Gewalt anzuwenden,

---

[1]) Im Hausministerium liegen oder lagen zwei Tagebücher des Kronprinzen, ein kürzeres und ein längeres, beide von seiner Hand geschrieben, das erste vermutlich ein Auszug, vielleicht auch die Urschrift des harmlosen Teils des zweiten, das zweite offenbar großenteils erst nach dem Kriege verfaßt und mit vielen Zusätzen versehen. Das Tagebuch der Deutschen Rundschau ist aus dem umfänglichern gemacht worden, dessen Interpolationen vielfach politischer Natur und oft äußerst charakteristisch sind. Busch III, 255. 268 (vom 9. Oktober 1888 und 10. Februar 1889). Diesem Urteil des Fürsten Bismarck steht die kurze Bemerkung zu Busch vom 26. September 1888 gegenüber: „Ich selber halte das Tagebuch für noch echter als Sie," Busch III, 243. Volles Licht könnte erst eine eindringende kritische Untersuchung geben, aber schon jetzt wird man sagen dürfen: im ganzen trägt das Tagebuch alle Merkmale der Echtheit, doch mag manches später hinzugesetzt sein. Das damalige Vorgehn des Fürsten gegen die Veröffentlichung verfolgte einen bestimmten politischen Zweck und hatte mit historischer Forschung nichts zu thun.

und dies letzte wird vom Kronprinzen bestätigt. Seine Meinung von den Anschauungen des Kronprinzen konnte sich Bismarck zunächst aus zwei Denkschriften des hohen Herrn, sodann aus mehreren eingehenden Besprechungen mit ihm bilden. Die Denkschrift, gleich nach der Schlacht bei Wörth (6. August) verfaßt und von ihm am 11. August in Petersbach, unweit von Lützelstein, auf dem Marsche durch die Vogesen mit G. Freytag besprochen, aber erst von Blamont in Lothringen aus am 14. August an Graf Bismarck übersandt, behandelte „das bei einem Friedensschluß für Deutschland Wünschenswerte" und berührte die Kaiserfrage nicht; sie wollte in Bezug auf „die endliche Einigung Deutschlands" zunächst ein streng einheitliches Heer unter dem König von Preußen als Bundesfeldherrn, Eintritt der süddeutschen Staaten in den Norddeutschen Bund unter Wahrung ihrer Titulatur und aller Ehrenrechte, auch des Gesandtschaftsrechts, Errichtung eines Oberhauses aus den souveränen deutschen Fürsten und den Häuptern der ehemaligen reichsunmittelbaren Geschlechter, Regelung der gesamtdeutschen Verfassung durch eine konstituierende Versammlung im Anschluß an das bisherige Zollparlament, Übertragung einzelner Geschäftszweige und ihrer Lasten auf die oberste Bundesbehörde, so z. B. der geistlichen und Schulangelegenheiten, im übrigen innere Selbständigkeit der Einzelstaaten.[1]) Unterredungen mit Bismarck hat der Kronprinz in dieser Zeit drei gehabt, die eine am 20. August gegen Mittag („um elf Uhr") in Pont-à-Mousson, wohin er von Nancy herüberkam,[2]) eine andre am Morgen des 3. September in Donchéry nach der Kapitulation von Sedan,[3]) vor der Abfahrt des Hauptquartiers nach Vendresse, eine dritte zwischen diesen beiden Tagen „oder gleich nach Sedan, bei Beaumont oder bei Donchéry — in einer langen Allee —, wo wir neben einander herritten," sagt Bismarck.[4]) Bei der ersten in

[1]) Abgedruckt bei Kohl, Wegweiser durch Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen 123 ff., kurz erwähnt von G. Freytag 20. 21. 29 f.

[2]) Busch I, 91. Freytag 29 f.

[3]) Tagebuch des Kronprinzen vom 3. September. H. Abeken aus Vendresse vom 3. September abends, S. 406.

[4]) Bismarck bei Busch (26. September 1888) III, 245. Des Kronprinzen Tagebuch erwähnt von dieser Unterredung nichts. Der Immediatbericht spricht bestimmt von „einer noch frühern Verhandlung [vor dem 3. September, also bei Beaumont] von mehrstündiger Dauer."

Pont-à-Mousson war vom Kaisertum die Rede, in Donchéry dagegen wesentlich von den Friedensbedingungen, namentlich von der Erwerbung des Elsasses und Lothringens, „bei Beaumont oder Donchéry" von der Bildung eines Oberhauses, die Bismarck ablehnte, und „von Gewalt und Zwangsmaßregeln gegen die Bayern," um sie auch gegen ihren Willen der neuen Ordnung einzufügen, einen Gedanken, den Bismarck „als Treulosigkeit, Mißhandlung und Verrat an Bundesgenossen" und als „Unklugheit, wo wir sie weiter nötig hatten," scharf zurückwies. Auch von andern seltsamen Gewaltplänen hat Bismarck gelegentlich in halbdunkeln Andeutungen mehrfach gesprochen: von einer „Militärverschwörung in Mainz vor dem Einmarsche in Frankreich, von dem Projekt »wie die ersten großen Erfolge bis Sedan da waren«, eines »Soldatenkaisers« über Deutschland," den die Truppen ausrufen sollten, die Bayern mit, endlich von der Absicht, die Könige nach Versailles einzuladen und dort zur Annahme irgendwelcher Bedingungen zu zwingen, was er als „Verrat, Untreue und Undank" verhindert habe,[1]) Dinge, die sich bis jetzt weder anderwärts belegen noch widerlegen lassen, aber doch nicht ganz aus der Luft gegriffen sein können. Freilich bezeichnet Bismarck diese gewaltthätigen Absichten des Kronprinzen, die sich auch an manchen Stellen des Tagebuchs finden (s. unten), in seinem Immediatbericht[2]) als eine spätere Interpolation, eine „Verleumdung des hochseligen Herrn," natürlich, um den übeln Eindruck zu verwischen, den diese Angabe des Tagebuchs besonders in Bayern machen mußte; aber in der Einleitung spricht er wieder von den „zu weit gesteckten Zielen und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Sr. Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren."[3]) Obwohl nun der Kronprinz in der Zeit jener ersten Unterredungen in sein Tagebuch von solchen Absichten nichts eingetragen hat, so beweisen doch spätere Eintragungen, daß ihm derartige Gedanken noch in Versailles nicht fremd gewesen sind. Am 3. November bemerkte er mit Bezug auf eine Äußerung Delbrücks, man könne Bayern nicht mit Ge-

---

[1]) **Busch** III, 229 (7. **April** 1888). II, 115 (30. **Januar** 1871). III, 229. 269 (10. **Februar** 1889).

[2]) **H. Kohl, Bismarck-Regesten** II, 464 ff.

[3]) **Bei Busch nennt er namentlich Roggenbach**, who always was a fool III, 244.

walt zum Eintritt zwingen: „Ich behaupte, daß wir uns unsrer Macht gar nicht bewußt sind, folglich in dem gegenwärtigen weltgeschichtlichen Augenblicke das, was wir ernstlich wollen, auch zweifellos können.“ Am 16. November verzeichnet er aus einem Gespräch mit Bismarck: dieser habe gesagt, man könne den Süddeutschen nicht drohen, weil das sie Österreich in die Arme treiben würde, er aber habe erwidert, Gewalt sei gar nicht nötig; die in Versailles anwesenden deutschen Fürsten möchten nur den Kaiser proklamieren und eine Verfassung mit Oberhaus genehmigen, einer solchen Pression könnten die Könige [von Bayern, Sachsen und Württemberg] nicht widerstehn, worauf nun wieder Bismarck sich mit dem Willen des Königs Wilhelm gedeckt habe.[1]) Mit dem bayrischen Vertrage war der Kronprinz genau so unzufrieden wie die große Mehrheit der politisch Denkenden in Norddeutschland; es sei damit, sagte er nachher, wie Bucher erzählt hat, zu Bismarck, „doch zu wenig erreicht worden. Nach so großen Erfolgen hätte man mehr verlangen müssen. Ja, aber wie sollte man das Verlangen durchsetzen? habe der Chef gefragt. Nun, man muß sie zwingen, sei die Antwort des Kronprinzen gewesen. »Dann kann ich, habe der Kanzler entgegnet, Ew. Königlichen Hoheit nur empfehlen, damit anzufangen, daß Sie die bayrischen Armeekorps hier entwaffnen«, was natürlich ironisch gemeint war.“[2]) Einen gewissen Druck hat also unter Umständen der Kronprinz noch in Versailles anwenden wollen, freilich hier wohl kaum einen andern als den, der in der Benutzung der nationalen Stimmung

---

[1]) Vom „Oberhaus“ spricht der Kronprinz auch unter dem 18. und 27. Oktober, was von Dalwigk beantragt werden sollte, aber an Bayern scheiterte, 29. Oktober, 1. November. Auch von „Reichsministern“ war gleichzeitig die Rede.

[2]) Busch I, 434 (vom 27. November), vgl. III, 250, vgl. die Abhandlung Treitschkes vom 7. Dezember über die Verträge mit den Südstaaten, Deutsche Kämpfe I³, 392 ff. Wenn Bismarck im Immediatbericht sagt: „In Versailles haben Erörterungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Sr. Königlichen Hoheit und mir über die künftige Verfassung Deutschlands nicht mehr stattgefunden,“ so widerspricht dies schon seinen eignen unverdächtigen oben mitgeteilten Äußerungen. Ob freilich die Besprechung mit dem Kronprinzen wirklich auf den 16. November trifft, ist sehr zweifelhaft, da Bismarck seit dem 14. unwohl war; eine Gelegenheit hätte sich vorher am 13. bei der königlichen Tafel geboten. Busch I, 394. 398. 406. 393. H. Kohls Bismarckregesten sind hier unvollständig.

in Volk und Heer zu energischen Forderungen lag. Wer diese Zeit mit erlebt hat, der weiß auch, wie tief der Unmut war über die Schwierigkeiten, die vor allem Bayern dem deutschen Einheitswerke entgegenstellte, und der wird auch den Kronprinzen besser begreifen, als wenn man zwanzig bis dreißig Jahre später nach dem Erfolge darüber urteilt. Ist denn nicht auch der bayrische Landtag thatsächlich gewissermaßen vergewaltigt worden, da die Kaiserproklamation eher stattfand, als er die Verträge genehmigt hatte? Daß Bismarck richtiger sah und die Gesamtlage Europas dabei mehr in Rechnung zog als der Thronfolger, ist sehr natürlich, denn dieser wurde von den wichtigsten Beratungen grundsätzlich ferngehalten,[1]) konnte also auch die Dinge nicht so würdigen wie der Kanzler.

Die Angabe der Gedanken und Erinnerungen über die Absichten des Kronprinzen, einen starken Druck auf widerstrebende Bundesfürsten auszuüben, wird also durchaus und von beiden Seiten her bestätigt. Dagegen beruht die Behauptung, er habe noch 1870 nur von einem „König der Deutschen" oder „von Deutschland" wissen wollen, zweifellos auf einem Irrtum, obwohl Bismarck sie auch sonst fast in derselben Weise wie in den Gedanken und Erinnerungen aufgestellt hat.[2]) Schon zu Anfang 1867 hat der Kronprinz den König zur Annahme des Kaisertitels zu bewegen gesucht, weil er ganz richtig empfand, daß der Titel eines Bundespräsidenten für das Volk „kein ergreifendes Bild" gebe;[3]) bei der Besprechung mit G. Freytag in Petersbach am 11. August 1870 sagte er sofort auf dessen gründlich unhistorischen und unpraktischen Vorschlag, den König von Preußen nur als Kriegsherrn oder Herzog von Deutschland zu bezeichnen: „Nein, er muß Kaiser werden," und wies Freytags historische Bedenken, die auf der lange herrschenden Ver-

---

[1]) Einleitung zum Immediatbericht, vgl. Busch III, 204.

[2]) Gegenüber Busch am 10. Februar 1889, III, 269: „(Es) fehlt bei ihm [dem Tagebuche des Kronprinzen] der erste Akt der Verhandlungen, wo ich den Kronprinzen von seiner wohl aus Baden stammenden Ansicht abzubringen hatte, daß die Kaiseridee undeutsch, Deutschland schädlich sei —. Er wollte deshalb nur einen König von Deutschland oder der Deutschen u. s. f." Natürlich fehlt dieser „erste Akt," denn diesen Gedanken hatte der Kronprinz damals längst aufgegeben.

[3]) Sybel V, 463.

urteilung der deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters beruhten, mit sicherm Takte ab.[1]) Gegenüber Bismarck hat er dann am 20. August in Pont-à-Mousson zum erstenmale vom Kaisertum gesprochen, am 3. September erwähnt er im Tagebuche die Kaiseridee, am 30. September trug er dem widerstrebenden König seinen Gedanken vor und betonte, der Titel sei nötig wegen der drei Könige. Die Idee wurzelte bei ihm tief ebenso in seiner warmen deutsch-nationalen Gesinnung, wie in seinem Stolze auf die Größe seines Hauses, und er entsprach damit, was er sehr gut wußte, der Volksstimmung vor allem in Süddeutschland, wie er in der Frage der Verträge dem natürlichen Empfinden Ausdruck gegeben hat. Das Verdienst, für ihre Verwirklichung mit begeistertem Eifer eingetreten zu sein, kann und darf dem edeln, warmherzigen Manne, dessen ganzes Leben soviel Tragisches hat, nicht verkümmert werden.[2]) Das hat natürlich auch nicht in der Absicht des Fürsten Bismarck gelegen; er hat offenbar nur das, was der Kronprinz 1866 in Nikolsburg vorgeschlagen hat, den König von Preußen zum König von Deutschland, die drei andern Könige zu Herzögen zu machen, als die deutschen Dinge noch flüssiger und die drei Könige unter den besiegten Gegnern Preußens waren, in der Erinnerung verwechselt mit dem, was 1870 geschehen ist.[3]) Wunderlicherweise hat er aber die richtige Version selbst einmal im September 1888 erzählt, ist also selbst in seinem Gedächtnis unsicher gewesen.[4]) Das Seltsamste dabei ist, daß er bei der Redaktion der Gedanken und Erinnerungen nicht auf diesen Widerspruch mit sich selbst und mit Sybel aufmerksam geworden ist.

Von den Verhandlungen mit den Südstaaten, die zur Erneuerung des Kaisertums führten, erzählt Fürst Bismarck als von bekannten Dingen nichts. Aber er übergeht auch sehr wichtige Punkte, die bisher unbekannt waren und doch auf die Schwierigkeit der Verhandlungen namentlich mit Bayern, also auch auf den Wert des schließlich Erreichten

---

[1]) Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone, 21 ff. Vergl. übrigens Treitschke a. a. O. 405.

[2]) Philippson, Kaiser Friedrich III., 142 ff.

[3]) Sybel V, 463. Als Bismarck ihm einwarf: „Aber sie werden nicht wollen“ rief der Kronprinz aus: „Sie werden müssen!“

[4]) Busch III, 245.

ein helles Licht werfen und zugleich die auffallende Haltung König Ludwigs II. in späterer Zeit erklären helfen. Der erste Punkt betrifft das Wiederaufleben des alten bayrischen Lieblingsplanes, die badisch gewordne Pfalz (mit Heidelberg) zu erwerben und dafür Baden durch das Elsaß oder einen Teil davon zu entschädigen, als wenn Deutschland noch in den Zeiten napoleonisch-rheinbündischen Länderschachers gelebt hätte, wo sich deutsche Mittelstaaten ihre Dienste von einem fremden Gewaltherrn mit Fetzen deutschen Bodens bezahlen ließen! Diesen Plan erwähnte schon im September 1870 der badische Gesandte R. von Mohl in München in einem Bericht an seine Regierung, der damals dem Grafen von Bismarck mitgeteilt und in dessen Auftrag auszugsweise in die Presse gebracht wurde, als den Gedanken auch nicht ultramontaner bayrischer Partikularisten; dann ließ König Ludwig selbst, auf eine mögliche Zusage einer Entschädigung für die Abtretungen im Jahre 1866 fußend, den Bundeskanzler wegen desselben Plans sondieren, doch lehnte dieser rundweg ab mit der Bemerkung, eine badische Gebietsabtretung sei ein noli me tangere. Ebenso wenig Glück hatte die Münchner Politik mit dem wunderlichen phantastischen Plane eines zwischen Preußen und Bayern alternierenden Kaisertums, dessen Träger Ludwig II. bei seiner Jugend und dem hohen Alter König Wilhelms mit Sicherheit bald zu werden hoffen durfte. Als Graf Bray im November 1870 dem Bundeskanzler diesen Vorschlag machte und hinzufügte, dieser könne ja zunächst mit Württemberg und Baden, erst dann auch mit Bayern in diesem Sinne abschließen, benutzte Bismarck dies, um sich sofort mit den württembergischen Ministern von Suckow und Mittnacht, die über die Aussicht auf einen Wittelsbachischen Kaiser „außer sich vor Wut" waren, zu verständigen, auf diese Weise Bayern zu isolieren und ebenfalls zum Abschluß zu drängen (23. November), ohne das „alternierende" Kaisertum.[1]) Eine Andeutung, die Prinz

[1]) Busch I, 252. Louise von Kobell, König Ludwig II. und Fürst Bismarck 1870, S. 27, vgl. 48. Louise von Kobell ist die Gattin des frühern königlichen Kabinettschefs Eisenhart und über die Vorgänge des Jahres 1870 in München sehr gut unterrichtet. Von einem zwischen Preußen und Bayern abwechselnden Direktorium des Bundes wurde schon in den ersten Tagen des Krieges von bayrischen Staatsmännern gesprochen. Treitschke, Deutsche Kämpfe I[3], 396.

Luitpold noch am 10. Januar 1871 dem König Wilhelm über die „Verstimmung" machte, die in Bayern [d. h. beim König Ludwig II.] wegen dieses Fehlschlags herrsche, beachtete Wilhelm I. weiter nicht.[1]) Aber es ist klar, wie vorsichtig Bismarck Bayern und besonders den König Ludwig behandeln mußte, um überhaupt zum Ziele zu kommen, wie unvermeidlich also auch die wenig glückliche Verwandlung Elsaß-Lothringens in ein Reichsland war, wie unbegründet daher die Meinung ist, er habe mehr erreichen können. Aber wie kleinlich und rückständig erscheint doch auch diese damalige Wittelsbachische Politik, die das selbstverständliche und vertragsmäßige Eintreten Bayerns für das gesamtdeutsche Interesse in einem doch wesentlich für die Sicherung Süddeutschlands geführten Krieg mit Sondervorteilen bezahlt haben wollte, ohne zu bedenken, daß Preußen, obwohl es von den sechzehn deutschen Armeekorps allein nahezu zwölf ins Feld gestellt hatte, für sich nicht einen Fußbreit Landes zur „Belohnung" begehrte!

Bismarck hat also auch hier Dinge nicht berichtet, die ihm nur zum Ruhme gereichen, offenbar, weil sie in Bayern nur gemischte Empfindungen erwecken könnten, er hat vielmehr seine Erzählung zusammengedrängt auf die Geschichte des „Kaiserbriefs," in dem Ludwig II. dem König Wilhelm die Kaiserkrone bot. Auch dieser hat freilich eine von ihm nicht berichtete Vorgeschichte. Schon am 31. Oktober hatte der Großherzog von Baden dem König Ludwig über die Erneuerung der Kaiserkrone geschrieben und ihm eine vertrauliche Zusammenkunft vorgeschlagen. Da er aber darauf keine Antwort erhielt und wenige Tage später nach Versailles berufen wurde, wo er nach dem Zeugnis des Kronprinzen „wie ein guter Genius" wirkte, so sandte er um Mitte November den Staatsrat Heinrich Gelzer mit einem „konfidentiellen Briefe" an Ludwig II. nach München.[2]) Dieser traf hier zwar nicht den König an, der vielmehr in seiner Gebirgseinsamkeit von Hohenschwangau blieb und dem Großherzog nur schriftlich dankte, hatte aber am 18. November mit seinem Kabinettschef Eisenhart eine eingehende

[1]) Bismarck bei Busch II, 115 f. am 30. Januar 1871. Inhalt eines Briefes Kaiser Wilhelms über die Audienz bei Busch II, 47. Auch in den Gedanken und Erinnerungen I, 352 erwähnt Bismarck diesen Gedanken (des Königs) „als außerhalb des Gebietes politischer Möglichkeit liegend" und „unpraktisch."

[2]) L. von Kobell 32 ff.

Besprechung, um Ludwig II. zu einer Zusammenkunft mit dem Großherzog, womöglich zu einer Reise nach Versailles zu bewegen, wo schon das Schloß Trianon für ihn in Stand gesetzt wurde.[1]) Der König aber antwortete Eisenhart, als ihm dieser berichtete: „Ich weiß recht gut, daß in gar mancher Hinsicht eine Reise von mir ins Hauptquartier ratsam wäre und politische Vorteile brächte, das versteht sich von selbst, aber ich fühle mich leidend und angegriffen; auch hängt meine Reise von den gewünschten Garantien ab, sonst gehe ich nicht nach Versailles; dabei bleibt es, das ist meine Wille." In der That blieb es dabei, der menschenscheue, auf seine Würde höchst eifersüchtige König kam nicht nach Versailles. Aber als der Vertrag am 23. November abgeschlossen war, und die Anerkennung der Kaiserwürde durch die übrigen Staaten bevorstand, da drängten Bray und Eisenhart ihren Herrn zu einem entscheidenden Schritte, zum Angebot der Kaiserkrone vorwärts, da eine bloße Zustimmung zu den Beschlüssen andrer nicht den gleichen Wert haben würde. Entscheidend dafür mußte es auch wirken, daß sich König Johann von Sachsen für den Fall einer Weigerung des Königs von Bayern schon bereit erklärt hatte, die Kaiserkrone anzubieten.[2]) So sehr es dem Wittelsbacher „als dem Sprossen eines uralten, schon vor tausend Jahren ruhmvollen Geschlechts" widerstrebte, den Antrag zu stellen, er entschloß sich doch und sandte, nachdem er sich der Zustimmung der Mitglieder des königlichen Hauses versichert hatte, seinen Oberstallmeister Grafen Holnstein nach Versailles, das die bayrischen Minister am 26. November verließen.

Erst in diesem Moment setzt Bismarcks Erzählung ein. Er bittet Holnstein „in dem Augenblicke, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms zu scheitern drohte," ein Schreiben an Ludwig II. zu befördern, das er sofort noch auf dem abgedeckten Eßtisch aufsetzt. Mit diesem tritt der Graf seine Reise binnen zwei Stunden am 27. November an, legt sie in vier Tagen zurück, trifft den König bettlägerig, wird aber endlich vorgelassen und übergiebt Bismarcks „Kaiserbrief," den der König zweimal aufmerksam durchliest; dann fordert dieser Schreibzeug und schreibt den

---

[1]) Busch I, 433 (vom 27. November).

[2]) Bismarck am 20. Juni 1884, bei Poschinger, Tischgespräche II, 125.

gewünschten Brief mit dem Angebot der Kaiserkrone nach dem von Bismarck ihm mit übersandten Konzept. Am 3. Dezember langt Holnstein wieder in Versailles an, an demselben Tage überreicht Prinz Luitpold das Schreiben dem König Wilhelm. Es „bildete ein gewichtiges Moment für das Gelingen der schwierigen und vielfach in ihren Aussichten schwankenden Arbeiten, die durch das Widerstreben des Königs Wilhelm und durch die bis dahin mangelnde Feststellung der bayrischen Erwägungen veranlaßt waren.“

Zu dieser Darstellung hat Fürst Bismarck selbst mehrfache Ergänzungen geliefert. Schon am 8. Dezember 1870 erzählte er bei Tisch kurz, aber höchst anerkennend von Holnsteins Reise, dann wieder ausführlicher am 31. Januar 1871[1]): „Er hat fast das Unmögliche geleistet. In sechs Tagen machte er die Reise hin und zurück, achtzehn Meilen ohne Eisenbahn und bis ins Gebirge hinauf nach dem Schlosse [Hohenschwangau], wo der König sich aufhielt, und dabei war seine Frau noch krank. Er kommt an im Schlosse, findet den König unwohl — Zahngeschwür — oder an den Folgen mit Chloroform leidend. Er ist nicht zu sprechen. — Ja er hätte einen Brief von mir abzugeben, sehr dringend. Hilft auch nichts, der König will ungestört sein, sich an diesem Tage mit nichts befassen. Zuletzt aber war er doch begierig zu wissen, was ich ihm mitzuteilen hatte, und der Brief fand eine gute Statt. Nun aber fehlte es wieder an Papier und Tinte und an allem andern zum Schreiben. Sie schicken einen Reitknecht fort, und der kommt endlich mit Papier zurück, mit grobem, und der König antwortete wie er ist, im Bette, und das Deutsche Reich war gemacht.“ Als er dieselbe Erzählung mit geringen Abweichungen bei einem parlamentarischen Frühschoppen am 20. Juni 1884 wiederholte, fügte er noch einiges von Holnsteins Ankunft in Hohenschwangau hinzu, „von seinem Wortwechsel durch und mit dem Kabinettssekretär Ziegler, von seinem stundenlangen Antichambrieren in der Nacht und insbesondre von der schließlichen persönlichen Übergabe der Briefe [Bismarcks], sowie von der Übergabe des berühmten königlichen Ent-

---

[1]) Busch I, 435. II, 116. Holnstein war am 25. November angekommen, Tagebuch des Kronprinzen (wenn das Datum richtig ist).

schlusses bei Tagesgrauen."[1]) Graf Holnstein war am 27. November und am 3. Dezember bei Bismarck zu Tisch; an jenem Tage schrieb Bismarck den Brief an den König „abends zwischen sieben und acht Uhr . . . in aller Eile" und ließ dem Grafen Holnstein sagen, er müsse um neun Uhr aufbrechen; dieser aber reiste schon um acht Uhr ab. Nach der Rückkehr sagte Graf Bismarck-Bohlen, des Kanzlers Vetter und Sekretär, zu ihm: „Es ist eine weltgeschichtliche Tour, die Sie gemacht haben," und L. Bucher bemerkte zu Busch: „Der Graf ist in der Kaiserfrage weggewesen und bringt gute Nachricht mit." Der Kanzler hatte ihn sofort nach seiner Ankunft um Mittag empfangen und dann Champagner bestellt.[2])

Über die Vorgänge in München giebt L. von Kobell noch einige merkwürdige Ergänzungen.[3]) Graf Holnstein (der am Abend des 29. November in Hohenschwangau eingetroffen war) kam am 30. November nach München, eilte ins Residenztheater zum Kabinettschef Eisenhart, „teilte ihm kurz den Sachverhalt mit und überreichte ihm im Namen Sr. Majestät ein versiegeltes, an Eisenhart adressiertes Couvert. Es enthielt einen eigenhändig von Ludwig II. geschriebnen Brief an den König von Preußen und einen an meinen Mann. Dem letztern Schreiben lag der Gedanke zu Grunde, ob etwa angesichts der deutschen Verfassungsfrage und der Sachlage ein anders gefaßter Brief als besser und angemessener sich herausstellen würde. Dem Schreiben war die ausdrückliche Ermächtigung beigefügt, den Brief an den König von Preußen nach eignem Ermessen Eisenharts eventuell nicht abgehn zu lassen." Mit der Last dieser ungewöhnlichen Verantwortung beladen begab sich Eisenhart „tags drauf [1. Dezember] in früher Morgenstunde" zum Minister von Lutz, und als dieser „sich unbedingt einverstanden" erklärte, übergab er das Schreiben des Königs dem Grafen Holnstein, der auf der Stelle die Rückkehr nach Versailles antrat. Am

[1]) Über diese Erzählung haben wir zwei Berichte von Ohrenzeugen, die sich mehrfach ergänzen, dem rheinischen Abgeordneten von Lohren vom 22. Juni bei Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier I, 270 f. und dem sächsischen Abgeordneten Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen i. V. bei Poschinger, Tischgespräche und Interviews II, 124 f. (mit einzelnen Ungenauigkeiten).

[2]) Busch I, 435. 469. Der Kanzler selbst speiste am 3. Dezember beim König.

[3]) S. 39 f.

nächsten Tage (2. Dezember) richtete Ludwig II. noch an Bismarck einen Brief in überaus gnädigen und bewundernden Worten.[1])

Noch eine besondre Erörterung verlangen die Briefe Bismarcks. Es handelt sich zunächst um zwei Briefe, das Konzept für den Kaiserbrief des Königs von Bayern und das Schreiben an den König mit der Aufforderung, die Kaiserkrone anzubieten. Zu dem ersten gab Graf Holnstein, der seinen Herrn genau kannte, dem Bundeskanzler unmittelbar die Veranlassung, indem er zu ihm sagte: „Wissens was, Exzellenz, schreibens gleich selbst einen Brief auf, so wie er sein soll, sonst giebts hintennach doch wieder Anstand.“[2]) Der Text des zweiten liegt uns jetzt in zwei Redaktionen vor, in dem Konzept, das Bismarck auf dem Eßtisch schrieb, und in der Reinschrift, die er dem König sandte. Nach dem ersten giebt Fürst Bismarck selbst in den Gedanken und Erinnerungen I, 353 f. den Brief, nach der zweiten teilt ihn jetzt L. von Kobell, in deren Hände er als ein Geschenk des Königs an ihren Gemahl gekommen ist, im Faksimile und im Abdruck mit. Beide Fassungen sind von einander im einzelnen nicht unwesentlich verschieden, was die folgende Nebeneinanderstellung beider Texte ergiebt; charakteristisch besonders ist der Zusatz der Reinschrift mit der fein berechneten Motivierung, warum der Antrag gerade von dem König von Bayern ausgehn müsse, wie denn überhaupt der ganze Brief, an seinem Zwecke gemessen, ein Meisterstück ist, so sehr sich sachlich manches anfechten läßt.

Konzept	Reinschrift
Gedanken und Erinnerungen I, 353 f.	L. von Kobell, König Ludwig II. und Fürst Bismarck 1870, S. 45 f.

NB. Alle in der Reinschrift veränderten oder neu hinzugefügten Worte und Sätze sind gesperrt.

Konzept	Reinschrift
Versailles, 27. November 1870.	Versailles, 27. November 1870.
Allerdurchlauchtigster, großmächtigster König, Allergnädigster Herr!	Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!
Für die huldreichen Eröffnungen, welche mir Graf Holnstein auf	Für die huldreichen Eröffnungen, welche mir Graf Holnstein auf

[1]) G. u. E. I, 354.

[2]) L. von Kobell S. 39 nach Graf Holnsteins eigner Erzählung. — Der Kronprinz drückt in seinem Tagebuch vom 30. November ein gelindes Erstaunen über den Vorgang aus.

Befehl Ewr. Majestät gemacht hat, bitte ich Allerhöchstdieselben den ehrfurchtsvollen Ausdruck meines Dankes entgegennehmen zu wollen. Das Gefühl meiner Dankbarkeit gegen Ew. Maj. hat einen tieferen und breiteren Grund als den persönlichen in der amtlichen Stellung, in welcher ich die hochherzigen Entschließungen Ewr. Maj. zu würdigen berufen bin, durch welche Ew. Maj. beim Beginne und bei Beendigung dieses Krieges der Einigkeit und der Macht Deutschlands den Abschluß gegeben haben. Aber es ist nicht meine, sondern die Aufgabe des deutschen Volkes und der Geschichte, dem durchlauchtigen bairischen Hause für Ewr. Maj. vaterländische Politik und für den Heldenmut Ihres Heeres zu danken. Ich kann nur versichern, daß ich Ewr. Maj., so lange ich lebe, in ehrlicher Dankbarkeit anhänglich und ergeben sein und mich jederzeit glücklich schätzen werde, wenn es mir vergönnt wird, Ewr. Maj. zu Diensten zu sein.

In der deutschen Kaiserfrage habe ich mir erlaubt, dem Grafen Holnstein einen kurzen Entwurf vorzulegen, welchem der Gedankengang zu Grunde liegt, der meinem Gefühl nach die deutschen Stämme bewegt: der deutsche Kaiser ist ihrer aller Landsmann, der König von Preußen ein Nachbar, dem unter diesem Namen Rechte, die ihre Grundlage nur in der freiwilligen Uebertragung durch die deutschen Fürsten und Stämme finden, nicht zustehen. Ich glaube,

Befehl Ewr. Maj. gemacht hat, bitte ich Allerhöchstdieselben, den ehrfurchtvollen Ausdruck meines Dankes gnädig entgegennehmen zu wollen; mein Gefühl der Dankbarkeit gegen Ew. Maj. hat einen tieferen und breiteren Grund als den persönlichen, in der amtlichen Stellung, in welcher ich die hochherzigen Entschließungen zu würdigen berufen bin, durch welche Ew. Maj. bei dem Beginn und bei dem bevorstehenden Ende dieses großen Nationalkrieges den Abschluß gegeben haben. Aber es ist nicht meine, sondern die Aufgabe des deutschen Volkes und seiner Geschichte, dem durchlauchtigsten Bayrischen Hause für Ewr. Majestät deutsche Politik und für den Heldenmut Ihres Heeres zu danken. Ich kann nur versichern, daß ich, so lange ich lebe, Ewr. Maj. in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit anhänglich und ergeben sein und mich jederzeit glücklich schätzen werde, wenn es mir vergönnt wird, Ewr. Maj. zu Diensten sein zu können.

Bezüglich der deutschen Kaiserfrage ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Ermessen vor allem wichtig, daß deren Anregung von keiner andern Seite und namentlich nicht von der Volksvertretung zuerst ausgehe. Die Stellung würde gefälscht werden, wenn sie ihren Ursprung nicht der freien und wohlerwognen Initiative des mächtigsten der dem Bunde beitretenden Fürsten verdankt.

daß der deutsche Titel für das Präsidium die Zulassung desselben erleichtert, und die Geschichte lehrt, daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, Preußen eingeschlossen, die Existenz des von ihnen gewählten Kaisers niemals als eine Beeinträchtigung ihrer eignen europäischen Stellung empfunden haben. v. Bismarck.

Ich habe mir erlaubt, dem Grafen Holnstein den Entwurf einer etwa an meinen allergnädigsten König und mit den nötigen Aenderungen der Fassung, an die anderen Verbündeten zu richtenden Erklärung auf seinen Wunsch zu übergeben. Demselben liegt der Gedanke zu Grunde, welcher in der That die deutschen Stämme erfüllt: der Deutsche Kaiser ist ihr Landsmann, der König von Preußen ihr Nachbar; nur der deutsche Titel bekundet, daß die damit verbundenen Rechte aus freier Uebertragung der deutschen Fürsten und Stämme hervorgehen. Daß die großen Fürstenhäuser Deutschlands, das Preußische mit eingeschlossen, durch das Vorhandensein eines von ihnen gewählten deutschen Kaisers in ihrer hohen europäischen Stellung nicht beeinträchtigt wurden, lehrt die Geschichte.

In tiefer Ehrfurcht ersterbe ich Ew. Maj. unterthänigster treugehorsamster Diener

v. Bismarck.

In keiner dieser beiden Fassungen findet sich nun aber sonderbarerweise das argumentum ad hominem, die Erinnerung an das „besondre Wohlwollen, welches die bayrische Dynastie zu der Zeit, wo sie in der Mark Brandenburg regierte (Kaiser Ludwig), während mehr als einer Generation meinen Vorfahren erwiesen habe.“ [1]) Schon am 4. Dezember 1870 spielte Bismarck im Tischgespräche auf diese kluge Wendung an,

---

[1]) Die Wittelsbacher hatten die Mark 1323 bis 1373 inne. Über die Stellung der Bismarcke zu den Wittelsbachern s. G. Schmidt, Schönhausen und die Familie von Bismarck (2. Aufl. 1898) 33 ff.

die dem König wirklich sehr gefiel, und ebenso bei dem parlamentarischen Frühschoppen am 20. Mai 1889, beide male so, daß sie, mindestens auf den ersten Blick, als Teil des amtlichen Briefes an den König erscheint,[1]) und das kann sie weder nach der einen noch nach der andern Fassung, weder nach dem Konzept noch nach der Reinschrift gewesen sein. Das Rätsel löst sich durch eine, wie es scheint, bisher kaum beachtete Äußerung des Fürsten am 20. Juni 1884: er habe dem (amtlichen) Schreiben an den König einen privaten Brief beigelegt, um seinen Ratschlägen ein erhöhtes Gewicht zu geben, ein Ausnahmefall in seinem politischen Leben. Der private Teil des Schreibens [? soll wohl heißen: das Privatschreiben] habe nur darin bestanden, daß er nicht bloß als Staatsmann dem Könige rate, die Initiative zu ergreifen, sondern als alter Freund der bayrischen Dynastie. In der Familie Bismarck sei es unvergessen, daß ihr Stammsitz Schönhausen ein Lehen Heinrichs des Löwen gewesen, und er gebe seine Ratschläge dem Könige gewissermaßen als ein alter treuer Vasall.[2]) Bei den andern Erzählungen hat sich der Fürst nur nicht genau ausgedrückt, oder später selbst beide Briefe nicht mehr auseinandergehalten. Jedenfalls hat er am 27. November nicht zwei, sondern drei Schriftstücke an König Ludwig gesandt, das verlangte Konzept zu dessen Kaiserbriefe, das amtliche Aufforderungsschreiben und einen ganz persönlichen Privatbrief.[3])

Zu der Erzählung von der Überreichung des Kaiserbriefs durch Prinz Luitpold am 3. Dezember geben Abeken und das Tagebuch des Kronprinzen noch manche Ergänzungen. Der Prinz erschien beim König nachmittags vor der Tafel. Der König hatte von dem vertraulichen Auftrage des Grafen Holnstein zunächst nichts erfahren, sondern angenommen, er sei nur gekommen, um Vorsorge für die Unterbringung seines Herrn in Versailles zu treffen, und er hatte sich gewundert, daß

---

[1]) Busch I, 476. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier III, 213.

[2]) Poschinger a. a. O. I, 270 f.

[3]) Auf die im Text geäußerte Vermutung ist jetzt auch E. Marcks gekommen, S. 41 f. Das Original dieses „Beibriefes“ wird sich schwerlich jemals finden, weil Ludwig II. die eigentümliche Gewohnheit hatte, solche an ihn gerichtete Schreiben nach der Erledigung zu vernichten und dieses Schicksal auch dem „Kaiserbriefe“ Bismarcks ohne Eisenharts Einsprache bereitet hätte.

er so plötzlich wieder abgereist sei. Erst eine unvorsichtige Äußerung Abekens beim Vortrag am Abend des 1. Dezember verriet ihm die Sache, und ein Billet des Großherzogs von Baden mit der Nachricht, nach einem Telegramm Gelzers aus München reise Graf Holnstein mit dem Angebot der Kaiserkrone soeben ab, klärte ihn völlig auf. Er zürnte weder dem Kanzler noch Abeken, sondern dankte diesem freundlich, daß er ihm „Zeit gegeben habe, sich auf den Gedanken vorzubereiten.“ Beim Empfange des Prinzen war er „gerührt und bewegt,“ gab aber noch keine sachliche Antwort. Nach Tisch hielt ihm Bismarck im Beisein des Kronprinzen Vortrag darüber und las den Brief vor. Der König fand ihn mit Rücksicht auf die schweren, wie es schien, noch nicht einmal abgeschlossenen Kämpfe der letzten Tage „so zur Unzeit wie möglich,“ doch bemerkte Bismarck, „die Kaiserfrage habe nichts mit den augenblicklichen Kämpfen zu thun.“ „Als wir das Zimmer verließen, reichten Bismarck und ich uns die Hand; mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt, jetzt ist das fünfundsechzigjährige Interregnum, die kaiserlose, die schreckliche Zeit vorbei, wir verdanken dies wesentlich dem Großherzog von Baden, der unausgesetzt thätig gewesen.“ [1])

Daß König Wilhelm in treuer Anhänglichkeit an seine preußischen Traditionen und im stolzen Selbstgefühl seiner ererbten Souveränität der Annahme einer Würde, die ihm als eine übertragne und daher minderwertige erschien, ursprünglich abgeneigt war, bezeugt er selbst in einem Briefe an seine Gemahlin vom 18. Januar 1871 [2]) und wird auch von Abeken wie von Schneider ausdrücklich noch bezeugt. Besonders scheint es ihm dann unangenehm gewesen zu sein, daß sich der Reichstag, noch bevor er sich selbst ausgesprochen, und alle Fürsten zugestimmt hatten, für den Kaisertitel erklärte, und die Aussicht, die Kaiserdeputation unter Simson empfangen zu müssen, war ihm deshalb zunächst ein peinlicher Gedanke. [3]) „Der König will nichts vom Em=

---

[1]) Der Text des Kaiserbriefs, der am 5. Dezember dem Reichstage vorgelegt wurde, u. a. bei Oncken, Zeitalter des Königs Wilhelm II, 295 f. Abeken 460 und 463 vom 5. und 8. Dezember, Tagebuch des Kronprinzen vom 3. Dezember.

[2]) Bei Oncken, Unser Heldenkaiser 218 f.

[3]) Abeken 468 vom 10. und 13. Dezember. Schneider III, 117.

pfange der Deputation hören, schreibt der Kronprinz am 16. Dezember, doch lebt er sich mehr und mehr in die Sache ein," und der Großherzog von Baden wirkte „wie ein guter Genius." So empfing er sie denn am 18. Dezember nachmittags 2 Uhr durchaus gnädig, wenn auch unter Vorbehalt der Zustimmung sämtlicher Fürsten.[1]) Dann setzten der Kronprinz und der Großherzog den Entwurf zur Kaiserproklamation auf und bestimmten den König, in die Proklamation am 18. Januar zu willigen; bei der Feststellung der Insignien wirkte der Hausminister von Schleinitz mit.[2])

Ausführlicher als über diese Fragen berichtet Fürst Bismarck über die Schwierigkeiten, die in der Form des Kaisertitels lagen. König Wilhelm wollte „Kaiser von Deutschland" heißen, Bismarck schlug „Deutscher Kaiser" vor, weil jene Form den Anspruch auf Souveränität über ganz Deutschland in sich schließe, und wurde darin vom Kronprinzen und vom Großherzog von Baden unterstützt. Noch in der Schlußberatung am 17. Januar, der auch der Kronprinz und Schleinitz beiwohnten, wollte der König von einem „Deutschen Kaiser" trotz aller Beispiele Bismarcks (römischer Kaiser, russischer Kaiser) und obwohl jene Form schon in § 11 der Reichsverfassung aufgenommen worden war, nichts hören, wurde sogar heftig und blieb beim „Kaiser von Deutschland." Wie sehr sich Bismarck innerlich mit diesem Zwiespalt beschäftigte, sieht man daraus, daß er diese Frage auch im Kreise „seiner Leute" mehrmals, am 12., 13. und 22. Januar erörterte; auch war er nach jener Konferenz sehr verstimmt und reizbar.[3]) Die Bezeichnung als „Deutscher Kaiser" setzte er allerdings bei der Proklamation am 18. Januar durch, aber der Kaiser verübelte ihm das als eine Eigenmächtigkeit derart, daß er ihn nach der Feier ignorierte. Mit dieser fast tragischen Szene schließt das Kapitel. Kein Wunder, daß Bismarck am Abend seiner Umgebung „ermüdet und abgespannt" erschien.[4])

---

[1]) Busch I, 540 und die dort angeführte Litteratur.

[2]) Tagebuch des Kronprinzen vom 28. Dezember, 8., 12. und 15. Januar. Abeken 477 vom 1. Januar.

[3]) Busch II, 38. 42. 69. Abeken 487 (vom 17. Januar abends). Tagebuch des Kronprinzen vom 17. Januar. Über den Zorn des Königs s. Bismarck bei Busch III, 269 (10. Februar 1889).

[4]) Busch II, 61.

Das Ergebnis der Untersuchung ist also dies: die Darstellung ist in diesen Kapiteln keineswegs vollständig, sie hat vielmehr große Lücken. Sie greift im ganzen nur bestimmte Gruppen von Ereignissen heraus und zwar solche, an denen Bismarck einen starken persönlichen Anteil gehabt hat. Aber auch darüber hinaus werden sehr wichtige Dinge, bei denen dies der Fall gewesen ist, und die sogar für das Verständnis des wirklich Erzählten unentbehrlich sind, weggelassen, offenbar aus taktischen Gründen, zu ganz bestimmten praktischen Zwecken, denn ohne Zweck hat der Historiker Bismarck so wenig geschrieben wie der Staatsmann gehandelt. „Die historische Objektivität, das Verantwortlichkeitsgefühl des Historikers gegenüber den geschichtlichen Wirklichkeiten besitzt er nicht,“ sagt Marcks S. 123 mit Recht. Die berichteten Thatsachen sind in diesen Kapiteln zum größten Teile stichhaltig, in viel höherm Grade als etwa in den Abschnitten aus der Zeit des Krimkriegs, deren Unzuverlässigkeit jüngst Max Lenz in der Deutschen Rundschau überzeugend dargethan hat; doch fehlt es auch hier nicht an wesentlichen Irrtümern, Verschiebungen und Färbungen. Am zuverlässigsten und zugleich am anschaulichsten ist die Darstellung da, wo sie einzelne Szenen vorführt, die sich in ihrer Gegenständlichkeit fest seinem Gedächtnis eingeprägt und in mehrfacher mündlicher Wiedergabe schon feste Formen angenommen hatten; dagegen ist sie bei größern Zusammenhängen oft durch Unsicherheit des Gedächtnisses oder durch unwillkürliche Färbung aus einer spätern Auffassung heraus oder auch durch die nachwirkende Erregung des alten Kampfes getrübt. Daß also die Gedanken und Erinnerungen bei aller subjektiven Wahrheit weder eine vollständige noch eine objektive noch eine unbedingt glaubwürdige Geschichtsdarstellung sind, lehrt jede eingehendere Betrachtung auch dieser Kapitel und wird jede weitere Forschung lehren.



Tagebuchblätter

von

Moritz Busch

3 Bände

Preis: Broschiert 21 Mark; in Leinwand gebunden 25 Mark; in Halbfranzbänden 28 Mark

Band I: Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich 1870—71 bis zur Beschießung von Paris

Band II: Graf Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich 1870—71 bis zur Rückkehr nach Berlin — Wilhelmstraße 76 — Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1871—1880 — Varzin, Schönhausen, Friedrichsruh

Band III: Denkwürdigkeiten aus den Jahren 1880—1893 — Aus Buchers Aufzeichnungen — Anhang: Jugendideale — In den Kreisen der Gothaner — Im schleswig-holsteinischen Krieg und unter den Augustenburgischen — Die Kriegswochen von 1866 in Leipzig

Über die Buschschen Tagebuchblätter ist schon seit einem Jahre, als sie zuerst im Englischen erschienen, und dann später, nachdem nach Bismarcks Beisetzung am 16. März d. J. die von diesem Tage datierte deutsche Ausgabe der Öffentlichkeit übergeben ist, so viel geschrieben worden, und es sind auch bereits so viele Details aus ihrem überreichen Inhalt durch die Tagesblätter bekannt geworden, daß es angebracht erscheint, hier nur Weniges zur Orientierung hervorzuheben. . . . Der Text der Tagebuchblätter beginnt mit dem Februar 1870 und schließt mit dem 6. Mai 1893, an welchem Tage Buschs letzter Besuch in Friedrichsruh endigte. Bd. III, S. 340 erfahren wir, daß zunehmende Verschlechterung im Befinden des betagten Verfassers die Möglichkeit weitern persönlichen Verkehrs ausgeschlossen, Bismarck jedoch noch wenige Monate vor seinem Tode, am 26. Januar, mit eigenhändiger Namensunterschrift dem „lieben alten Freunde" und „Kriegskameraden" zur goldnen Hochzeit gratuliert habe. . . . Dankenswerte Beigaben sind ein Sachregister und ein Namenregister, sowie namentlich eine die betreffenden Seitenzahlen angebende Zusammenfassung der Parallelstellen

der Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen" und der vorliegenden „Tagebuchblätter." Auch im Text fehlt es nicht an orientierenden Fußnoten, die zum Teil gleichfalls auf frühere Publikationen Bezug nehmen. So erweist sich die Edition als sehr sorgfältig, umsichtig und handlich. . . .

An welcher Stelle man einen der etwa je 600 Seiten umfassenden Bände aufschlagen mag, immer werden wir durch das Gebotne so sehr gefesselt, daß wir das Buch kaum aus der Hand legen möchten! Naheliegend wäre der Vergleich mit den Bismarckschen „Gedanken und Erinnerungen," denen das Buschsche Werk wegen des grandiosen Inhalts der erstern allerdings unmöglich die Wage zu halten imstande ist. Aber es bietet nicht nur eine wertvolle Ergänzung, sondern erscheint auch als leichtere Lektüre geeigneter, in weitern Kreisen populär zu werden. Referent glaubt andrerseits nicht zu weit zu gehen, wenn er den „Tagebuchblättern" eine große Zukunft zuschreiben möchte. Denn gerade als Geschichtsquelle wird ihr Wert in dem Grade steigen, als das Vorurteil, das ihnen zumeist wegen der in der englischen Ausgabe enthaltnen und teilweise auch in die deutsche Ausgabe übergegangnen Taktlosigkeiten von der zur Zeit maßgebenden deutschen Presse entgegengetragen worden ist, nach eingehenderm Studium alles Dargebotnen schwinden muß. Dazu geht Busch keinenfalls das Verständnis für die gigantische Größe seines Helden ab, und mit nichten ist er jener kleinliche Käfer im Stamme der gebrochnen Eiche, als der er in den bekannten Spottversen zu großem Beifall vieler bezeichnet worden ist. Er ist nicht nur ein gescheiter, scharfsinniger und wahrheitsgetreuer Beobachter, sondern zugleich auch von größter, sogar „sündhafter" Verehrung für seinen „Herrn und Heiland" erfüllt, dessen „Vertrauen" er in großem Maße besessen hat. Beeinträchtigt es da den Wert seiner Aufzeichnungen, wenn er mitunter Dinge ausplaudert, die nach der landläufigen Auffassung für indiskret gelten? Ist es denn die Pflicht eines Chronisten, nur immer diskret zu sein?! Als Chronist hat Busch sich gefühlt, als solcher will er selbst gelten. Nur eine der vielen einschlägigen Stellen sei hier zum Beleg herangezogen, die zugleich darthut, wie Bismarck über Buschs Befähigung für die zeitgenössische geschichtliche Darstellung geurteilt hat. Unter dem 21. März 1891 heißt es bei Busch: „Nach Tische beim Zeitungslesen bemerkte der Chef — ich weiß nicht mehr, aus welchem Anlaß —: »Büschlein wird einmal, lange nach meinem Tode, eine innere Geschichte unsrer Zeit nach guten Quellen schreiben.« — »Ja, Durchlaucht — antwortete ich —, doch nicht eine eigentliche Geschichte — das kann ich nicht —, wohl aber eine Zusammenstellung von gutem Material, gewissenhaft gesammelt und richtig beleuchtet, und nicht lange nach Ihrem Tode, den wir selbstverständlich so fern als möglich wünschen, sondern sofort, ohne Verzug; denn der Wahrheit kann in diesen faulen Zeiten nicht bald genug zu ihrer Ehre verholfen werden!«" . . . (St. Petersburger Zeitung)

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig

Die Grenzboten

Zeitschrift für Politik, Litteratur und Kunst

58. Jahrgang, 1899

Wöchentlich ein Heft. Preis für das Vierteljahr 9 Mark

Druck von Carl Marquart in Leipzig

M329509



